74. Jahrgang, 12/2024, 16. März 2024

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Naher Osten

Kerstin Ruoff · Mehmet Can
„ALLES AUßER HETZE IST SAGBAR"

Jenny Hestermann
DIE ISRAELISCHE GESELLSCHAFT NACH DEM 7. OKTOBER

Jan Busse
DER GAZASTREIFEN IM NAHOSTKONFLIKT

Christoph Ehrhardt
TERRORORGANISATIONEN IM IRANISCHEN SCHATTENREICH

Azadeh Zamirirad
IRANS NEUES SELBSTVERSTÄNDNIS

Henner Fürtig
DER NAHE OSTEN ZWISCHEN AUFBRUCH UND STAATSZERFALL

Camille Lons
IM WELTPOLITISCHEN MACHTGEFÜGE

Gil Murciano
NEUE IMPULSE FÜR EINE FRIEDENSLÖSUNG

APuZ
ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG
Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

Der APuZ-Podcast
bpb.de/apuz-podcast

Naher Osten
APuZ 12/2024

KERSTIN RUOFF · MEHMET CAN
„ALLES AUßER HETZE IST SAGBAR"
Der Nahostkonflikt wirkt sich auch auf den Alltag in deutschen Schulen aus. Ein Gespräch über die Herausforderung, Diskussionsräume für Jugendliche zu schaffen und klare Grenzen gegen Antisemitismus zu setzen.
Seite 04–07

JENNY HESTERMANN
DIE ISRAELISCHE GESELLSCHAFT NACH DEM 7. OKTOBER
Der Anschlag der Hamas am 7. Oktober hat die israelische Gesellschaft erschüttert. Nicht nur die Verzweiflung über das Schicksal der Geiseln wiegt schwer. Auch das historische Schutzversprechen des Staats scheint gebrochen.
Seite 08–11

KARTE DES GAZASTREIFENS
Seite 12–13

JAN BUSSE
DER GAZASTREIFEN IM NAHOSTKONFLIKT
Eine wechselhafte Geschichte, kriegerische Auseinandersetzungen und prekäre Lebensbedingungen prägen seit vielen Jahren die Lage im Gazastreifen. Eine nachhaltige Friedenslösung erscheint notwendiger denn je.
Seite 14–20

CHRISTOPH EHRHARDT
TERRORORGANISATIONEN IM IRANISCHEN SCHATTENREICH
Über viele Jahre hat Iran ein Netz loyaler bewaffneter Gruppen in der arabischen Nachbarschaft geknüpft. Mit dem Krieg zwischen Israel und der Hamas in Gaza wird dieses Netzwerk auf die Probe gestellt.
Seite 21–26

AZADEH ZAMIRIRAD
IRANS NEUES SELBSTVERSTÄNDNIS
In der Islamischen Republik kündigt sich ein Generationswechsel an. In den vergangenen Jahren ist der Unmut in der Bevölkerung über verschiedene Missstände gewachsen. Das Regime setzt auf außenpolitische Machtdemonstration.
Seite 27–32

HENNER FÜRTIG
DER NAHE OSTEN ZWISCHEN AUFBRUCH UND STAATSZERFALL
Die strategische Bedeutung der Nahost-Region ist für die meisten der dortigen Staaten nachteilig: Eine schwierige Nationenbildung und ideologische Grabenkämpfe haben einige an den Rand des Zerfalls gebracht.
Seite 33–39

CAMILLE LONS
IM WELTPOLITISCHEN MACHTGEFÜGE
Traditionell pflegen die Golfstaaten und andere Länder der MENA-Region ein enges Verhältnis zu den USA. Mit dem Aufstieg Chinas, verbunden mit einer starken Rohstoffnachfrage, werden alte Allianzen infrage gestellt.
Seite 41–46

GIL MURCIANO
NEUE IMPULSE FÜR EINE FRIEDENSLÖSUNG
Der Überfall der Hamas bedeutet das Scheitern des „Konfliktmanagements", das Israels Regierungen seit Jahren betreiben. Das Ende des Gazakriegs muss deshalb mit einem Paradigmenwechsel einhergehen.
Seite 48–54

EDITORIAL

Am 7. Oktober 2023 verübte die Hamas einen mörderischen Anschlag auf Israel mit über 1200 Todesopfern und verschleppte mehr als 230 Menschen in den Gazastreifen. Bald darauf setzte sich Israel mit einer militärischen Großoffensive gegen die islamistische Terrororganisation zur Wehr. Ein Ende des Kriegs ist seither nicht in Sicht. Erneute Verhandlungen über die Freilassung der verbliebenen Geiseln, humanitäre Unterstützung der notleidenden Zivilbevölkerung in Gaza und eine Waffenruhe, etwa unter Vermittlung der USA, Ägyptens und Katars, blieben bislang wirkungslos. Vielmehr ist eine Ausweitung der Gewalt zu befürchten, beispielsweise im Libanon, von wo aus die irantreue schiitische Miliz Hizbullah Israel bedroht, und im Jemen, wo die sogenannten Huthi-Rebellen – ein weiterer Verbündeter Teherans –, gezielt internationale Handelsschiffe unter Beschuss nehmen. Längst geht es in der Region nicht mehr nur um den israelisch-palästinensischen Konflikt.

Als Scharnier zwischen dem östlichen Mittelmeer, der Arabischen Halbinsel und dem Persischen Golf ist der Nahe Osten, historisch betrachtet, ein Schauplatz ethno-religiöser Spannungen, hegemonialer Machtprojektionen und ungewöhnlicher Allianzen. Viele Länder und ihre Gesellschaften sind geprägt von einer gegensätzlichen Dynamik aus Fremdbestimmung und Selbstbehauptung, die zum Teil weit in die Kolonialzeit zurückreicht. Hinzu kommt die wiederkehrende Frage: Wie lässt sich Gewalt durch Verhandlungslösungen verlässlich einhegen?

Für Deutschland und Europa liegt der Nahe Osten nicht nur geografisch „vor der Haustür“. Die dortigen Entwicklungen werden emotional auch auf hiesigen Straßen und Schulhöfen verhandelt, häufig verbunden mit israelbezogenem Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit. Beides lässt sich nur dann effektiv bekämpfen, wenn man sich auch auf die regionalen Perspektiven einlässt.

Martin Schiller

INTERVIEW

„ALLES AUßER HETZE IST SAGBAR"

Ein Gespräch über die Auswirkungen des Nahostkonflikts in Berliner Klassenzimmern, Emotionen, Identitätsfragen und Strategien im Umgang mit Antisemitismus und Rassismus.

mit Kerstin Ruoff und Mehmet Can

Frau Ruoff, Herr Can, der 7. Oktober 2023 mit dem brutalen Überfall der Hamas auf Israel war ein einschneidendes Ereignis. Wie hat dieser Tag Ihre Schule verändert?

Ruoff – Uns war klar, dass wir als Kollegium erstmal zusammenkommen müssen, das war am Montag, dem 9. Oktober. Wir wollten nicht unvorbereitet in die Klassen gehen. Wie geht man mit so einer Situation um, die viel Betroffenheit auslöst? Man musste auch nicht groß diskutieren, dass ein grundsätzliches Friedensbedürfnis und das Recht der Menschen auf Unversehrtheit und Freiheit im Vordergrund steht. Und uns war eines klar: dass wir einen langen Atem brauchen.

Can – Am 7. Oktober bin ich bei den Meldungen über den Raketenbeschuss aus Gaza noch von den „üblichen Gewaltausbrüchen" ausgegangen. Schon am 8. wurde dann deutlich, dass wir es hier mit etwas anderem zu tun haben, mit einer genozidal geprägten Gewalt. Und in den Rückmeldungen einiger Schüler:innen haben wir schon eine Ahnung bekommen, welche Narrative wir am Montag bearbeiten müssten.

Welche Narrative meinen Sie konkret?

Can – Etwa die Vorstellung, dass da eine Verteidigungstat, eine Befreiungstat passiert sei, die gerechtfertigt sei. Und deswegen war es wichtig, dass wir uns im Kollegium erst abstimmen und alle auf einen Stand bringen. Wir haben direkt für Dienstag eine Fortbildung mit einem Referenten aus Israel einberaumt, der uns einen Überblick gegeben hat über diese einmalige Situation in einer an Tiefpunkten nicht armen Konfliktgeschichte zwischen Palästinenser:innen und Israelis:innen.

Ihre Schule liegt in Neukölln, einem Stadtteil in Berlin mit hohem arabischen Bevölkerungsanteil. Gibt es ein Land oder eine Region, aus denen besonders viele Schüler:innen kommen?

Can – Auf die gesamte Schule bezogen haben etwa 50 Prozent unserer Schüler:innen einen arabisch-palästinensischen Hintergrund. Und palästinensisch kann heißen vorwiegend libanesisch, manchmal syrisch. Und sonst haben wir zum Teil, neben herkunftsdeutschen Schüler:innen, auch Schüler:innen aus der Türkei oder aus Osteuropa.

Welche Rolle spielt das Thema Identität bei einer so diversen Schüler:innenschaft – gerade auch mit Blick auf einen Konflikt wie dem in Gaza?

Can – Bei vielen jüngeren Schüler:innen, also in der siebten bis zehnten Klasse, ist es unglaublich wichtig, sich als Muslim und vor allem als Palästinenser zu definieren. Da wird es oft sehr emotional, gerade, wenn es Konflikte wie den jetzigen gibt. Das schwächt sich in der Oberstufe etwas ab.

Der Krieg im Gazastreifen, mit dem Israel auf das Massaker der Hamas reagierte, wird jetzt seit mehreren Monaten geführt. Wie hat sich die Ihre Arbeit seitdem verändert?

Can – In der Anfangszeit, unmittelbar am 7. Oktober, war das tatsächlich eine sehr große Herausforderung, in der wir auch Schwierigkeiten hatten, in einen sachlichen Austausch zu treten, wir haben uns aber immer auf den kleinsten gemeinsamen Nenner besonnen, nämlich den Wert menschlichen Lebens. Im Anschluss sind wir dann in den sachlichen Austausch gegangen, wo wir neben der Beziehungsarbeit auch unmittelbare Bildungsarbeit machen konnten.

Ruoff – Man muss sich bewusst machen: In den ersten Wochen

nach dem 7. Oktober standen hier auf der Sonnenallee Wasserwerfer, es gab massive Polizeieinsätze. Das ist für einen Achtklässler, der da wohnt und einfach vor die Haustür geht, natürlich auch eine immense Emotionalisierung. Und dann kommt noch hinzu, dass die sogenannten sozialen Medien ungefiltert die Bilder aufs Handy spielen. Die Schüler:innen werden mit Dingen konfrontiert, die nicht für ihr Alter geeignet sind und die in öffentlichen Medien so auch nicht gezeigt würden. Die Emotionen werden so hochgeputscht, die Schüler:innen kommen dann auch so hier morgens an. Schule kann an dieser Stelle auch ein gewisser Schutzraum sein, weil wir die Bilder zum Teil gemeinsam mit den Kindern einordnen können.

Gab es in der Woche nach dem 7. Oktober Angebote für die Schülerinnen und Schüler, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen?
Can – Es gibt langfristige Angebote, die wir auch immer unabhängig von globalen Gewaltausbrüchen haben. Aber es ist natürlich wichtig, in dieser Situation zu reagieren. Wir haben Aufwand betrieben, um in den Klassen Zeit für Gespräche und Austausch zu schaffen. Wir haben als Kollegium beschlossen, dass wir am Montag, den 9. Oktober, um 10 Uhr eine Schweigeminute für die ermordeten Israel:innen, aber auch für die in dem Konflikt bisher getöteten palästinensischen Zivilist:innen anbieten. Das haben einige Schüler:innen angenommen, andere nicht. Da war es dann auch wichtiger, ins Gespräch zu gehen. Wenn Schweigen nicht möglich ist, muss gesprochen werden.

Sie haben einen Wahlpflichtkurs „Israel/Palästina" bei sich an der Schule. Worum geht es in diesem Kurs?
Can – Den Kurs haben vor sechs Jahren zwei Kollegen von uns eingeführt. Es gab Interesse von Schüler:innen, die gefragt haben, ob wir das Thema des Nahostkonflikts oder die Auseinandersetzung zwischen Israel und Palästina nicht stärker bearbeiten können. Und da haben die beiden Kollegen gemeinsam mit einem außerschulischen Akteur zusammen diesen Kurs konzipiert. Der geht über zwei Jahre und Höhepunkt ist eine Reise nach Israel und in die palästinensischen Gebiete. Der Kurs wird für die neunte und zehnte Klasse angeboten. Wir versuchen uns diesem Konflikt, der wahrscheinlich zu den kompliziertesten dieser Zeit gehört, anzunähern. Wir beziehen auch die Erfahrungen der Jugendlichen ein. Sehr viele haben einen familiären Bezug als palästinensisch-arabischstämmige Schüler:innen. Ausgehend davon setzen wir uns mit der Konfliktgeschichte und den verschiedenen Friedensbemühungen auseinander. Wir schauen aber auch, welche Auswirkungen dieser Konflikt vor unserer Haustür hat. Einerseits betrachten wir, wie die Situation in den besetzten Gebieten aussieht. Andererseits geht es auch um die Gefahr durch Terroranschläge für die israelische Seite.

Welche Medien konsumieren die Schülerinnen und Schüler, gerade auch mit Blick auf den 7. Oktober?
Can – Die Hauptinformationsquelle, und bei einigen wahrscheinlich die ausschließliche, ist derzeit TikTok. Darüber werden die Haltungen und Emotionen zu dem Thema verbreitet, zum Teil auch Propaganda. Das wirkt natürlich wie ein Beschleuniger. Die sozialen Medien haben aus guten Gründen eine Attraktivität. Also überall dort, wo ich meine Identität ausleben kann, trifft aus nachvollziehbaren Gründen auf Zuspruch bei den Jugendlichen. Aber hier haben wir es mit einem hochbrisanten, komplexen politischen Thema zu tun. Da ist es eine große Gefahr, wenn es um Identität geht, und hier vor allen Dingen Emotionen transportiert werden, verbunden mit einseitigen, problematischen oder auch antisemitischen Bildern.

Was sind die gängigsten Fehlinformationen oder Verschwörungsmythen, die Ihnen im Unterricht begegnen?
Can – Das sind zum Teil die gängigen klassischen antisemitischen Stereotype, wie zum Beispiel die Vorstellung einer besonderen jüdischen Macht, die bestimmte Firmen kontrolliert. Im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt gibt es auch die Vorstellung, dass Israel die Medien steuert. Das sind weniger islamistisch geprägte Vorstellungen, sondern Fragmente, wie wir sie im linken und rechten Antisemitismus finden.

Wie gehen Sie damit um, wenn Ihnen im Unterricht Verschwörungsmythen oder antisemitische Narrative begegnen? Wie dekonstruieren Sie etwa eine Falschaussage wie „Israel kontrolliert die Medien"?
Can – Wenn es eine antisemitische Behauptung ist, muss

sie als falsch eingeordnet werden. Ich finde, es ist ein Unterschied, ob eine Schülerin sagt „Israel kontrolliert die Medien“, was ein antisemitischer Topos ist, oder zum Beispiel zu Gewalt gegen Juden aufruft. Das Letztgenannte kann auf keinen Fall Gegenstand einer Diskussion sein, das muss sehr deutlich abgeblockt werden. Im ersten Fall handelt es sich um ein antisemitisches Stereotyp. Da müssen wir in die Auseinandersetzung gehen. In diesem konkreten Fall würden wir herausarbeiten, wie die Medienlandschaft funktioniert. Eine Sache ist dabei sehr wichtig: Wir haben es nicht mit Antisemit:innen zu tun, sondern mit Jugendlichen, die antisemitische Fragmente wiedergeben. Deswegen können wir auch mit Gegenrede Erfolge erzielen.

Wie nehmen Ihre Schülerinnen und Schüler jüdisches Leben wahr?
Can – Ein Beispiel: Ich habe vor dem 7. Oktober in einem anderen Zusammenhang mit den Schüler:innen das Bild einer mittelalterlichen „Judensau“ angeschaut, das ja immer noch an bestimmten Kirchen hängt. Ich habe sie gefragt: Wir sehen hier eine Sau, und da ist eine Religion abgebildet. Was denkt ihr, welche Religion das sein könnte? Und für sie war völlig klar: Das ist der Islam. Es kann gar nicht anders sein, weil sie in ihrer Realität vielfach mit antimuslimischem Rassismus konfrontiert sind. Ihnen dann aber zu erklären, dass wir es hier mit einer sogenannten Judensau zu tun haben, passt nicht in ihr Bild, wonach Jüdinnen und Juden in Deutschland in unbeschwerten Verhältnissen leben und beschützt werden.

Gibt es rote Linien, also etwas, das Sie im Unterricht strikt unterbinden?
Ruoff – Das kann man nicht so pauschal sagen. Schule ist auch ein Spielraum, in dem man sein Reden formt und ausprobieren kann. Natürlich begegnen uns auch Jugendliche mit Verhärtungen, und trotzdem ist es wichtig, dass sie sich aussprechen können. Denn sonst erreichen wir sie gar nicht. Gleichzeitig gibt es Momente, in denen man auch unterbrechen würde. Wo Hetze oder Hass tatsächlich geäußert werden, muss man einschreiten.

Haben Sie ein Beispiel?
Can – Ein Kollege hat berichtet, dass ein Schüler zu Gewalt gegen Juden aufgerufen hat, in der siebten oder achten Klasse. Da hat der Kollege bei all der Offenheit, die wir natürlich haben, in diesem Zusammenhang doch eine sehr deutliche rote Linie gesetzt, ohne den Schüler an sich abzuwerten. Wir sind uns alle einig und auch die Jugendlichen, dass wir ein solches Vorgehen auch bei Rassismus haben sollten. Und dementsprechend ist es hier wichtig, dass wir diese rote Linie nicht überschreiten. Aber erst einmal wird alles, was in Wissenschaft und Gesellschaft kontrovers diskutiert wird, auch bei uns hier in der Schule kontrovers diskutiert. Jugendliche dürfen sogar noch mehr, also dürfen auch unsinnige Sachen in der Form behaupten. Alles außer Hetze ist sagbar.

Wie sehen Sie den Stand der antisemitismuskritischen Bildung derzeit allgemein? Es gibt zum Teil die Ansicht, dass der Ansatz gescheitert ist.
Ruoff – Als ich zur Schule gegangen bin, war es Pflicht, sich mit Antisemitismus auseinanderzusetzen. Ich bin in der Nähe von Dachau großgeworden, das ist ein Thema, das mich schon lange begleitet: Welche Funktion hat Antisemitismus für bestimmte Gruppen? Wir merken ja derzeit, wie deutlich der demokratische Zusammenhalt gefährdet ist, durch die Täter. Wie können wir Jugendliche ermutigen, in einer diversen Welt zurechtzukommen, und sie fit machen, darin ihren Platz zu finden, ohne andere auszugrenzen und stattdessen anzuerkennen, dass es gut ist, wenn verschiedene Perspektiven und Talente zusammenkommen.
Can – Es gibt derzeit ein großes Bewusstsein für das Thema und das kann ein guter Ausgangspunkt dafür sein, dass wir all die Schwächen, die es gibt, auch entsprechend angehen können. Leider muss man sagen, dass man in Deutschland ein ganzes Lehramtsstudium absolvieren kann, ohne sich in einer angemessenen Form mit Themen wie Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Homophobie auseinanderzusetzen. Da ist eine Reform nötig, damit die Kolleg:innen, die dann in den Schulalltag kommen, entsprechend vorbereitet sind. Ich tausche mich mit vielen Lehrkräften aus, von denen einige bereits hervorragende Arbeit leisten.

Würden Sie sagen, dass Sie nach dem 7. Oktober gut vorbereitet waren, um mit dieser Situation gut umzugehen?
Ruoff – Zu behaupten, auf so eine Situation gut vorbereitet zu sein, wäre anmaßend. Aber

ja, wir hatten schon gute Voraussetzungen, wir hatten das Vertrauen in die Fachlichkeit, aber auch in die Beziehungen durch die langfristigen Projekte, von denen Herr Can erzählt hat. Wir haben eine politisch wache Schülerschaft, aber auch eine emotionale Schülerschaft, die man packen und gewinnen kann. Sie müssen Vertrauen haben, dass sie zu Wort kommen, dass sie lernen dürfen und dass sie Instrumente an die Hand bekommen, um ihr Leben und ihre politischen Einordnungen auch zu gestalten und nicht einfach nur mit einer anderen Meinung konfrontiert sind.

Was braucht es Ihrer Meinung nach, um Antisemitismus an Schulen effektiv zu bekämpfen?
Ruoff – Jenseits der politischen Inhalte braucht es Dinge wie Theater, Musik, Kunst, um Jugendliche ausdrucksfähig zu machen und um sie in Kontakt mit sich selbst zu bringen. Das gibt sowohl destruktiven Phantasien einen Raum, aber lässt auch Platz für Träume, Ideen und Wünsche. Darin liegt auch ein Teil des schulischen Auftrags: Was davon kann ich umsetzen oder in welchem Rahmen könnte sich das umsetzen lassen? Das läuft dann darauf hinaus, jenseits der klassischen politischen Bildung Kulturbildung als politischen Aufbruch zu betrachten. Dabei geht es auch darum, miteinander Konflikte durchzustehen, also exemplarisch vormachen, wie es gehen kann, in Frieden beieinander zu bleiben.
Can – Wir brauchen tatsächlich Zeit und Geld. Ich weiß, dass beides rar ist. Aber es ist trotzdem wichtig, dass die Auseinandersetzung mit all diesen Themen stattfindet. Dabei geht es nicht nur um Antisemitismus, sondern auch um andere Diskriminierungsformen wie Rassismus. Konkret ist es wichtig, bei Jugendlichen ein Verständnis dafür zu schaffen, wie sich die Welt erklären lässt, ohne sie antisemitisch oder rassistisch zu deuten. Wie schaffe ich es, Widersprüche auszuhalten? Antisemit:innen können keine Widersprüche aushalten. Wenn uns das aber gelingt, ist für die antisemitismuskritische Bildungsarbeit einiges gewonnen.

Was zeichnet das Rütli-Schulmodell mit seinem Campus aus?
Ruoff – Die Idee des Campus Rütli ist zum einen, dass die, die hier lernen, richtig sind. Das war zu dem Zeitpunkt, als der Campus gegründet wurde ein zentraler Punkt für alle, die die Schule gestaltet haben. Wichtig war auch, sich im Sozialraum Neukölln zu vernetzen. Wir wissen aus jahrzehntelanger Forschung, dass gerade Kinder, die benachteiligt sind, in den Bildungsgängen oder im Sprachverstehen Begleitung brauchen, weil sie oft nicht wissen, welche Möglichkeiten ihnen zustehen oder an sprachlichen Hürden auch in Formularen scheitern.

Was können andere Schulen von Ihnen im Umgang mit dem schwierigen Thema Nahostkonflikt lernen?
Ruoff – Ich glaube nicht, dass man erst die Expertin für den Nahostkonflikt sein muss, um sich des Themas anzunehmen, sondern man muss den Mut haben, die Probleme, die die Jugendlichen mitbringen, auf den Tisch zu legen. Man muss das Vertrauen haben, dass man Profi genug ist, diese Mischung herzustellen: den Emotionen Raum lassen und gleichzeitig an das Vernünftige anzuknüpfen. Ich erwarte nicht, dass das jeder Lehrer jederzeit kann, aber es gehört zur Profession dazu. Man unterrichtet ja nicht Bücher, sondern Schülerinnen und Schüler.
Can – Was unser Kollegium vielleicht auszeichnet, ist eine gewisse Naivität in der Bereitschaft, Projekte anzugehen, die uns öfter über den Kopf wachsen. Am Ende blickt man dann doch immer sehr positiv darauf zurück, auch wenn man sie in dem Moment, wo man sie beginnt, vielleicht verflucht.

Das Interview führte Tilman Schröter, Redakteur im Ressort Internationale Politik beim „Tagesspiegel", am 16. Februar 2024.

Mehmet Can und Tilman Schröter sind Alumni des langjährigen Studienreisenprogramms der Bundeszentrale für politische Bildung nach Israel mit Besuch der palästinensischen Gebiete.

KERSTIN RUOFF
ist seit 2016 stellvertretende Schulleiterin an der Gemeinschaftsschule auf dem Campus Rütli in Berlin-Neukölln.

MEHMET CAN
ist Lehrer für Geschichte und Politikwissenschaft an der Gemeinschaftsschule auf dem Campus Rütli. 2020 veröffentlichte er den preisgekrönten Comic „Mehr als 2 Seiten – Eine Reise von Neukölln nach Israel und in die palästinensischen Gebiete".

ESSAY

TRAUMATISIERT

Die israelische Gesellschaft nach dem 7. Oktober

Jenny Hestermann

Seit dem 7. Oktober 2023 ist in Israel eine neue Zeitrechnung angebrochen. Es wird in Tagen gerechnet. 30, 54, 132, 146 Tage. So lange sind die Geiseln nunmehr in Gaza gefangen gehalten. Die Initiative „Bring Them Home Now" rechnet die Anzahl auf allen Kanälen vor, trägt sie auf die zentralen Plätze in Tel Aviv und Mitte Februar sogar bis nach Den Haag.[01] Die Traumatisierung der Gesellschaft lässt sich in verschiedenen Stufen nachzeichnen. Zunächst allmähliches Erkennen und Entsetzen im Laufe des schwarzen Samstags am zweiten Sukkot-Feiertag, als das Ausmaß des Überfalls noch nicht klar war, aber von Stunde zu Stunde offenbarer wurde. Dann das Warten zwischen mehreren Tagen und Wochen, bis alle Vermissten und Toten identifiziert waren. Und schließlich, erst Wochen später, die Anzahl und Namen der Geiseln, die täglich stieg, bis sie festgesetzt werden konnte und man die Identität aller Entführten kannte.

Früh brach sich die Wut Bahn über das gebrochene Schutzversprechen des Staats gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern. So war bereits am Nachmittag des 7. Oktober offenbar geworden, dass Geheimdienste und Armee kolossal versagt hatten. Weder hatten sie den Angriff kommen sehen, noch hatten sie Warnungen ernst genommen, noch reagierten sie am Tag selbst schnell genug, um den Terroristen der Hamas direkt Einhalt zu gebieten. So waren es hauptsächlich Zivilisten oder Einzelpersonen der Armee, die auf eigene Faust in den Süden eilten, um den Überfall auf die Kibbuzim und Dörfer einzudämmen. Heldengeschichten kursierten über Väter, die eigenhändig ihre Söhne retteten wie etwa der Ex-General Noam Tibon. Reservisten, die sich spontan mit Auto und Waffe auf den Weg machten, die Schutztruppen der Kibbutzim, die beherzt eingriffen, aber hoffnungslos in der Unterzahl waren. Zum ersten Mal in der Geschichte wurden die Horrortaten live auf auf den privaten Social Media Accounts der Opfer gestreamt, nachdem die Terroristen sich der Smartphones bemächtigt hatten. Das Grauen erreichte damit ungefiltert nächste Freunde und Verwandte, und Menschen weltweit.

Es folgten Beerdigungen über Beerdigungen. In einer so eng verflochtenen Gesellschaft wie der israelischen kennt jeder jemanden, der jemanden kennt, dessen Verwandte, Freunde oder Bekannte ermordet oder entführt wurden. Seit dem 7. Oktober wurden über 200 000 Israelis im eigenen Land evakuiert und mussten in der neu deklarierten Sicherheitszone ihre Häuser räumen. Immer noch sind 56 000 von ihnen in Hotels untergebracht, mit keinerlei Gewissheit darüber, ob und wann sie zurückkehren können.[02] Auf die Bevölkerungszahl in Deutschland umgerechnet würde das Massaker über 10 000 Tote bedeuten, mehr als 2100 Entführte, mehr als eine halbe Million, die auch nach vier Monaten kein Zuhause mehr haben.

Mit jedem Tag wuchs die Wut auf die Regierung und über das Versagen der Institutionen. Zynischerweise hatten bereits in den Auseinandersetzungen um die sogenannte Justizreform der Regierung Netanjahu im Frühjahr 2023 viele aus der Armee und aus Ex-Geheimdienst-Kreisen vor einem ganz ähnlichen Szenario gewarnt. Der Riss in der Gesellschaft, der sich in den vergangenen Jahrzehnten bereits abzeichnete, der sich aber mit dem Antritt der extrem rechten Regierung seit Ende 2022 drastisch vertieft hat, bedeute ein erhöhtes Sicherheitsrisiko, so die Warnungen. So drohten etwa Reservisten und Eliteeinheiten im Frühjahr 2023 mit Streiks.[03] Nur wurde nie mit der mörderischen Gefahr aus Gaza gerechnet, sondern eher aus dem Libanon und durch mit Iran verbündete Milizen. Der Anschlag am 7. Oktober bestätigte diese Sorgen. In seiner Ungeheuerlichkeit, die seitdem vielfach beschrieben wurde, lag dieses Szenario allerdings außerhalb des Vorstellbaren. Hervorzuheben ist das Ausmaß sexueller Gewalt, das die „New York Times" nach zwei Monaten ausführlich dokumentierte.[04]

SCHMERZ UND VERTRAUENSVERLUST

Ein Großteil der israelischen Gesellschaft fühlte sich in der Folge mehrfach betrogen: von der eigenen Regierung mit ihrem leeren Schutzversprechen (deren Versagen andauert, solange nicht alle Geiseln wieder zu Hause sind), von den Institutionen wie Armee und Polizei, in die ein Restvertrauen trotz der zuständigen rechtsextremen Minister Bezalel Smotrich und Itamar Ben Gvir bestanden hatte, und ebenso von der internationalen Gemeinschaft, die in großen Teilen nach wenigen Tagen der Betroffenheit mit einem Achselzucken, Relativierungen und schmallippigen Verweisen auf den „Kontext" der israelischen Besatzung reagierte, in den man das Massaker einordnen müsse. Insbesondere die israelische Linke, die selbst seit Jahrzehnten gegen ebendiese Besatzung kämpft und alle seit 2009 bestehenden Regierungen unter Netanjahu ausgiebig kritisiert hat, sah sich von ihren internationalen Netzwerken und Freunden hintergangen.[05] „Believe all women, unless they are Israelis" war der bittere Hashtag, nachdem die Organisation UN Women zwei Monate brauchte, um sich mit Vergewaltigungen und Schändungen israelischer Opfer durch die Hamas zu befassen.

„Das größte Pogrom an Juden seit dem Holocaust" nannten hingegen viele israelische Stimmen das Massaker, in dem Versuch, sowohl die Ohnmacht jener zu beschreiben, die sich am 7. Oktober bis zu 24 Stunden lang versteckt gehalten hatten, bis Rettung kam,[06] als auch die internationale Gemeinschaft wachzurütteln, deren Aufmerksamkeit mit Beginn der israelischen Gegenschläge vermehrt auf Gaza lag, während der Kriegsanlass vergessen oder nebensächlich schien. Die unerschütterliche Unterstützung der Biden-Administration wich bald Mahnungen, die Reaktion im Zaume zu halten – laut politischen Analysten auch dem Versuch des US-Präsidenten geschuldet, im Wahljahr 2024 mit vermutlich knappem Ergebnis linke Wählerstimmen nicht zu verprellen.

Seit jeher besteht im modernen Israel die Devise und die Erkenntnis, die der früheren Ministerpräsidentin Golda Meir zugeschrieben wird: *Wenn es darauf ankommt, sind wir alleine und können uns nur auf uns selbst verlassen*. Inwieweit diese Wahrnehmung auf der Realität im Nahen Osten oder dem kollektiven intergenerationellen Trauma des Holocaust beruht, kann hier nicht beurteilt werden. Wie so oft mischen sich martialische Rhetorik (*Nie wieder Opfer sein, koste es was es wolle*) mit der schwer zu negierenden Tatsache, wie fragil und isoliert doch der jüdische Staat lange Zeit war.

Nach der offenkundigen Spaltung der israelischen Demokratie im Kontext der Justizreform im Frühjahr 2023 hatten der Schock und das kollektive Leid seit dem 7. Oktober zunächst eine einende Wirkung. Linke wie Rechte, Siedler und Kibbuzniks kämpften plötzlich gemeinsam gegen die äußere Gefahr. Seit Anfang 2024 mehren sich allerdings wieder die Demonstrationen gegen die Regierung Netanjahu. Die Forderung nach Neuwahlen wird immer lauter.[07] Mittlerweile hört man nicht nur im linken Spektrum den Vorwurf, der Ministerpräsident nutze die Fortführung des Kriegs, um sich an der Macht zu halten. Es gebe keine Strategie, wohin der Krieg führe, was das Ziel sei und wann er enden solle.

Zu Beginn der israelischen Bodenoffensive wurden zwei Parolen ausgegeben – die Hamas ultimativ besiegen und die Geiseln befreien. In einer Situation von „nur schlechten Optionen" wird immer deutlicher, dass ein Teil der Gesellschaft die unbedingte Befreiung der Geiseln for-

01 Vgl. Hostages and Missing Families Forum, https://stories.bringthemhomenow.net/; Jeremy Sharon/Toi Staff, Hostages' Families File Hamas War Crimes Claim at ICC: „Genocide Can't Go Unpunished", 14.2.2024, www.timesofisrael.com/hostages-families-file-hamas-war-crimes-claim-at-icc-crimes-cant-go-unpunished.

02 Vgl. Emine Sinmaz, „I'll Never Go Back": The Israelis Displaced From Homes By Hamas Attack, 21.11.2023, www.theguardian.com/world/2023/nov/21/israelis-displaced-from-homes-hamas-attack.

03 Vgl. Sabine Brandes, Zehntausend verweigern Dienst, 22.7.2023, www.juedische-allgemeine.de/israel/zehntausend-reservisten-verweigern-dienst.

04 Vgl. Jeffrey Gettleman et al., „Screams Without Words": How Hamas Weaponized Sexual Violence on Oct. 7th, 28.12.2023, www.nytimes.com/2023/12/28/world/middleeast/oct-7-attacks-hamas-israel-sexual-violence.html.

05 Vgl. Eva Illouz, The Global Left's Reaction to October 7 Threatens the Fight Against the Occupation, 2.11.2023, www.haaretz.com/opinion/2023-11-02/ty-article-opinion/.premium/the-global-lefts-reaction-to-october-7-threatens-the-fight-against-the-occupation/0000018b-8b8d-d7a8-afcf-abaf5d670000.

06 Vgl. Quique Kierszenbaum, „It Was a Pogrom": Be'eri Survivors on the Horrific Attack by Hamas Terrorists, 11.10.2023, www.theguardian.com/world/2023/oct/11/it-was-a-pogrom-beeri-survivors-horrific-attack-hamas-terrorists.

07 Vgl. Tamar Hermann/Or Anabi, „A Large Majority of Israelis Want Early Elections", The Israel Democracy Institute (IDI), 10.1.2024, https://en.idi.org.il/articles/52742.

dert, auch um den Preis der Freilassung palästinensischer Gefangener, darunter viele verurteilte Mörder – und ein anderer auf den absoluten militärischen Sieg setzt.

Dramatischer als im Zuge der Justizreform sind nun die bekannten Animositäten zwischen dem Pro- und dem Anti-Netanjahu Lager zurück, nun geht es nicht mehr „nur" um den demokratischen oder autokratischen Charakter des Lands, sondern in der Wahrnehmung der allermeisten Israelis schlichtweg um Leben und Tod. War die Gesellschaft wegen der Justizreform bereits zerrissen, so hatten das Massaker und die Geiselnahmen zwei gegenläufige Auswirkungen: Lagerübergreifende Solidarisierung im Krieg und mit den Geiseln einerseits, andererseits die Desillusion darüber, dass die beiden ausgegebenen Kriegsziele von Anfang an nicht zusammenpassten.

Die Aufarbeitung des militärischen und politischen Versagens sowie des Traumas wurde für die Zeit nach dem Krieg versprochen. Während der laufenden Kampfhandlungen sei dies kontraproduktiv. Der Prominenteste, der keinerlei Verantwortung für das Regierungsscheitern übernahm, war Netanjahu selbst, was ihn in den Augen vieler in der bis ins Mark erschütterten Bevölkerung noch tiefer sinken ließ.

GESPALTENE GESELLSCHAFT

Anhand des politischen Dilemmas um die verbliebenen Geiseln im Gazastreifen lassen sich unterschiedliche gesellschaftliche Visionen ablesen: Während für die einen das Leben der Entführten ein unter Umständen zu zahlender Preis ist, um in Zukunft nicht wieder erpressbar zu sein,[08] ist die Rückholung der Geiseln für die anderen nicht nur das höchste moralische Ziel, sondern auch die notwendige Voraussetzung, um von der inneren Verfasstheit der israelischen Gesellschaft zu retten, was für die Zukunft noch zu retten ist.[09]

Denn das Gewebe der israelischen Gesellschaft wird immer fragiler. Bereits 2015 hatte der damalige Staatspräsident Reuven Rivlin darauf hingewiesen, als er von vier verschiedenen innergesellschaftlichen „Stämmen" sprach, die sich nun, zehn Jahre später, immer unversöhnlicher gegenüberstehen.[10] Zynischerweise ist es ausgerechnet das eher linksliberale säkulare Friedenslager, das sich traditionell für den Dialog mit den Palästinensern ausspricht und wesentlich die Gesellschaft der Kibbuzim bildet, das nun von der Hamas-Gewalt betroffen ist.

Während nationalreligiöse Stimmen bereits laut von der jüdischen Wiederbesiedlung des Gazastreifens träumen, will das andere, säkulare Lager die Hoffnung auf eine dauerhafte Lösung des Konflikts nicht aufgeben. Nur ist diese durch die tiefe psychische und physische Verletzung der Israelis in immer weitere Ferne gerückt.

In der Tat geht der 7. Oktober als weitere traumatische Erfahrung in die jüdische Geschichte ein – der 1948 unter vielen Widerständen geschaffene israelische Staat versprach Schutz und Wehrhaftigkeit nach Jahrhunderten von Pogromen in Europa und dem Holocaust. Die Israelische Verteidigungsarmee (IDF), die lange als Schmelztiegel für die vielfältigen Einwanderungsgruppen über sozioökonomische Grenzen hinweg fungierte, hat diese Funktion durch die ideologischen Grabenkämpfe in der Gesellschaft weitgehend eingebüßt.

Im Lichte des andauernden Konflikts mit den arabischen Nachbarn und den Palästinensern und häufig wechselnder Regierungskonstellationen trug vor allem ein grundlegendes Vertrauen in die Sicherheitsinstitutionen die israelische Gesellschaft, trotz der immer stärkeren Spaltung der politischen Lager.

Bereits direkt nachdem das Ausmaß der Geiselnahme bekannt wurde beziehungsweise sogar noch davor, schon am 8. Oktober, wurden Stimmen laut, sich auf jeden möglichen Deal mit der Hamas einzulassen. Die Geiseln müssten zurück, lautete die zentrale Forderung: „Alle gegen alle" (*kulam tmurat kulam*). Man solle der Forderung der Hamas nachkommen und alle palästinensischen Gefangenen in Israel freilassen – und dann den Kampf gegen die Terrororganisation mittel- und langfristig führen, jedoch mit „dem Skalpell"

08 Hier wurden Erinnerungen an den sogenannten 1000:1 Deal für den von der Hamas entführten israelischen Soldaten Gilad Schalit wach. Schalit wurde 2011 im Austausch für unter anderem Jahia Sinwar freigelassen, der später zum Kopf des Überfalls vom 7. Oktober werden sollte.

09 Vgl. Tamar Hermann, For the Israeli Public, Bringing the Hostages Back, Is the Top Priority, 8.2.2024, https://en.idi.org.il/podcasts/52876.

10 Vgl. Avi Lewis, „Rivlin: Tribal Schisms Tearing Israel Apart", 7.6.2015, www.timesofisrael.com/israel-divided-along-tribal-lines-rivlin-warns. Die vier „Stämme" bilden dabei die säkularen, die nationalreligiösen, die ultra-orthodoxen und die arabischen Israelis (*Anm. d. Red.*).

statt mit Bomben. Das bedeutet, die Anführer und Mörder vom 7. Oktober gezielt mit Unterstützung der Geheimdienste aufzuspüren. Auch im Hinblick auf die internationale Meinung über Israel sei dies entscheidend – denn nicht zum ersten Mal im Nahostkonflikt wird dieser Krieg eben auch über Bilder und soziale Medien geführt, mit dem Ziel, die Verurteilung Israels als einseitiger Kriegsverbrecher herbeizuführen. Das Hauptargument jener, die sich für den Austausch einsetzen war jedoch: Die Gefahr für das Leben und die Unversehrtheit der Geiseln ist viel zu hoch, je länger gewartet wird – und im übergeordneten Sinne auch für das Sozialgefüge und die Heilung der israelischen Gesellschaft. Die Regierung Netanjahu und das am 11. Oktober rasch geformte Kriegskabinett verfolgt hingegen eine andere Strategie: Allein auf dem Schlachtfeld lasse sich die Hamas besiegen.

AM SCHEIDEWEG

Das brüchige Vertrauen in die Institutionen, vor allem in das Militär, ließ sich kurzfristig kitten und wird sich auch in Zukunft wieder bessern – das Vertrauen in einen Regierungschef, der sich in der schlimmsten Krise seit Staatsgründung an die Macht klammerte, anstatt Verantwortung für das gebrochene Sicherheitsversprechen zu übernehmen, wohl nicht. Über einen Friedensprozess – die permanente Forderung aus dem Ausland – mag niemand in Israel sprechen, solange das Schicksal der verbleibenden Geiseln unklar ist.

Während also noch über 100 Personen in Gaza gefangen sind, verlangt die Weltöffentlichkeit von den Israelis seit Monaten Empathie für die Zivilisten in Gaza. Die Debatte, wie viele Zivilisten, wie viele UNRWA-Mitarbeiter in die Verbrechen der Hamas verstrickt waren und somit nicht als unschuldig gelten können, wird medial mit großem internationalen Interesse und harten Fronten geführt und wird sich fortsetzen, gerade wenn der Verlauf des Kriegs aufgearbeitet wird. Das gleichzeitige Trauern um die eigenen Toten, die tiefe Verletzung des ohnehin immer schon fragilen Schutzversprechens des Staats, das unerträgliche Bangen um das Schicksal der Geiseln, mit einem gleichzeitigen Anerkennen des Leids der Zivilbevölkerung in Gaza, das zwar durch die Hamas verursacht wurde, aber durch die Einsätze der israelischen Armee sich nun tagtäglich verstärkt, ist eine kaum von außen zu begreifende und nachzuempfindende Gemengelage.[11]

In der Folge gesellt sich zu Trauer und Schmerz auch die Sorge hinzu, wie es mit dem Land weitergehen soll. Nie war die Nachfrage nach einem zweiten US-amerikanischen oder europäischen Pass so hoch wie nach der Regierungsbildung im Dezember 2022.[12] Viele, die es sich leisten können, wandern aus, denn immer weniger Israelis sehen in dem Land eine Zukunft für ihre Kinder. Das ist umso tragischer, als alle jüdischen Generationen nach dem Holocaust mit der Überzeugung aufgewachsen sind, nur der eigene Nationalstaat könne auf Dauer Schutz vor Vertreibung und Antisemitismus bieten. Dieses Vertrauen in den Staat als „sicheren Hafen" des jüdischen Volks wurde zwar auch vor dem 7. Oktober in seiner Tragfähigkeit aufgrund des anhaltenden Konflikts mit den Palästinensern unterschiedlich beurteilt – aber nun scheint es gebrochen. Ironischerweise fühlen sich dennoch viele immer noch sicherer in Israel, obwohl auch an der Nordgrenze zum Libanon ein weiterer Kriegsschauplatz zu erwarten ist. Im europäischen und amerikanischen Ausland ist es seit dem Beginn des Kriegs in Gaza zu einem starken Anstieg tätlicher antisemitischer Übergriffe gekommen.

Kann die israelische Gesellschaft also heilen? Aufarbeitung des politischen und militärischen Versagens, das zum 7. Oktober führte, Neuwahlen, um wieder Vertrauen in eine neue Regierung herzustellen, wären sicherlich die ersten Schritte. Die dauerhafte Friedenslösung, die sich – abgesehen von den nationalreligiösen Siedlerkreisen – die meisten zwar wünschen, aber in der Konstellation mit einer schwachen Palästinensischen Autonomiebehörde, dem Vernichtungswillen der Hamas und der eigenen auf Status quo bedachten Regierung nicht für realistisch halten, ist dabei nur ein weit entfernter Horizont.

JENNY HESTERMANN
ist promovierte Historikerin. Sie arbeitet zu deutscher Zeitgeschichte sowie zu Geschichte und Politik Israels. 2016 erschien ihr Buch „Inszenierte Versöhnung. Reisediplomatie und die deutsch-israelischen Beziehungen von 1957–1984."

11 Vgl. Hamas Attacks Plunge Israel Into Mental Health Crisis, 16.2.2024, www.tbsnews.net/hamas-israel-war/hamas-attacks-plunge-israel-mental-health-crisis-786658.

12 Vgl. Hadar Kane, „Insurance Policy": Spike in Number of Israelis Applying for Foreign Citizenship, 2.5.2023, www.haaretz.com/israel-news/2023-03-02/ty-article/.premium/insurance-policy-spike-in-number-of-israelis-applying-for-foreign-citizenship/00000186-9d39-df29-af8e-fdfbc1350000.

Quellen: Gaza Strip Access and Movement, United Nations OCHA oPt, Gaza Strip Mapping Movement and Access, OCHA (UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, occupied Palestinian territory)

Kartographie: mr-kartographie, Gotha

Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/4.0 | Bundeszentrale für politische Bildung 2021/2023 | www.bpb.de

BY-NC-ND

DER GAZASTREIFEN IM NAHOSTKONFLIKT

Jan Busse

Am Morgen des 7. Oktober 2023 überwanden Terroristen der Hamas und anderer bewaffneter Gruppen aus dem Gazastreifen die Sperranlagen zu Israel, ermordeten etwa 1200 Menschen[01] und nahmen über 230 Personen als Geiseln.[02] Das Attentat versetze die israelische Gesellschaft und die Weltöffentlichkeit in einen Schockzustand, nicht nur aufgrund seiner entsetzlichen Brutalität, sondern auch, weil niemand es für möglich gehalten hatte, dass die israelischen Sicherheitsmaßnahmen so einfach zu überwinden waren. Israel reagierte daraufhin mit einem beispiellosen militärischen Einsatz im Gazastreifen.

Seit dem Beginn des Kriegs hat sich die Lage in Gaza zu einer an Dramatik kaum zu übertreffenden humanitären Katastrophe zugespitzt. Im März 2024 waren mindestens die Hälfte aller Gebäude und fast 70 Prozent aller Wohnhäuser durch israelische Angriffe beschädigt oder zerstört.[03] Laut Vereinten Nationen waren 80 Prozent der Bevölkerung – rund 1,7 Millionen Menschen – zu diesem Zeitpunkt als Binnenvertriebene an die südliche Grenze zu Ägypten geflüchtet. Es starben durch israelische Angriffe über 30 000 Palästinenser,[04] geschätzte 70 Prozent davon Frauen und Kinder. Über 70 000 wurden verletzt, Tausende weitere Personen gelten als vermisst.[05] Aufgrund der durch den Krieg verursachten humanitären Notlage warnte das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen wiederholt vor der akuten Gefahr einer Hungersnot.[06]

Israel scheint derzeit weit davon entfernt, die eigenen Kriegsziele – Zerstörung der Hamas und Befreiung aller Geiseln – zu erreichen. Die Kämpfe dauern an, das Tunnelnetzwerk der Terrororganisation scheint in weiten Teilen intakt,[07] und die Hamas ist immer noch in der Lage, Raketen auf Israel abzufeuern. Die Geiseln konnten bislang – mit Ausnahme von insgesamt drei Personen – nicht durch Kämpfe, sondern nur durch Verhandlungen befreit werden. Und selbst wenn es Israel langfristig gelingen sollte, die militärischen Fähigkeiten der Hamas auszuschalten, würde sie als Massenorganisation weiter über eine starke Verankerung in der palästinensischen Gesellschaft verfügen.

Angesichts der andauernden Eskalation mit Folgen für die gesamte Region und der existenziellen Notlage der Bevölkerung stellt sich nicht nur die Frage, wie die Kampfhandlungen im Gazastreifen schnellstmöglich beendet werden können, sondern auch, welche Perspektiven es für das Gebiet gibt und wie sich diese mit einer nachhaltigen Regelung des Nahostkonflikts insgesamt verbinden lassen.

GESCHICHTE DES GAZASTREIFENS UND DES NAHOSTKONFLIKTS

Der Gazastreifen erstreckt sich entlang des östlichen Mittelmeers auf einer Länge von 45 Kilometern und hat eine maximale Breite von 14 Kilometern. Mit einer Fläche von etwa 365 Quadratkilometern ist das Gebiet kleiner als das Bundesland Bremen, hat aber mit 2,3 Millionen mehr als dreimal so viele Einwohner und ist damit eines der am dichtesten besiedelten Gebiete weltweit (*siehe Karte in dieser Ausgabe*).

Seit Beginn des Nahostkonflikts vor rund 100 Jahren kam dem Gazastreifen immer wieder eine besondere Rolle zu. Nach heftigen Kämpfen im Zuge des Ersten Weltkriegs beendete der britische General Allenby am 9. November 1917 – eine Woche, nachdem sich das Vereinigte Königreich in der Balfour-Erklärung für die Gründung eines jüdischen Staats ausgesprochen hatte – die osmanische Herrschaft über den Gazastreifen und in der Folge auch über ganz Palästina.[08] Der Völkerbund übertrug dem Vereinigten Königreich daraufhin die Mandatsverwaltung über dieses Gebiet, das im Zuge der Entstehung des politischen Zionismus seit dem Ende des 19. Jahrhunderts auch zum Ziel jüdischer Migra-

tion aus Europa geworden war. Zeitgleich bildete sich ein palästinensisches Nationalbewusstsein heraus, das sich während der Mandatszeit in Abgrenzung zum Zionismus immer stärker manifestierte.[09]

Erst seit dieser Zeit lässt sich überhaupt vom Nahostkonflikt sprechen. Denn es handelt sich keineswegs um eine jahrhunderte- oder gar jahrtausendealte Auseinandersetzung, sondern um einen Konflikt zweier konkurrierender nationalistischer Bewegungen – dem jüdischen Zionismus und dem palästinensischen Nationalismus – mit dem jeweiligen Ziel der Errichtung eines unabhängigen Staats auf demselben Territorium.[10] Bereits während der Mandatszeit griffen beide nationalen Bewegungen zu Gewalt, sowohl gegen die Zivilbevölkerung der jeweils anderen Gruppe, als auch gegen die als Besatzungsmacht wahrgenommene britische Administration. Infolge des Arabischen Aufstands (1936–39) schlug London 1937 erstmalig die Teilung des Gebiets in einen arabischen und einen jüdischen Staat vor. Eine Idee, die man zehn Jahre später im UN-Teilungsplan aufgriff. Dieser Plan sah 56 Prozent des Territoriums für einen jüdischen und 43 Prozent für einen arabischen Staat vor – das Gebiet um Gaza hätte zusätzlich noch Teile der angrenzenden Negev-Wüste umfasst. Er stieß jedoch auf Ablehnung der arabischen Länder, unter anderem da er ihnen angesichts der klaren arabischen Bevölkerungsmehrheit von 70 Prozent als unausgewogen erschien. Als sich das Vereinigte Königreich 1948 aus Palästina zurückzog und Israel daraufhin seine Unabhängigkeit ausrief, erklärten die arabischen Nachbarn dem neu gegründeten jüdischen Staat den Krieg.

Israel ging siegreich aus diesem ersten arabisch-israelischen Krieg hervor und konnte sein Gebiet im Vergleich zum UN-Teilungsplan deutlich vergrößern. Ägypten eroberte den Gazastreifen, Jordanien das Westjordanland und Ost-Jerusalem. Als abgegrenztes und so bezeichnetes geografisches Gebiet ist der Gazastreifen daher ein unmittelbares Ergebnis dieses Kriegs. Das Gebiet mit den heute bekannten Grenzen entstand somit durch den zwischen Israel und Ägypten 1949 vereinbarten Waffenstillstand. Völkerrechtlich ist der Verlauf der daraus resultierenden „Grünen Linie“ (Waffenstillstandsdemarkation) bis heute bedeutsam, da sie einen zentralen Bezug für den möglichen Grenzverlauf im Rahmen einer Zweistaatenregelung darstellt.

Während des Kriegs flohen von insgesamt 700 000 Palästinensern rund 200 000 im Zuge der von ihnen als „Katastrophe“ (arabisch *Nakba*)

01 Unter den Opfern waren rund 700 israelische Zivilisten, einschließlich 36 Kindern, etwa 370 Angehörige von Armee und Sicherheitsdiensten sowie 70 ausländische Staatsangehörige. Vgl. France 24, Israel Social Security Data Reveals True Picture of Oct. 7 Deaths, 15.12.2024, www.france24.com/en/live-news/20231215-israel-social-security-data-reveals-true-picture-of-oct-7-deaths.

02 Unter den Geiseln befanden sich israelische Armeeangehörige und Zivilisten (teilweise mit einer weiteren Staatsangehörigkeit), inklusive Kindern sowie über 20 in der Landwirtschaft beschäftigte Arbeitsmigranten aus Südostasien. Vgl. Peter Saidel/Summer Said/Anat Peled, Hamas Took More Than 200 Hostages From Israel. Here's What We Know, 26.2.2024, https://www.wsj.com/world/middle-east/hamas-hostages-israel-gaza-41432124.

03 Vgl. Daniele Palumbo et al., At Least Half of Gaza's Buildings Damaged or Destroyed, New Analysis Shows, 30.1.2024, www.bbc.com/news/world-middle-east-68006607; Jared Malsin/Saeed Shah, The Ruined Landscape of Gaza After Nearly Three Months of Bombing, 30.12.2023, www.wsj.com/world/middle-east/gaza-destruction-bombing-israel-aa528542.

04 Vgl. Vereinte Nationen„Carnage" in Gaza Must End, UN Rights Chief Tells Human Rights Council, 29.2.2024, https://news.un.org/en/story/2024/02/1147052.

05 Vgl. OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel, Flash Update 131, 4.3.2024, www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-131. Die Zahlen zu Toten und Verletzten basieren auf Angaben des Hamas-geführten Gesundheitsministeriums in Gaza. Sie decken sich mit Einschätzungen von Fachleuten, offiziellen israelischen und US-Stellen und den Vereinten Nationen, sowohl bezogen auf den seit Oktober 2023 andauernden Gazakrieg als auch bezüglich vergangener kriegerischer Auseinandersetzungen im Gazastreifen. Vgl. etwa Benjamin Huynh/Elizabeth Chin/Paul Spiegel, No Evidence of Inflated Mortality Reporting From the Gaza Ministry of Health, 26.12.2023, www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(23)02713-7/fulltext.

06 Vgl. UNO-Welternährungsprogramm warnt vor Hungersnot im Gazastreifen, 21.1.2024, www.spiegel.de/a-a2dd76bb-c4c6-4328-b597-d78a30f31d20.

07 Vgl. Nancy A. Youssef/Jared Malsin, Israel Struggles to Destroy Hamas's Gaza Tunnel Network, 28.1.2024, www.wsj.com/world/middle-east/israel-struggles-to-destroy-hamass-gaza-tunnel-network-fb641122. Zeitweise war es Hamas-Kämpfern zudem gelungen, Teile des nördlichen Gazastreifens wieder unter ihre Kontrolle zu bringen. Israel konnte laut eigenen Angaben die Hamas zwar militärisch erheblich schwächen, dennoch verfügte sie im Frühjahr 2024 noch über mehrere Tausend Kämpfer. Vgl. Adam Rasgon/Aaron Boxerman, As Gaza War Grinds On, Israel Prepares for a Prolonged Conflict, 23.2.2024, www.nytimes.com/2024/02/23/world/europe/israel-gaza-hamas-war.html.

08 Vgl. Jean-Pierre Filiu, Gaza: A History, London 2014, S. 35–40.

09 Vgl. Rashid Khalidi, Palestinian Identity: The Construction of Modern National Consciousness, New York 2010[2].

10 Vgl. Muriel Asseburg/Jan Busse, Der Nahostkonflikt: Geschichte, Positionen, Perspektiven, München 2024[10], S. 7–14.

bezeichneten Ereignisse aus dem israelischen Kernland in den Gazastreifen. Seither bilden dort die Flüchtlinge des Kriegs von 1948 und ihre Nachkommen eine deutliche Bevölkerungsmehrheit von 70 bis 80 Prozent. Mit der Fluchterfahrung verbundene Narrative spielen eine wichtige Rolle in der Gesellschaft, und das 1949 eingerichtete Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) leistet seitdem einen essenziellen Beitrag im Hinblick auf humanitäre Hilfe, Gesundheitsversorgung und Bildung.

Zwischen 1949 und 1967 lebte die palästinensische Bevölkerung des Gazastreifens unter ägyptischer Militärverwaltung. Die *Fedajin* genannten, nationalistischen palästinensischen Guerillagruppen, für die der Gazastreifen mit seinen Flüchtlingslagern ein wichtiges Zentrum bildete, verübten ab 1949 immer wieder Angriffe auf das israelische Staatsgebiet. Vor allem, um gegen die Kämpfer vorzugehen, besetzten die israelischen Streitkräfte während der Suezkrise im Herbst 1956 für vier Monate das Gebiet und töteten bei zwei Massakern – in Khan Yunis und Rafah – mehrere Hundert Zivilisten.[11] Während sich Ägyptens charismatischer Präsident Gamal Abdel Nasser in seiner anti-israelischen Rhetorik für die Palästinenser einzusetzen schien, unterdrückte er gleichzeitig eigenständige nationalistische Bestrebungen. Sowohl die von Jassir Arafat 1959 gegründete Fatah als auch die von ihr später dominierte Palästinensische Befreiungsorganisation PLO waren daher vom Exil aus geführte Organisationen, mit zunächst nur losen Verbindungen nach Gaza und ins Westjordanland.

UNTER ISRAELISCHER BESATZUNG

Die arabisch-israelischen Spannungen eskalierten im Juni 1967 im Sechstagekrieg, in dem Israel innerhalb kürzester Zeit die feindlichen Streitkräfte ausschaltete und den Gazastreifen, den Sinai, das Westjordanland, Ost-Jerusalem und die Golanhöhen eroberte. Für die Palästinenser hatte die arabische Niederlage, auch „Rückschlag" (arabisch *Naksa*) genannt, mit dem Beginn der israelischen Besatzung und Besiedlung erhebliche Folgen. Seitdem kontrollieren die israelischen Streitkräfte die palästinensischen Gebiete auf der Grundlage von Militärdekreten und der Berufung auf den von der britischen Mandatsverwaltung 1945 verhängten Ausnahmezustand. Als die Likud-Partei ab 1977 erstmals den Premierminister stellte, forcierte Israel den Siedlungsbau, da man darin ein religiös-ideologisch motiviertes Unterfangen sah. Gerade angesichts seiner hohen Bevölkerungsdichte und der ohnehin prekären Lebensbedingungen der Flüchtlingsbevölkerung sorgte die Militär- und Siedlerpräsenz im Gazastreifen nicht nur für erhebliche Einschränkungen im palästinensischen Alltag, sondern führte auch immer wieder zu gewaltsamen Konfrontationen. Diese eskalierten im Dezember 1987 in einem palästinensischen Aufstand gegen die israelische Besatzung, der ersten Intifada, die auch auf das Westjordanland übergriff und bei der insgesamt rund 400 Israelis und 1500 Palästinenser starben.

Unmittelbar zu Beginn der Intifada gründete sich im Gazastreifen aus dem palästinensischen Ableger der Muslimbruderschaft die Hamas, die fortan das Streben nach nationaler Unabhängigkeit mit dem Ziel der Islamisierung der Gesellschaft kombinierte. Wesentlicher Bestandteil ist dabei die grundsätzliche Ablehnung Israels als jüdischem Staat. Insbesondere die oft zitierte Hamas-Charta von 1988 enthält zahlreiche antijüdische Diffamierungen. Das Zusammenwirken der Propagierung des gewaltsamen Kampfs gegen Israel – aus der Sicht der Hamas eine legitime Form des Widerstands – und islamisch begründetem Engagement in sozialen Fragen trug zu ihrer Popularität bei. So wurde die Organisation zu einer vor allem im Gazastreifen fest verankerten Massenorganisation und damit zum größten Rivalen von PLO und Fatah.[12]

Überrumpelt von den Ereignissen in der Heimat rief die PLO 1988 im Exil die palästinensische Unabhängigkeit aus. Zwar handelte es sich um einen rein symbolischen Akt, der aber de facto die Anerkennung Israels bedeutete und so den Weg für die Oslo-Abkommen ebnete. Die damit einhergehende Bereitschaft, sich beim Streben nach einem unabhängigen Staat auf die 1967 besetzten Gebiete zu beschränken und dabei auf diplomatische Mittel statt auf Gewalt zu setzen, unterschied die PLO von da an maßgeblich von der Hamas.

Neben der Anerkennung zwischen PLO und Israel regelten die Oslo-Abkommen von

11 Vgl. Filiu (Anm. 8), S. 97.

12 Vgl. Tareq Baconi, Hamas Contained: The Rise and Pacification of Palestinian Resistance, Stanford 2018.

1993 und 1995 vor allem Fragen der palästinensischen Selbstverwaltung im Westjordanland und im Gazastreifen. 1994 kehrte Jassir Arafat nach Palästina zurück und wurde im Gazastreifen von Zehntausenden jubelnd empfangen. Zum de facto Regierungssitz wurde zwar das nördlich von Jerusalem gelegene Ramallah, Gaza fungierte aber als wichtiges politisches Zentrum. Arafat trug nun als Präsident der neu gegründeten Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) die Verantwortung für die Selbstverwaltung der palästinensischen Bevölkerung. Volle Kontrolle überließ man in den Oslo-Abkommen den Palästinensern formal jedoch nur in den Bevölkerungszentren im Westjordanland und im Gazastreifen, während die israelischen Streitkräfte die Kontrolle über die jüdischen Siedlungen und daran angrenzende Gebiete behielten.

Allerdings gab es sowohl auf israelischer wie auch palästinensischer Seite entschiedene Gegner des Friedensprozesses, die statt einer Kompromissregelung Maximalforderungen durchsetzen wollten. Die Hamas sabotierte Friedensbemühungen durch Terroranschläge auf israelische Ziele und stellte damit zugleich die Autorität der PA und den Verhandlungskurs der PLO infrage. Parallel dazu setzte die israelische Seite den Siedlungsbau unvermindert fort, sodass die Zahl der Siedler im Gazastreifen zwischen 1992 und 2000 von 4300 auf 6700 anstieg, während sie sich im Westjordanland von 100 000 auf 193 000 fast verdoppelte.[13] Nachdem bei den Verhandlungen in Camp David im Sommer 2000 ein letzter Versuch gescheitert war, die strittigen Endstatusfragen zu klären, entlud sich die Frustration darüber im Herbst 2000 in der zweiten Intifada.

ABKOPPLUNG, MACHTÜBERNAHME UND FOLGEN

Angesichts der Gewalt während der zweiten Intifada setzte sich in Israel die Idee einer Abkopplung von der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten durch. Im Westjordanland begann ab 2003 der Bau von Sperranlagen, die der Internationale Gerichtshof ein Jahr später aufgrund ihrer Abweichung von der Grünen Linie für völkerrechtswidrig erklärte. 2005 zog die israelische Regierung alle Truppen aus dem Gazastreifen ab und räumte – gegen massiven Widerstand der Siedlerbewegung – alle dortigen Siedlungen, da deren Schutz mit hohem Aufwand verbunden war und dem Gebiet – anders als beim Westjordanland – nur eine geringe religiöse und historische Bedeutung beigemessen wurde. Da der Abzug nicht mit der PA abgestimmt war, instrumentalisierte ihn die Hamas propagandistisch, in dem sie ihn als Erfolg ihres bewaffneten Kampfs darstellte.

2006 trat die Hamas erstmalig bei den Wahlen zum Palästinensischen Legislativrat an, nachdem sie 2005 die Kommunalwahlen im Gazastreifen deutlich gewonnen hatte. Dennoch überraschte der Sieg bei den Parlamentswahlen 2006 nicht nur die Hamas selbst, sondern auch die konkurrierende Fatah und die internationale Gemeinschaft. Es kam zu innerpalästinensischen Auseinandersetzungen, die in der gewaltsamen Machtübernahme der Hamas im Gazastreifen 2007 mündeten und zur bis heute andauernden Spaltung zwischen Hamas und Fatah führten.

Bereits 2006 riegelte Israel in Reaktion auf die Entführung des Soldaten Gilad Schalit den Gazastreifen ab. Aufgrund der israelischen Kontrolle über Landgrenzen, Meereszugang, Luftraum und elektromagnetisches Spektrum gilt damit der Gazastreifen trotz des Truppenabzugs von 2005 weiterhin als besetzt. Personen und Güter können das Gebiet seitdem nur sehr begrenzt verlassen oder hineingelangen, sodass die Bevölkerung in hohem Maße von internationalen Hilfslieferungen abhängig ist und kaum über Perspektiven für ökonomische oder persönliche Entwicklung verfügt. Zusätzlich leidet die Bevölkerung nicht nur unter wiederkehrenden kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und der Hamas – 2006, 2008/09, 2012, 2014, 2021 –, die mit Zerstörungen und Traumatisierung einhergingen, sondern auch unter der repressiven Herrschaft der islamistischen Machthaber.

Durch die Machtübernahme 2007 war die Hamas innerhalb des Gazastreifens für die Bevölkerung verantwortlich, baute Regierungsstrukturen auf und schickte eigene Polizeikräfte auf die Straßen. Ihre Position als De-facto-Herrscherin ermöglichte es der Organisation mithilfe von über Ägypten geschmuggelte Materialien,

13 Vgl. Foundation for Middle East Peace, Comprehensive Settlement Population 1972–2011, 13. 1. 2012, https://fmep.org/resource/comprehensive-settlement-population-1972-2010.

Raketen zu bauen und damit wiederholt Israel anzugreifen. Gegner des Gaza-Abzugs in Israel sahen sich daher darin bestätigt, dass es ein Fehler war, das Gebiet zu verlassen. Gleichzeitig hatte sich 2017 ein Kurswechsel hin zu größerem realpolitischem Pragmatismus angedeutet, als die Hamas in Ergänzung zur Charta von 1988 ein Grundsatzpapier vorlegte, in dem sie die Schaffung eines palästinensischen Staats in den Grenzen von 1967 und de facto die Existenz Israels zu akzeptieren schien. Mit dem Überfall vom 7. Oktober hat sich jedoch gezeigt, dass kompromisslose Vertreter innerhalb der Hamas, allen voran der als Drahtzieher des Anschlags geltende Jahia Sinwar, die Oberhand gewonnen haben.

Die Zustimmung der Bevölkerung im Gazastreifen für die Hamas war und ist keineswegs so umfassend, wie es gelegentlich scheint. Kurz vor dem 7. Oktober 2023 wäre die Liste der Hamas bei Parlamentswahlen laut Umfragen dort lediglich auf 44 Prozent gekommen. Über 70 Prozent betrachteten die Hamas-Regierung als korrupt. Trotz zu befürchtender Repressionen gab es in den vergangenen Jahren immer wieder Proteste gegen die Hamas, zuletzt Ende Juli 2023. Nach dem 7. Oktober stieg innerhalb der palästinensischen Bevölkerung im Westjordanland zwar die Popularität der Hamas, im Gazastreifen lag sie im Dezember 2023 jedoch nur bei knapp über 40 Prozent.[14]

Auch auf israelischer Seite gewannen die Befürworter einer kompromisslosen Maximalforderung in den vergangenen Jahren an Zulauf. So folgte Benjamin Netanjahus Rückkehr ins Amt als israelischer Premierminister unmittelbar auf den Gazakrieg zum Jahreswechsel 2008/09.

Netanjahu zeigte von Anfang an kein ernsthaftes Interesse an einer verhandelten Konfliktregelung. Vielmehr bot ihm die Herrschaft der Hamas über den Gazastreifen einen willkommenen Vorwand, Verhandlungen mit PA-Präsident Mahmud Abbas abzulehnen, indem er behauptete, dass es aufgrund der Spaltung zwischen Fatah und Hamas auf palästinensischer Seite keinen Partner für Verhandlungen gebe. Aussöhnungsbemühungen, die darauf abzielten, die Blockade des Gazastreifens zu überwinden und eine einheitliche palästinensische politische Führung zu etablieren, scheiterten seitdem wiederholt vor allem an der mangelnden Bereitschaft beider Parteien, ihre Macht mit dem Rivalen zu teilen.

Statt einer Regelung des Konflikts stand für den israelischen Premierminister kurzfristiges Konfliktmanagement im Vordergrund, das darauf beruhte, die Spaltung aufrechtzuerhalten und notfalls militärisch gegen die Hamas vorzugehen. 2019 erklärte Netanjahu zudem gegenüber Abgeordneten seiner eigenen Partei, dass jeder, der einen palästinensischen Staat ablehne, die Zahlung von Geldern nach Gaza unterstützen müsse, weil durch die Aufrechterhaltung der Spaltung zwischen PA im Westjordanland und der Hamas in Gaza die Schaffung eines palästinensischen Staats verhindert werde.[15] Dass Israel die Hamas in den Waffengängen nicht besiegte, steigerte wiederum deren Status als Anführerin des palästinensischen „Widerstands". Der Mangel an politischen Perspektiven für eine verhandelte Konfliktregelung verschärfte sich zusätzlich, als 2022 in Israel eine extrem rechte Regierungskoalition wiederum mit Netanjahu als Premier an die Macht kam und die exklusive Kontrolle über das gesamte Land zwischen Jordan und Mittelmeer zu einem zentralen Anspruch ihrer Politik erklärte.

Auch jenseits der Ebene der politischen Führungen erhielten in den vergangenen 15 Jahren in beiden Gesellschaften Positionen Zulauf, die sich gegen eine verhandelte Konfliktregelung aussprechen. Die Zustimmung zur Zweistaatenregelung lag schon vor dem 7. Oktober auf beiden Seiten auf einem historischen Tiefstand. Im Dezember 2022 unterstützten sie nur noch rund ein Drittel der jüdischen Israelis und der Palästinenser im Westjordanland und im Gazastreifen. Dagegen befürworteten 30 Prozent der befragten Palästinenser und 37 Prozent der jüdischen Israelis eine Ein-Staaten-Regelung ohne gleiche Rechte und einer Dominanz der jeweils eigenen Gruppe.[16]

14 Vgl. Palestinian Center for Policy and Survey Research, Domestic Balance of Power and Palestinian Israeli-Relations Before and After October 7, 15.1.2024, http://pcpsr.org/sites/default/files/AB8%20Palestine%20Report%201%20English%20w%20table%20of%20findings.pdf.

15 Vgl. Adam Raz, A Brief History of the Netanyahu-Hamas Alliance, 20.10.2023, www.haaretz.com/israel-news/2023-10-20/ty-article-opinion/.premium/a-brief-history-of-the-netanyahu-hamas-alliance/0000018b-47d9-d242-abef-57ff1be90000.

16 Vgl. Palestinian Center for Policy and Survey Research, Palestine/Israel Pulse, 24.1.2023, http://pcpsr.org/sites/default/files/Summary%20Report_%20English_Joint%20Poll%2024%20Jan%202023.pdf.

KONFLIKTREGELUNG STATT KONFLIKTMANAGEMENT

Die weitere Entwicklung der Lage im Gazastreifen und des Nahostkonflikts insgesamt hängt insbesondere mit drei miteinander verknüpften Aspekten zusammen. Angesichts der humanitären Katastrophe sollte *erstens* ein sofortiges Ende aller Kampfhandlungen herbeigeführt werden. Dass die Zerstörung der Hamas und die Befreiung der Geiseln nicht nur schwer erreichbar, sondern auch miteinander unvereinbar scheinen, haben inzwischen nicht nur Mitglieder des israelischen Kriegskabinetts und der Militärführung, sondern auch Vertreter der US-Regierung zum Ausdruck gebracht.[17]

Zweitens können durch den weiteren Kriegsverlauf unwiderruflich Fakten geschaffen werden, mit direkten Auswirkungen auf mittel- und langfristige Perspektiven sowohl für den Gazastreifen als auch für die Aussichten auf eine Konfliktregelung. Dies ist vor allem deshalb von Bedeutung, da ohne klaren Widerspruch und das Aufzeigen konstruktiver Optionen durch internationale Akteure bestehende Extrempositionen weiter gestärkt würden. So verletzt beispielsweise die vom israelischen Militär errichtete einen Kilometer breite Sperrzone entlang der Grenze des Gazastreifens dessen territoriale Integrität, da sie von der Grünen Linie abweicht und zugleich der palästinensischen Bevölkerung dort dringend benötigte Flächen entziehen würde.[18] Dass es in der israelischen Führung bislang keinen klaren Plan für die Zeit nach den Kampfhandlungen gibt, spielt zudem der nationalreligiösen Siedlerbewegung und ihren extrem rechten Vertretern in der Regierung in die Hände, die offen die komplette Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung und eine dauerhafte erneute jüdische Präsenz im Gazastreifen fordern.[19] Darüber hinaus besteht das Risiko, dass die massive Zunahme von gewaltsamen Konfrontationen zwischen der israelischen Armee und Siedlern mit der palästinensischen Bevölkerung im Westjordanland zu einem Kollaps der ohnehin geschwächten Palästinensischen Autonomiebehörde führen könnte. Trotz aller Dysfunktionalität und autoritärer Tendenzen bekennt sich die PA weiterhin zu einer verhandelten Zweistaatenregelung und sollte gerade angesichts des Popularitätsschubs der Hamas nach dem 7. Oktober nicht weiter geschwächt werden. Vielmehr sollte sie mittelfristig durch Wahlen mit neuer Legitimität ausgestattet und im Kapazitätsaufbau so gestärkt werden, dass sie auch eine zentrale Rolle bei der zukünftigen Verwaltung des Gazastreifens spielen kann. Hinzu kommt, dass sich der Gazakrieg schon jetzt destabilisierend auf die Region und insbesondere auf Ägypten und Jordanien auswirkt, die einzigen Nachbarstaaten, mit denen Israel Friedensverträge geschlossen hat. Eine weitere Verschärfung der Situation im Gazastreifen sowie eine fehlende Regelungsperspektive des Konflikts gefährdet somit auch die Sicherheit Israels. So bezeichnete der jordanische Premierminister Bisher Al-Khasawneh im November 2023 jegliche israelischen Versuche, die palästinensische Bevölkerung aus dem Gazastreifen zu vertreiben, als Kriegserklärung.[20]

Drittens und damit verbunden, müssen die Perspektiven für den Gazastreifen mit einer nachhaltigen Friedensregelung verknüpft werden, um den Rückfall in ein reines Konfliktmanagement zu vermeiden. Gerade das Aufzeigen von entsprechenden Optionen sowie konstruktiven Alternativen zum bewaffneten Kampf sind wichtige Mittel, um der Hamas und anderen militanten Gruppen den Zulauf zu entziehen. Eine entsprechende Perspektive wäre auch eine zentrale Voraussetzung für das Engagement einer „wiederbelebten PA" im Gazastreifen, die andernfalls von der eigenen Bevölkerung als verlängerter Arm einer andauernden israelischen Besatzung wahrgenommen würde. So erklärte PA-Premierminister Mohammed Schtajjeh etwa im Oktober 2023, seine Behörde sei nicht bereit, „auf einem israelischen Panzer" nach Gaza zu

17 Vgl. Ronen Bergman/Patrick Kingsley, In Strategic Bind, Israel Weighs Freeing Hostages Against Destroying Hamas, 20.1.2024, www.nytimes.com/2024/01/20/world/middleeast/israel-hamas-hostages-strategy.html.

18 Vgl. Jon Gambrell, Analysis Shows Destruction and Possible Buffer Zone Along Gaza Strip's Border with Israel, 2.2.2024, https://apnews.com/article/israel-palestinians-war-gaza-strip-buffer-zone-72a782ddd532a4331b660a735e36acb0.

19 Vgl. Jeremy Sharon, Cabinet Members Call to Resettle Gaza, Encourage Gazans to Leave, at Jubilant Conference, 29.1.2024, www.timesofisrael.com/12-ministers-call-to-resettle-gaza-encourage-gazans-to-leave-at-jubilant-conference.

20 Vgl. Abdullah Jbour, Jordan and the Israeli War on Gaza: Shifts in Political Discourse, Carnegie Endowment for International Peace, 7.11.2023, https://carnegieendowment.org/sada/90930.

kommen.[21] Auch arabische Staaten werden nur bereit sein, sich am Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur zu beteiligen, wenn es Aussichten auf eine Konfliktregelung gibt, an deren Ende die Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staats steht. Zudem ist es im Interesse der Glaubwürdigkeit westlicher Staaten, im Kontext der Beendigung des Gazakriegs und einer nachhaltigen Konfliktregelung viel stärker als bisher auf die Einhaltung völkerrechtlicher Prinzipien zu bestehen. Andernfalls könnten die von Staaten des Globalen Südens geäußerten Vorwürfe, die USA und die EU würden die von ihnen vertretenen außenpolitischen Werte lediglich selektiv anwenden, langfristige Folgen für die strategische Zusammenarbeit haben.

FAZIT

Angesichts der zunehmend ausweglos erscheinenden Eskalationsdynamik und der verhärteten Fronten zwischen den Konfliktparteien wäre ein umfassendes internationales Engagement von zentraler Bedeutung, um konstruktiv eine nachhaltige Konfliktregelung zu befördern. Ansonsten kann es weder für die palästinensische noch für die israelische Seite dauerhaft Frieden und Sicherheit geben. Ein solcher Ansatz scheint gerade aufgrund der Abhängigkeit beider Seiten von externer Unterstützung zielführend, während gleichzeitig diejenigen lokalen Akteure, die sich weiterhin für eine verhandelte Konfliktregelung einsetzen, gestärkt werden sollten. Den USA kommt in diesem Kontext als wichtigstem internationalen Akteur in der Region und engstem Verbündeten Israels eine wesentliche Rolle zu. Weil die USA jedoch aus palästinensischer und arabischer Sicht vielfach als zu parteiisch wahrgenommen werden, sollte die EU stärker als bisher die Position eines aktiven Vermittlers einnehmen.

Ein zu schaffender Rahmen für Verhandlungen sollte jedoch die Fehler des gescheiterten Oslo-Friedensprozesses vermeiden. Denn angesichts des asymmetrischen Machtverhältnisses zwischen Israel und den Palästinensern braucht es eine aktive und engmaschige internationale Einmischung. Statt Israelis und Palästinenser sich selbst zu überlassen, sollten klare Parameter zu den zentralen Streitfragen vorgegeben werden, innerhalb derer sich die Konfliktparteien einigen können. Diese Vorgaben sollten mit positiven und negativen Anreizen verbunden werden.[22] Der vom EU-Außenbeauftragten Josep Borrell im Januar 2024 vorgelegte Friedensplan geht in eine solche Richtung. Auf regionaler Ebene könnte die bisher ausgebliebene Verknüpfung der Normalisierung zwischen Israel und einzelnen arabischen Staaten im Rahmen der „Abraham Accords“ einerseits und der Palästinafrage andererseits eine konstruktive Wirkung haben. So erklärte Saudi-Arabien im Frühjahr 2024, dass es eine Normalisierung der diplomatischen Beziehungen mit Israel von einem Ende der Kampfhandlungen und der Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staats abhängig mache.

Fest steht: Der Nahostkonflikt ist zurück ins Zentrum der internationalen Aufmerksamkeit gerückt, und die weitere Entwicklung des Kriegs im Gazastreifen und Frage nach den Perspektiven für eine Konfliktregelung haben unmittelbaren Einfluss auf fundamentale Fragen der regionalen Sicherheit, die über den Nahen Osten selbst hinausreichen.

21 Zit. nach Julian Borger/Sufian Taha, Palestinian PM: We Will Not Run Gaza Without Solution for West Bank, 29. 10. 2023, www.theguardian.com/world/2023/oct/29/palestinian-pm-we-will-not-run-gaza-without-solution-for-west-bank.

22 Vgl. Muriel Asseburg, Shaping the Future of Gaza, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP Comment 4/2024, www.swp-berlin.org/publications/products/comments/2024C04_ShapingFutureGaza.pdf.

JAN BUSSE
arbeitet als promovierter Politikwissenschaftler an der Universität der Bundeswehr in München. Sein gemeinsam mit Muriel Asseburg verfasstes Buch „Der Nahostkonflikt: Geschichte, Positionen, Perspektiven“ ist 2024 in der elften Auflage erschienen.

VERNETZT, FRAGMENTIERT

Terrororganisationen im iranischen Schattenreich

Christoph Ehrhardt

Als sich Hassan Nasrallah am 3. Januar 2024 in einer Ansprache an die Öffentlichkeit wandte, ging im Libanon wieder einmal die Angst vor einem großen Krieg um. Seit Monaten war das libanesisch-israelische Grenzgebiet schon Schauplatz täglicher Gefechte. Die von Nasrallah angeführte Hizbullah hatte einen Tag nach dem terroristischen Großangriff der Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2023 Ziele jenseits der Grenze unter Beschuss genommen. Sie wollte die israelischen Streitkräfte ablenken und damit die palästinensischen Islamisten unterstützen, mit denen sie verbündet ist. Die Konfrontation war eigentlich auf einen Streifen entlang der israelisch-libanesischen Grenzen begrenzt. Doch am Abend vor Nasrallahs Ansprache hatte Israel die Kampfzone ausgeweitet. Die südlichen Vorstädte von Beirut, in denen die Hizbullah das Sagen hat, waren von einem Militärschlag erschüttert worden, wie es ihn lange nicht mehr gegeben hatte. Saleh al-Arouri, ein wichtiger Führungskader der Hamas, war durch einen Präzisionsangriff aus der Luft getötet worden. Und Nasrallah hatte nur wenige Monate zuvor deutlich gemacht, dass ein solcher Angriff eine rote Linie überschreiten würde.

Der Hizbullah-Generalsekretär rief keinen großen Krieg mit dem Erzfeind aus. Doch Nasrallahs Rede machte deutlich, dass der Krieg im Gazastreifen längst auf die Region übergegriffen hatte. Ein regionaler „Flächenbrand“, vor dem die internationale Diplomatie wieder und wieder gewarnt hatte, brach danach nicht aus. Doch die Worte Nasrallahs zeigten deutlich, dass die Region längst von einem Schwelbrand erfasst worden war: Er beschrieb, wie die palästinensischen „Brüder“ den Terrorangriff vom 7. Oktober vorbereitet und initiiert hatten, wie seine Organisation danach „den Kampf aufnahm“, wie dann die „Brüder“ des irakischen „Widerstands“ – gemeint waren schiitische Milizen – US-Militärstützpunkte im Irak und in Syrien mit Drohnen und Raketen angriffen und wie daraufhin die jemenitischen Huthi-Rebellen den Schiffsverkehr im Roten Meer attackierten.

Die Spur von all diesen Konflikt-Schauplätzen am Golf und in der Levante führt nach Teheran. Dort laufen die Fäden zusammen, von dort erhalten Milizen oder Terrororganisationen in der Region Geld, Waffen und andere Unterstützung. Mit dem Krieg im Gazastreifen ist eine vom Regime in Teheran angeführte Allianz aktiviert worden, die sich selbst als „Achse des Widerstands“ bezeichnet.

Die Gruppen dieser Allianz haben verschiedene Interessen in der Heimat. Nicht alle teilen den Fundamentalismus des iranischen Regimes oder sind loyal gegenüber dessen Revolutionsführer Ajatollah Ali Chamenei und dem Herrschaftssystem der Islamischen Republik, der Statthalterschaft der Rechtsgelehrten (*velayate faqih*). Die Gruppen sind unterschiedlich stark von Iran abhängig und lassen sich unterschiedlich stark von den Revolutionswächtern lenken. Aber sie alle haben gemeinsame Feinde: Israel und die Vereinigten Staaten. Israel wollen sie von der Landkarte tilgen, die Vereinigten Staaten aus der Region vertreiben. Ideologisch verbrämt wird der Hass auf den jüdischen Staat und seinen westlichen Verbündeten mit der arabischen Vokabel *muqawama* (Widerstand).

Die zentrale Rolle, die die Islamische Republik im Hintergrund spielt, wurde im Anlass der Nasrallah-Rede deutlich. Er sprach zum Todestag von Qassem Soleimani, jenes berüchtigten iranischen Generals aus den Reihen der Revolutionsgarden, der am 2. Januar 2020 auf dem Flughafengelände der irakischen Hauptstadt Bagdad durch einen amerikanischen Drohnenangriff getötet wurde. Soleimani war Befehlshaber der Quds-Einheit, einer Eliteeinheit, die für Einsätze im Ausland zuständig ist. Er gilt als der Architekt der Schattenarmee von bewaffneten Gruppen, die Iran in jahrzehntelanger, raffinierter, geduldiger und skrupelloser Weise aufgebaut hat. Sein Abbild prangt auf riesigen sonnengebleichten Transparenten auf Straßen im Reich der Hizbullah im Süden Beiruts oder auf Werbetafeln in Bagdad. Aus den Reihen seiner Verbündeten wird er als charismatischer Mann beschrieben,

dessen Aura auch über seinen Tod hinaus nachwirke. „Er ist ein Symbol", sagte ein Kommandeur aus einer mit Iran verbündeten irakischen Miliz im Februar 2024.[01] Die Führungspersönlichkeiten des von ihm errichteten Schattenreichs reisen zu Beratungen durch die Region, sie inszenieren ihre Treffen wie Staatsbesuche. Bündnisse werden auch mit Eheschließungen gefestigt. Zeynab Soleimani, die Tochter des iranischen Generals, heiratete im Sommer 2020 den Sohn eines hohen Hizbullah-Kaders. Den Hizbullah-Führer Nasrallah sprach sie als „Onkel" an.[02]

WERKZEUGE FÜR HYBRIDE KRIEGFÜHRUNG

Für Iran sind die Milizen und Terrorgruppen der „Achse des Widerstands" wertvolle Werkzeuge. Nach den Erfahrungen des verheerenden irakisch-iranischen Kriegs von 1981 bis 1988 schreckt die Islamische Republik davor zurück, einen direkten konventionellen Waffengang mit einem überlegenen Gegner zu wagen. Teheran hat sich auf eine hybride Kriegsführung verlegt, schickt lieber nichtstaatliche bewaffnete Gruppen in den Kampf als die eigenen Streitkräfte. Das Regime will sich immer die Möglichkeit offenhalten, Täter- oder Drahtzieherschaft plausibel abstreiten zu können. Die „Achse des Widerstands" ist eine destruktive Allianz, die auf Destabilisierung angelegt ist. Schwache Staaten und Krisenregionen sind genau die Umgebungen, die Teheran sucht und braucht, wenn es bewaffnete Gruppen für seine Zwecke fördern will.

Effektiv wie wohl kein anderes Land der Region hat Iran die Konflikte ausgenutzt. Im Libanon schuf die Islamische Republik während des Bürgerkriegs das Kronjuwel ihres Schattenreichs: die Hizbullah, deren Elitetruppen und Raketen zu einer ernsthaften Bedrohung für Israel geworden sind. Berater aus ihren Reihen geben ihr militärisches Wissen aus Jahrzehnten des Kampfs gegen den jüdischen Staat an die Verbündeten der Region weiter. Im Nachbarland Irak nutzte Teheran das blutige Chaos nach der amerikanischen Invasion und dem Sturz Saddam Husseins 2003. Heute durchdringen loyale Verbündete und Erfüllungsgehilfen der Islamischen Republik den irakischen Staat und zunehmend auch seine Wirtschaft. In Syrien haben Iran und seine Verbündeten maßgeblich dabei geholfen, die Herrschaft von Teherans Verbündetem Baschar al-Assad zu sichern. Während der Schlacht um die nordsyrische Großstadt Aleppo hatten die Regimegegner Schwierigkeiten, den feindlichen Funk abzuhören, da an einigen Frontabschnitten südirakischer Akzent gesprochen worden sei, Persisch von iranischen Offizieren, sogar Dari von Vertretern afghanischer Schiitenmilizen und Urdu pakistanischer Milizionäre.[03] Heute bedrohen irantreue Milizen auch von syrischem Boden aus Israel.

LANDKORRIDOR VON IRAN BIS ISRAEL

Mit der Hilfe irakischer und syrischer Milizen haben die iranischen Revolutionswächter einen Landkorridor geschaffen, durch den Raketentechnik und andere Waffen aus Iran über den Irak nach Syrien und Libanon geliefert werden, von wo sie Israel bedrohen. Damaskus, dessen Flughafen und Umgebung regelmäßig von israelischen Luftangriffen getroffen wird, ist eine wichtige Drehscheibe für klandestine iranische Raketenlieferungen. Syrische Gewährsleute in dem von Assad kontrollierten Rumpfstaat und Vertreter der Assad-Gegner berichten übereinstimmend, Iran arbeite außerdem daran, schiitische Bevölkerungsenklaven aufzubauen, um seinen Einfluss in Syrien dauerhaft zu sichern. Im Jemen-Konflikt konnte Iran durch die Unterstützung der schiitischen Huthi-Rebellen seinem regionalen Rivalen Saudi-Arabien schaden. Inzwischen sind die Huthi mit ihrem Raketen- und Drohnenarsenal, wie durch die Angriffe auf den Welthandel im Roten Meer deutlich geworden ist, ebenso ein Instrument der Machtprojektion.

Ein Angriff auf zentrale Öl-Anlagen in Abqaiq und Khurais in Saudi-Arabien ist ein gutes Beispiel dafür, wie Iran seine Schattenarmee nutzt. 2019 wurden diese von einem Schwarm von Drohnen und Raketen attackiert. Die Huthi-Rebellen reklamierten den Angriff für sich. Die US-Regierung zeigte mit dem Finger auf Teheran und erklärte, die Flugkörper seien aus dem Norden gekommen, nicht aus dem Süden, wo der Jemen liegt. Die iranische Führung stritt ab, etwas mit der Attacke zu tun zu haben, die von großem Nutzen war:

01 In diesen Beitrag sind mehrere Gespräche mit Kommandeuren irantreuer Gruppen im Irak und im Libanon eingeflossen, die nicht namentlich genannt werden wollten.

02 Vgl. Arash Azizi, The Shadow Commander. Soleimani, the U.S. and Iran's Global Ambitions, London 2021, S. 254.

03 Vgl. Riham Alkousaa et al., Weltkrieg um Aleppo, in: Der Spiegel, 8.10.2016, S. 13.

Saudi-Arabien hatte seine Verwundbarkeit zu spüren bekommen. Der Großangriff von 2019 war ein wichtiger Grund, weshalb sich Riad später auf eine Entspannungsstrategie gegenüber Iran verlegte.

SCHWIERIGE FERNSTEUERUNG

Das iranische Regime mag bei solchen Aktionen im Hintergrund die Strippen ziehen. Aber zugleich ist die „Achse des Widerstands" nicht so einfach fernzusteuern. Nasrallah machte in seiner Rede vom 3. Januar deutlich, dass seine Organisation und ihre Alliierten sich nicht als willfährige Erfüllungsgehilfen verstünden. „Niemand diktiert irgendetwas, und niemand befiehlt irgendjemandem, wir beraten uns, tauschen Meinungen aus, tauschen Ratschläge aus, profitieren von den Erfahrungen der anderen, aber jeder trifft die Entscheidung in seinem Land im Einklang mit der strategischen Vision und im Einklang mit den Interessen seines Volks und seines Lands", sagte er.

Doch natürlich hat das Wort Teherans Gewicht. In den inneren Angelegenheiten ihrer Länder sind die Grenzen für Irans arabische Bundesgenossen großzügiger gesteckt als in regionalen strategischen Fragen. Sollte Teheran es etwa für notwendig erachten, einen massiven Hizbullah-Angriff auf Israel anzuordnen, der einen umfassenden Krieg zur Folge hätte, müsste sich die libanesische Organisation bei aller Eigenständigkeit am Ende fügen.

TEHERANS KRONJUWEL: DIE HIZBULLAH

Hassan Nasrallah hat eine hervorgehobene Stellung in der „Achse des Widerstands". Er ist eine ihrer wichtigen Führungspersönlichkeiten, die über die Grenzen des Libanon hinauswirkt. Gleiches gilt für die Organisation, die er anführt. Die Hizbullah ist für Iran so etwas wie die erste Verteidigungslinie in einem möglichen Waffengang mit Israel. Sie ist zugleich Abschreckungsinstrument, Expeditionskorps und Beratungsmission. Die Organisation verfügt laut Schätzungen über ein Arsenal von mehr als 130 000 Raketen, einige davon sind präzise lenkbar und können jeden Winkel Israels erreichen. Laut Einschätzung westlicher Geheimdienste wäre der „Iron Dome", die israelische Raketenabwehr, nicht in der Lage, alle abzufangen, sollte es zu einem umfassenden Krieg kommen. In Propagandavideos droht die Schiitenorganisation immer wieder damit, die Städte Israels mit Raketenterror zu überziehen.

Die Raketen sind ein wichtiger Faktor im Abschreckungswettbewerb mit den – vor allem in der Luft – überlegenen israelischen Streitkräften. Doch auch am Boden ist die Hizbullah eine Herausforderung für die israelische Armee. Vor allem die Radwan-Brigaden, eine Elitetruppe, die sich seit etwa anderthalb Jahrzehnten auf einen Krieg einstellt, bereitet den israelischen Generälen laut Angaben westlicher Diplomaten Kopfzerbrechen. Kampferfahrung haben die Milizionäre und Kommandeure der Hizbullah in den vergangenen Jahren reichlich sammeln können. In Syrien war die libanesische Organisation im Auslandseinsatz, um die Herrschaft von Baschar al-Assad zu verteidigen. Im Irak unterstützte sie schiitische irantreue Milizen, im Jemen bildeten Militärberater die Huthi aus. Gerade letztere seien besonders wissbegierig gewesen, berichtete ein Hizbullah-Kommandeur im Oktober 2023, der in beiden Ländern aktiv war. Vertreter schiitischer Milizen im Irak beschrieben die Hizbullah als „großen Bruder".

Für Iran sind Nasrallah und die Hizbullah so etwas wie ein Juniorpartner, dessen Gewicht nach dem Tod von Soleimani noch einmal zugenommen hat. Teheran ist seitdem stärker von der Hizbullah abhängig, um die Aktivitäten der getreuen Gruppen in Syrien, im Irak oder im Gazastreifen zu managen und zu koordinieren.[04] Mit keiner Gruppe der „Achse des Widerstands" sind Irans Beziehungen enger. Die Hizbullah ist als verlängerter Arm der Führung in Teheran nicht darauf angewiesen, sich Waffen auf dem Schwarzmarkt zu beschaffen. Sie wird gezielt mit dem beliefert, was sie für ihre Kriegführung braucht und worüber Iran verfügt.

Die gemeinsame Geschichte reicht mehr als vierzig Jahre zurück. Teheran begann 1982 schiitische Kämpfer auszubilden, die im damals von Israel besetzten Südlibanon gegen das Militär des Erzfeinds kämpften, das 2000 entnervt abzog. Unter der Führung Nasrallahs, den Weggefährten als besonnenen Anführer beschreiben, behauptete sich die Hizbullah nicht nur in dem wochenlangen Krieg mit Israel von 2006. Die Terrororganisation etablierte sich als Akteur

04 Vgl. Sanam Vakil, Could Iran Tip Middle East Conflict Into an All-Out War?, 7. 11. 2023, www.independent.co.uk/news/world/middle-east/israel-hamas-war-iran-middle-eastb2442512.html.

in der libanesischen Politik und wurde zu einem mächtigen Staat im Staate, der ein Parallel-Sozialsystem für die eigene Klientel unterhält. Die Hizbullah ist die militärisch stärkste Kraft im Libanon, wo nichts gegen ihren Willen geschehen kann. So ist Nasrallah mehr als nur ein Anführer einer radikalen Miliz und Vaterfigur der Anhängerschaft. Er ist zugleich ein libanesischer Politiker. Er tritt in der Kluft eines schiitischen Religionsgelehrten auf, mit einem schwarzen Turban, wie ihn ein Nachkomme des Propheten Mohammed trägt. Wenn Nasrallah der Anhängerschaft den Sieg über die Feinde in einer fernen Zukunft verspricht, wirkt er fast selbst wie ein Prophet. Die militaristischen und vermeintlich antiimperialistischen Propagandaveranstaltungen der Hizbullah sind immer auch religiös gefärbt.

GETEILTE LOYALITÄTEN IM IRAK

Auch im Irak ist in der Vorstellungswelt irantreuer Kämpfer der „Widerstand" zugleich religiöse Pflicht. Teheran unterstützte dort nach dem Sturz Saddam Husseins 2003 Milizen, die Terroranschläge gegen die amerikanischen Besatzer verübten und deren Todesschwadronen in den innerirakischen Machtkämpfen mordeten. Im Krieg gegen den „Islamischen Staat" (IS) mehrten solche Gruppen ihr Ansehen als Kämpfer gegen die Dschihadisten. Im Juni 2014 hatte der einflussreiche irakische Großajatollah Ali al-Sistani seine Landsleute dazu aufgerufen, zu den Waffen zu greifen. So wurden die Paramilitärs der Volksmobilisierung (*Al-Haschd al-schaabi*) gegen den IS ausgehoben. Kampfstarke irantreue Milizen wie die *Badr-Brigaden*, *Kataib Hizbullah*, oder *Asaib Ahl al-Haq*, die es schon viel länger gab, schlossen sich den Kräften der Volksmobilisierung an – zumindest offiziell.

Nach dem Krieg gegen den IS wurden die Verbände der Volksmobilisierung in die staatlichen Sicherheitskräfte eingegliedert. Viele führende Funktionsträger der Paramilitärs blicken indes auf eine bewegte Vergangenheit im schiitischen Widerstand gegen die Amerikaner zurück. Einige saßen in amerikanischen Militärgefängnissen ein. In persönlichen Gesprächen umschiffen sie Fragen nach ihrer Loyalität. In den Büros ihrer Kommandeure sucht man das Porträt des irakischen Regierungschefs für gewöhnlich vergeblich, nicht aber das des iranischen Revolutionsführers. Die Doppelgesichtigkeit der Volksmobilisierung zeigte sich auch bei dem Drohnenangriff auf Qassem Soleimani. Mit ihm wurde ein enger irakischer Vertrauter des iranischen Generals getötet: ein Mann mit dem Kampfnamen Abu Mahdi al-Muhandis, der sowohl Anführer der Miliz *Kataib Hizbullah* war als auch Befehlshaber der *Al-Haschd al-schaabi*.

Die irantreuen Milizen haben ihre Rolle nicht nur in den staatlichen Sicherheitskräften ausgebaut. Ähnlich wie die Hizbullah im Libanon sind sie bestimmende Akteure der irakischen Innenpolitik. Sie haben sich wie ihre libanesischen Waffenbrüder gut in einem von Korruption zersetzten, konfessionalistischen System eingerichtet, das sie 2019 mit brutaler Gewalt gegen Massenproteste verteidigten. Gewährsleute sitzen in Ministerien und auch im irakischen Parlament. Sie arbeiten zudem am Aufbau eines eigenen Wirtschaftsimperiums.[05] Wie die Hizbullah im Libanon haben auch die irakischen Gruppen des pan-schiitischen „Widerstands" eine nationale Agenda, die von den iranischen Direktiven abweichen kann. Und auch wenn ihre Vertreter in Interviews beschwören, man kämpfe Schulter an Schulter und mit einer Hand, gibt es Rivalitäten und Meinungsverschiedenheiten. Nicht alle Gruppen des irakischen Abschnitts der „Achse des Widerstands" schlossen sich vor dem Hintergrund des Gazakriegs dem bewaffneten Kampf gegen die amerikanischen Truppen in ihrem Land an. Die Gruppe *Asaib Ahl al-Haq* zum Beispiel, die sich zuvor auf den Ausbau ihres politischen Flügels konzentriert hatte, zeigte sich hier zurückhaltend.[06]

AUFSTEIGER: DIE HUTHI IM JEMEN

Im Jemen zeigten die Huthi-Rebellen genau das Gegenteil. Die Propaganda der Bewegung, die seit Ende 2014 die Hauptstadt Sanaa und weite Teile des Nordjemen kontrolliert, inszeniert die militärische Konfrontation mit den USA und deren Verbündeten, als wäre sie ein Geschenk. Eine spektakuläre Kommandoaktion hatte den Auftakt gebildet für eine Kampagne von Angriffen auf die zivile Schifffahrt im Roten Meer. Im November 2023 wurden vermummte Huthi-Kämpfer aus

05 Vgl. Michael Knights/Hamdi Malik/Crispin Smith, The Muhandis Company: Iraq's Khatam al-Anbia, 21.3.2023, www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/muhandis-company-iraqs-khatam-al-anbia.

06 Vgl. Amwaj Media, Inside Story: As Iraqis Confront the US, Some Allies of Iran Want Higher Value for Iraqi Blood, 30.11.2023, https://amwaj.media/article/inside-story-as-iraqis-confront-the-us-some-allies-of-iran-want-higher-value-for.

einem Hubschrauber auf dem menschenleeren Deck des Autofrachters „Galaxy Leader" abgesetzt und stürmten die Brücke. „Tod Israel, Tod den Juden!", rief einer der Angreifer im Bauch des Schiffes. „Dir zu Diensten, oh Palästina."

Seither inszenieren sich die Huthi mit ihren Angriffen auf die Schifffahrt im Roten Meer als Vorkämpfer der palästinensischen Sache. Damit können sie von der wirtschaftlichen Misere in ihrem Herrschaftsgebiet ablenken, von verfehlter Regierungsführung und ihrem paranoiden, autoritären Herrschaftsstil. In einer arabischen Öffentlichkeit, aufgebracht von der israelischen Kriegführung im Gazastreifen, wurden sie populärer. Auch innerhalb der „Achse des Widerstands" gewannen sie an Renommee. Sie wurden etwa als „Märtyrer des Meers" gepriesen, ihre Attacken wurden in mehreren Reden Nasrallahs ausführlich und in höchsten Tönen gelobt.

Die Huthi-Rebellen sind so etwas wie die „Aufsteiger" der Achse. Die Beziehung zu Iran wuchs über viele Jahre von einer begrenzten Zweckgemeinschaft zu einer von zunehmender Nähe und wachsendem wechselseitigem Nutzen geprägten Waffenbrüderschaft. Anders als die Hizbullah oder manche irakische Miliz sind die Huthi keine iranische Schöpfung. Die nach dem Familiennamen ihrer Gründer benannte Bewegung, offiziell heißt sie „Ansar Allah", entstand in den 1980er und 1990er Jahren in der Provinz Saada, dem nordwestjemenitischen Kernland der Zaiditen, Anhänger einer Minderheitenrichtung im schiitischen Islam. Es war eine Rebellion gegen die politische und wirtschaftliche Marginalisierung und gegen die vom nördlichen Nachbarn Saudi-Arabien geförderte Verbreitung des sunnitischen Salafismus in ihrer Heimatregion. Die Bewegung war ideologisch vom iranischen Regime beeinflusst. Der zu Beginn der 2000er Jahre entstandene Slogan klingt danach: „Gott ist unendlich groß! Tod den USA! Tod Israel! Verdammt seien die Juden! Sieg dem Islam!"

Als im Zuge der arabischen Volksaufstände von 2011 der Langzeitmachthaber Ali Abdullah Saleh gestürzt wurde, boten ein geschwächter Staat und politisches Chaos ideale Bedingungen für iranische Wühlarbeit. Die Huthi waren aus zwei Gründen prädestiniert für eine engere Partnerschaft: Sie waren nicht nur eine schiitische Bewegung, sondern strebten auch an, eine westlich dominierte Ordnung in der Region zu Fall zu bringen. Doch selbst in dieser Zeit war die iranische Unterstützung begrenzt. Teheran schwang sich erst zum Hauptsponsor der Huthi auf, als Saudi-Arabien 2015 an der Spitze einer internationalen Koalition im Jemen intervenierte. Mit relativ geringem Aufwand fügten die Revolutionswächter dem Königreich vergleichsweise großen Schaden zu. Iran störte sich dabei keineswegs daran, wenn seine Rolle überbewertet wurde. Teheran schwamm im selben Maße auf der Welle der Huthi-Erfolge mit, wie es zu ihnen beigetragen hat.[07] Ausbilder aus den Reihen der Revolutionswächter und auch der Hizbullah waren hochgeschätzte Partner und Besucher. Iran rüstete die Huthi mit jenen Flugkörpern aus, die im Zuge des Gazakriegs die internationale Schifffahrt und damit den Welthandel attackieren. Jemenitische politische Beobachter in Sanaa berichten, die Huthi seien in den vergangenen Jahren immer stärker in die „Achse des Widerstands" eingegliedert worden, auch ideologisch. Sie warnen aber trotzdem – wie viele Jemen-Experten – den iranischen Einfluss auf die als stur und eigensinnig geltenden Huthi zu überschätzen.

KOMPLIZIERTE ZWECKGEMEINSCHAFT: IRAN UND HAMAS

Weitaus stärker, wohl am stärksten von den großen Gruppen, setzt sich die islamistische Palästinenserorganisation Hamas innerhalb der „Achse des Widerstands" ab, deren Rückgrat eine schiitische Internationale bildet. Die Hamas hingegen ist geprägt vom sunnitischen Islamismus der Muslimbruderschaft und eine arabische, nationalistische Organisation mit einem klaren Fokus auf ihre eigene, die palästinensische Sache. Doch als Feind Israels und militärischer Alliierter in einem möglichen Mehrfrontenkrieg bot sich die Hamas für Iran als Partner an. Ebenso diente sie als Deckmantel für Bestrebungen, iranischen Einfluss unter den Arabern auszuweiten. Die Hamas-Führung macht sich keine Illusionen darüber, dass sie eine Zweckgemeinschaft mit Iran verbindet, dass es Teheran eher um militärische Fragen geht als um ihr Projekt im Gazastreifen.[08] So herrschte in den Reihen der Hamas auch Skepsis, die eigene Unabhängigkeit für iranische Unterstützung

07 Vgl. Thomas Juneau, How War in Yemen Transformed the Iran-Houthi Partnership, in: Studies in Conflict and Terrorism 7/2021, S. 22.

08 Vgl. The International Institute for Strategic Studies, Iran's Networks of Influence in the Middle East, London 2019, S. 71 f.

zu opfern. Doch am Ende setzten sich Führer des militärischen Flügels durch, die später als Planer des Terrors vom 7. Oktober bekannt wurden: Hamas-Anführer Jahia Sinwar und Militärchef Mohammed Deif. Letzterer soll bei der Errichtung des Tunnelsystems von Soleimani beraten worden sein. Die Hamas erhielt ferner Unterstützung bei der Produktion eigener Raketen. 2005 hatten die Raketen der Hamas noch eine maximale Reichweite von 15 Kilometern. Dank iranischer Hilfe bedrohen sie seither fast jeden Winkel Israels.[09] Auch die militärischen Fähigkeiten der Hamas-Zellen wurde mithilfe von Ausbildern aus Iran oder den Reihen der Hizbullah verbessert. Als die Hamas Propagandavideos ihres Großangriffs vom Oktober veröffentlichte, fiel eins sofort ins Auge: Die Ästhetik der Kommandos wies erstaunliche Ähnlichkeit mit einer Militärvorführung auf, die von der Hizbullah Monate vorher im Süden des Libanon inszeniert worden war.

Die Hizbullah spielt eine zentrale Rolle in der Zusammenarbeit der Hamas mit der „Achse des Widerstands". Die Palästinenserorganisation unterhält Büros in der Hauptstadt Beirut. Bei den etwa 100 Millionen US-Dollar im Jahr, die laut Schätzungen an die Hamas fließen, spielen Mittelsmänner mit guten Kontakten zur Hizbullah eine wichtige Rolle. Zugleich hatten die Beziehungen gelitten, als beide in Syrien auf verschiedenen Seiten standen. Die Hizbullah kämpfte für den Machterhalt von Präsident Baschar al-Assad. Die Hamas stellte sich auf die Seite seiner Gegner. Diese Spaltung schien in den vergangenen Jahren überwunden. Im April 2023 schwieg Osama Hamdan, ein hoher Hamas-Funktionär in Beirut, vielsagend auf Fragen nach übereinstimmenden Berichten über eine gemeinsame Operationszentrale. „Die Zusammenarbeit mit der Hizbullah hat sich in den vergangenen Jahren immer weiter verbessert, und wir gehen diesen Weg weiter", sagte er.[10]

Und doch gibt es weiterhin Ressentiments. Im November 2023 sagte ein Hizbullah-Kommandeur, der in Syrien gekämpft hatte: „Wir können ihnen nicht trauen. Sie haben sich schon einmal gegen uns gewendet." Die Organisation solle nicht für einen solchen Verbündeten in einen ruinösen Krieg mit Israel ziehen. Er beschwerte sich außerdem darüber, dass seine Organisation von dem Hamas-Angriff unvorbereitet getroffen worden sei. Und er drückte ein Unbehagen aus, das es unter vielen libanesischen Schiiten gibt: Auch wenn die Hizbullah-Propaganda das Morden der Hamas am 7. Oktober als militärische Operation feierte, weckten die Schreckensbilder bei ihnen Erinnerungen an den sunnitischen IS, einen Todfeind. Der Hizbullah-Kommandeur zog ausdrücklich einen solchen Vergleich und gab zu verstehen, dass sich seine Organisation als „professionelle Militärtruppe" verstehe, nicht als mordenden Terrororganisation. Mehrere Führungskader der Hamas beklagten dagegen im Zuge des israelischen Gegenschlags nach dem 7. Oktober, sie sähen gerne mehr Unterstützung durch ihre Alliierten. Revolutionsführer Ali Chamenei erteilte solchen Forderungen der im November 2023 eine Absage.[11]

Es würde aus iranischer Sicht auch keinen Sinn ergeben, die Hizbullah als wichtigsten Verbündeten für die Rettung der Hamas in einen Krieg zu schicken. Der Terrorangriff der palästinensischen Islamisten hat Iran und seine Schattenarmee in Bedrängnis gebracht. Lange Zeit hatte die „Achse des Widerstands" die Eskalationsdominanz auf ihrer Seite. In der Region herrschte das Gefühl vor, im Zweifel sei Teheran bereit, einen Schritt weiterzugehen – wenn nötig, auch einen Schritt zu weit. Nach dem Terror des 7. Oktober hat ein traumatisiertes Israel nach und nach die Strategie im Abschreckungswettbewerb verändert – gerade in der Konfrontation mit der Hizbullah. Letztere hat viel zu verlieren, sollte es zu jenem Flächenbrand kommen, den die westliche Diplomatie unbedingt verhindern will. Ihre Raketen kann sie nur einmal verschießen, danach hätte sie, hätte die gesamte „Achse des Widerstands", einen gehörigen Teil ihres Schreckens verloren. Dem über Jahrzehnte geduldig errichteten Schattenreich der iranischen Revolutionswächter drohte schwerer Schaden. Iran wäre verwundbarer denn je.

CHRISTOPH EHRHARDT
lebt in Beirut, von wo er seit Sommer 2015 für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" als Korrespondent über die arabische Welt berichtet.

09 Vgl. Nicolas Pelham, Hamas's Deadly Phantom: The Man Behind the Attacks, 20.10.2023, www.economist.com/1843/2023/10/20/hamass-deadly-phantom-the-man-behind-the-attacks.
10 Zit. nach Christoph Ehrhardt, Verbrüderung unter dem Porträt Khameneis, 16.4.2023, www.faz.net/-18825397/das-portraet-von-irans-18825394.html.
11 Vgl. Parisa Hafezi/Laila Bassam/Arshad Mohammed, Insight: Iran's „Axis of Resistance" Against Israel Faces Trial by Fire, 16.11.2023, www.reuters.com/world/middle-east/irans-axis-resistance-against-israel-faces-trial-by-fire-2023-11-15.

IRANS NEUES SELBSTVERSTÄNDNIS

Zwischen innenpolitischer Transition und außenpolitischem Aufstieg

Azadeh Zamirirad

Unter Präsident Ebrahim Raisi steht die Islamische Republik Iran einer Vielzahl von Herausforderungen gegenüber. Dazu zählen neben einer ökologischen und wirtschaftlichen Dauerkrise auch ein anhaltender internationaler Konflikt um das iranische Atomprogramm, die niedrigste Wahlbeteiligung in ihrer Geschichte und die größten Massenproteste seit mehr als zehn Jahren. Dabei befindet sich Iran derzeit in einer kritischen Übergangsphase, in der die herrschaftspolitischen Weichen für die kommenden Jahrzehnte im Land gestellt werden sollen. Im Gegensatz zur innergesellschaftlichen Sphäre ist das Land außenpolitisch gestärkt aus der bisherigen Amtszeit von Raisi hervorgegangen. Die außenpolitischen Entwicklungen haben zu einem neuen Selbstverständnis Teherans auf globaler Ebene geführt, mit dem die iranische Führung innenpolitische Krisen zu kompensieren sucht.

IRAN IM UMBRUCH

Im Zentrum des zu erwartenden Machtwechsels steht das Amt des sogenannten Revolutionsführers – die höchste politische und religiöse Instanz im Staat. Seit über 30 Jahren bekleidet der Kleriker Ali Khamenei diese Position, dessen Herrschaft sich angesichts seines Alters von 84 Jahren dem Ende neigt. Einen reibungslosen Übergang in die Post-Khamenei-Ära zu gewährleisten, der die bestehende Ordnung nicht gefährdet, steht an erster Stelle der politischen Agenda.

In einer Ansprache anlässlich des 40. Jahrestags der Revolution von 1979 legte Khamenei 2019 seine persönliche Zukunftsvision für das Land vor. Mit der Verkündung des „zweiten Schritts der Revolution“ (*game dovome enqelab*)[01] rückte Khamenei die iranische Jugend ins Zentrum.[02] Der Fokus auf die Jugend ergibt sich aus dem demografischen Wandel im Land, aus der massiven Kluft zwischen Gesellschaft und Staat sowie aus der Überalterung der Eliten in der Politik und im Klerus.[03] Eine neue Generation an „Revolutionären“ soll die Islamische Republik als politisches Projekt nicht nur künftig wahren, sondern zugleich die nächste Phase in der Entwicklung des Staats einleiten – verbunden mit dem Anspruch, die Weichen für eine neue „islamische Zivilisation“ (*tamadone eslami)* zu legen.[04]

Bei der Vision einer islamischen Zivilisation handelt es sich um ein von Khamenei zur Jahrtausendwende skizziertes Zukunftskonzept, mit dem auf globaler Ebene das Ideal einer transnationalen islamischen Weltgesellschaft realisiert werden soll. Khameneis Vorstellung einer globalen Ordnung steht im Gegensatz zum traditionellen Westfälischen Modell, das auf souveränen Nationalstaaten basiert. Der iranische Ansatz orientiert sich nicht an staatlichen Grenzen, sondern an religiösen Überzeugungen. Ziel ist die Etablierung eines gesellschaftspolitischen Raums islamischer Souveränität, in dem muslimische Glaubensgrundsätze die Basis für internationale Normen und Standards bilden. Khamenei sieht die Islamische Republik hier als politisches Vorbild und zugleich als Führungsmacht.[05]

Mit der Proklamation des „zweiten Schritts“ hat die Islamische Republik offiziell die Phase der politischen Transition eingeleitet. Diese zielt ausschließlich auf den Wechsel der Machtverhältnisse innerhalb des politischen Systems, keineswegs auf einen Übergang der autoritären Ordnung zu einer demokratischen.[06] Dabei gibt der „zweite Schritt“ keine Hinweise darauf, wer die Führung des Staats in Zukunft übernehmen könnte. Das Ausklammern dieser Frage ist dem „Nachfolgedilemma“[07] in autokratischen Systemen geschuldet: Das Benennen eines Nachfolgers kann

die Führungsposition Khameneis schwächen, das Unterlassen interne Machtkämpfe jedoch verschärfen. Beide Szenarien bergen Risiken für die bestehende Ordnung. Denn das iranische System ist durch ausgeprägte Gruppenkonflikte und konkurrierende Machtzentren charakterisiert. Trotz seiner herausragenden konstitutionellen Stellung ist daher auch der Revolutionsführer auf Rückkopplungsmechanismen mit den Eliten und Aushandlungsprozesse angewiesen, um die eigene Machtbasis zu sichern.[08]

GESELLSCHAFTLICHE GEGENWEHR

Diese Machtbasis wird vonseiten der Gesellschaft immer stärker herausgefordert. Die Resilienz der autoritären Strukturen im Staat hat zu einer zunehmenden Resignation in der iranischen Bevölkerung gegenüber politischen Reformen geführt. Dabei war die Beteiligung an Wahlen trotz weitreichender Einschränkungen lange Zeit hoch. Die durchschnittliche Wahlbeteiligung bei Präsidentschaftswahlen lag seit 1979 bei durchschnittlich 65,8 Prozent. Doch an den Parlamentswahlen von 2020 nahmen lediglich 42 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung teil, an den Präsidentschaftswahlen von 2021 weniger als 49 Prozent – ein historisches Tief.

Zum Sieger der jüngsten Wahlen wurde der Kleriker Ebrahim Raisi erklärt – berüchtigt als ehemaliges Mitglied einer Kommission, die Ende der 1980er Jahre Massenhinrichtungen politischer Gefangener zu verantworten hatte – ein völkerstrafrechtliches Verbrechen, das bis heute nicht aufgearbeitet wurde.[09] Die Umstände seiner Wahl waren für die Islamische Republik ungewöhnlich. Freie oder faire Wahlen gemäß demokratischen Standards existieren nicht, doch lange Zeit wurde ein Spektrum an systemtreuen Gruppen zugelassen, die gegeneinander antraten. Dadurch haben in der Islamischen Republik in den mehr als 40 Jahren ihres Bestehens unterschiedliche Lager die Regierung gestellt, darunter neben Hardlinern auch sogenannte Reformer und Pragmatisten.

Die Präsidentschaftswahlen von 2021 unterschieden sich von bisherigen Wahlzyklen dagegen dadurch, dass nicht nur die bedeutendsten Reformkandidaten als Kandidaten ausgeschlossen wurden, sondern selbst bekannte Persönlichkeiten des konservativen Lagers, die Raisis Sieg hätten gefährden können. Der offenkundige Eingriff in den Wahlprozess war selbst gemessen an den Standards der Islamischen Republik weitreichend. Er ist Ausdruck der Umsetzung des „zweiten Schritts" der Revolution, mit dem Khamenei sämtliche politische Prozesse der Transitionsphase untergeordnet hat und auf eine weitgehende Homogenisierung der Elitenlandschaft setzt. Durch die Wahlsiege seit 2020, unter anderem bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, haben nunmehr loyale Hardliner alle wesentlichen Machtzentren im Land besetzt.

Vor diesem Hintergrund ist die Wahlbeteiligung kontinuierlich gesunken. Dabei richtet sich der Unmut der Bevölkerung nicht nur gegen die bestehende Führung und die Hardliner, sondern gegen alle offiziellen politischen Lager im Land. Wiederholt haben Reformer und Pragmatisten Erwartungen der iranischen Wählerschaft selbst nach geringfügigem gesellschaftspolitischem Wandel enttäuscht. Auch unter ihren Präsidentschaften blieben Repression, Zensur, eingeschränkte Pressefreiheit, Diskriminierung

01 Ali Khamenei, Der Zweite Schritt der Revolution: Ansprache an das iranische Volk (persisch), 11.2.2019, https://farsi.khamenei.ir/gaam2.

02 Vgl. Azadeh Zamirirad, Iran im Umbruch: Die Islamische Republik auf dem Weg in die Post-Khamenei-Ära, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), SWP-Studie 3/2023, www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2023S03_iran_umbruch.pdf.

03 Mit dem Begriff „Jugend" bezeichnet Khamenei die gesamte postrevolutionäre Generation, die nach dem Umsturz der Monarchie 1979 geboren wurde. Diese macht fast 70 Prozent der mehr als 84 Millionen Menschen zählenden Bevölkerung aus.

04 Ali Khamenei, Ansprache des Revolutionsführers vor Lehrkräften und Studierenden (persisch), 5.10.2000, https://farsi.khamenei.ir/speech-content?id=21451.

05 Vgl. Zamirirad (Anm. 2), S. 10.

06 Zum Konzept der Transition vgl. Paul 't Hart/John Uhr, Power Transitions and Leadership Successions in Government, in: dies. (Hrsg.), How Power Changes Hands. Transition and Succession in Government, Basingstoke 2011, S. 1–20.

07 Vgl. Robbins Burling, The Passage of Power. Studies in Political Succession, New York 1974.

08 Für nähere Ausführungen zur Notwendigkeit politischer Rückkopplung in der Islamischen Republik siehe Azadeh Zamirirad, Irans Atomdiskurs: Eine subsystemische Analyse außenpolitischer Präferenzen in der iranischen Nukleardiplomatie (2003–2015), Baden-Baden 2019, S. 73.

09 Vgl. Amnesty International, Iran: Ebrahim Raisi Must Be Investigated for Crimes against Humanity, 19.6.2021, www.amnesty.org/en/latest/press-release/2021/06/iran-ebrahim-raisi-must-be-investigated-for-crimes-against-humanity.

von Minderheiten, systematische Unterdrückung von Frauen sowie Folter und Hinrichtungen bestehen.

Daneben leidet die Bevölkerung unter einer weitreichenden ökologischen Krise, darunter Wasserknappheit und hohe Luftverschmutzung,[10] und unter der anhaltenden wirtschaftlichen Misere. Langjähriges Missmanagement, verbreitete Korruption und ein ineffizienter Staatsapparat zählen zu den Hauptproblemen der iranischen Wirtschaft. Darüber hinaus haben nicht-rechenschaftspflichtige Akteure wie die paramilitärischen Revolutionsgarden in den vergangenen Jahrzehnten sowohl die wirtschaftliche als auch die politische Sphäre weitreichend der eigenen Kontrolle unterstellt. Internationale Sanktionen, die aufgrund des iranischen Atomprogramms verhängt wurden, haben die angespannte Wirtschaftslage weiter verschärft. Für den zunehmenden Unmut in der Bevölkerung sind aber vor allem die staatliche Gewalt und Freiheitseinschränkungen verantwortlich. Seit 2017 wurde die Repression mehrfach landesweit angeprangert und die gesamte politische Ordnung offen infrage gestellt.

Zu den bedeutendsten Massenprotesten der vergangenen Jahrzehnte ist der „Frau, Leben, Freiheit"-Aufstand vom September 2022 zu zählen, der mehr als ein halbes Jahr anhielt und vom Staat brutal niedergeschlagen wurde. Der Tod von Jina Mahsa Amini in Gewahrsam der sogenannten Sittenpolizei, die die junge iranische Kurdin wegen eines angeblichen Verstoßes gegen die Kleiderordnung festgenommen hatte, löste eine beispiellose Welle des Protests und der gesamtgesellschaftlichen Solidarität im Land aus. Menschen unterschiedlichen Alters, ethnischer Herkunft und aus verschiedenen sozialen Schichten gingen erstmals gemeinsam auf die Straße. An der Spitze dieses „feministischen Aufstands"[11] standen von Anfang an iranische Frauen. Dabei richteten sich die Proteste jedoch nicht allein gegen die Kopftuchpflicht. Im Zentrum stand die Forderung, das gesamte System abzuschaffen.

AUßENPOLITISCHE KOMPENSATION

Während die iranische Führung innenpolitisch anhaltendem Druck ausgesetzt ist, hat sie außenpolitisch Erfolge verbuchen können. Unter der Regierung Raisi hat Iran seine Nachbarschaft und den „Blick nach Osten" zu Prioritäten eines neuen außenpolitischen Ansatzes erklärt. Diese Fokussierung steht im Einklang mit dem, was Khamenei seit 2018 als politische Präferenzen definiert hat: die unmittelbare Nachbarschaft und den eurasischen Raum.[12] In ihrer Nachbarschaftspolitik hat sich die Regierung Raisi weitgehend auf die Deeskalation mit den arabischen Golfstaaten konzentriert, die in einem Normalisierungsabkommen mit Saudi-Arabien im März 2023 gipfelte. Das Abkommen wurde unter Vermittlung Chinas zum Abschluss geführt. Hierdurch wurden die seit 2016 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zwischen Teheran und Riad wieder aufgenommen. Die iranischen Deeskalationsversuche rund um den Persischen Golf zielen darauf ab, den Schwerpunkt der Nachbarschaftspolitik auf wirtschaftliche Integration zu verlagern und gleichzeitig den eigenen Sicherheitsbedenken hinsichtlich einer saudisch-israelischen Normalisierungsvereinbarung Rechnung zu tragen. Letztere stellt für Teheran keine unmittelbare Bedrohung mehr dar, seit die Hamas am 7. Oktober 2023 Israel überfiel und damit einen Krieg auslöste, der die Chancen auf eine Normalisierung zwischen Saudi-Arabien und Israel vorerst zunichte gemacht hat.

Außerhalb seiner unmittelbaren Nachbarschaft hat sich Teheran vor allem auf die Wiederbelebung seiner „Blick nach Osten"-Politik[13] konzentriert. Im Gegensatz zu früheren Amtszeiten iranischer Präsidenten gibt es zu Irans derzeitiger Ostpolitik keine tragfähige Alternative: Da der Konflikt mit den USA und der EU um das iranische Atomprogramm weiter anhält, gibt es derzeit keine Option, eine Annäherung an den Osten mit verbesserten Beziehungen zum Westen in Einklang zu bringen. Dabei hat die Regierung

10 Vgl. Kaveh Madani/Amir Agha Kouchak/Ali Mirchi, Iran's Socio-Economic Drought: Challenges of a Water-Bankrupt Nation, in: Iranian Studies 6/2016, S. 997–1016; Vahid Hosseini/Hossein Shahbazi, Urban Air Pollution in Iran, in: ebd., S. 1029–1046.

11 Vgl. Wazhma Osman/Narges Bajoghli, Decolonizing Transnational Feminism: Lessons from the Afghan and Iranian Feminist Uprisings of the Twenty-First Century, in: Journal of Middle East Women's Studies, Dezember 2023.

12 Vgl. Ali Khamenei, Sechs Gründe für die Präferenz des Ostens gegenüber dem Westen (persisch), 19.2.2018, https://farsi.khamenei.ir/others-note?id=38981.

13 Vgl. Azadeh Zamirirad, Irans „Blick nach Osten". Asien, Eurasien und die ordnungspolitische Vision der Islamischen Republik, SWP-Studie 25/2020, www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2020S25_Iran.pdf.

Raisi den „Blick nach Osten“ aber über den Rahmen hinaus verschoben, der unter den politischen Entscheidungsträgern lange Zeit als zweckmäßig galt. Dies wurde deutlich, als Teheran 2022 erstmals Kampf- und Aufklärungsdrohnen an Moskau lieferte – eine Entscheidung, die in Iran sowohl innerhalb der Gesellschaft als auch in Teilen der politischen Eliten erhebliche Kritik hervorrief.[14]

Der iranische Entschluss geht Hand in Hand mit einem neuen Gefühl von Relevanz auf der internationalen Bühne. Die Wahrnehmung einer gestiegenen globalen Bedeutung ergibt sich unter anderem aus dem Beitritt des Landes zur Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit im Juli 2023, der erst nach einem mehr als 15 Jahre dauernden Beitrittsprozess erreicht wurde, sowie aus dem Angebot, dem Verbund der BRICS-Staaten beizutreten. An der außenpolitischen Front ist es der Raisi-Regierung damit gelungen, der eigenen Basis einen dringend benötigten politischen Sieg zu präsentieren, nachdem landesweite Proteste monatelang das Land erschüttert hatten.

TEHERANS AMBITIONEN FÜR EINE POST-WESTLICHE ORDNUNG

Die außenpolitischen Erfolge gehen mit einem neuen Selbstverständnis Teherans als globalem Akteur einher. Sie speisen sich vor allem aus drei politischen Entwicklungen: Russlands Krieg gegen die Ukraine, Chinas Wandel von einem wirtschaftlichen zu einem politischen Akteur am Persischen Golf und dem brutalen Angriff, den die Hamas am 7. Oktober gegen Israel verübte.

Wie andere revisionistische Akteure lehnt auch Iran eine von den USA dominierte Weltordnung ab und teilt die Erwartung einer neuen multipolaren globalen Struktur mit aufstrebenden Regionalmächten. Teheran begrüßt daher den relativen Niedergang der Vereinigten Staaten als Supermacht und setzt auf das Entstehen einer „post-westlichen Ordnung“. Immer wieder betont Khamenei, dass diese neue Ordnung bereits im Entstehen begriffen und durch eine Verlagerung politischer, wirtschaftlicher, kultureller und wissenschaftlicher Macht vom Westen nach Asien gekennzeichnet sei.[15] Diese Charakterisierung ist eine von vier Kernindikatoren, die Khamenei im Laufe der Jahre als Merkmale für den Übergang postuliert hat: *Erstens* die Verlagerung des globalen Gravitationszentrums nach Asien, *zweitens* der Niedergang der Vereinigten Staaten, Israels und Europas, *drittens* der Aufstieg regionaler und neuer globaler Mächte und *viertens* die geopolitische Expansion der „Achse des Widerstands“. Die sogenannte Achse umfasst das weit gespannte Netzwerk an nicht-staatlichen und substaatlichen Verbündeten Irans, die von der Hizbullah im Libanon über die Hamas in Gaza und einer Reihe von irakischen und syrischen Milizen bis zu den sogenannten Huthi-Rebellen im Jemen reichen.

Dabei hat Teheran in hohem Maße vom russischen Krieg gegen die Ukraine profitiert. Der Krieg hat nicht nur den Status der Islamischen Republik in den russisch-iranischen Beziehungen von einem leicht ins Abseits zu drängendem Juniorpartner zu einem dringend benötigten Lieferanten von Drohnen verändert, sondern auch eine globale Kluft zwischen Ost und West manifestiert, die Russland auf absehbare Zeit weitgehend von der westlichen Sphäre abkoppelt. Dadurch sind lang gehegte iranische Befürchtungen gegenüber Moskau gemindert worden, darunter mangelnde russische Unterstützung im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen oder der Umstand, jederzeit von Moskau als Verhandlungsmasse gegenüber den USA genutzt werden zu können.[16] Dass Beijing als Vermittler und damit als politischer Akteur am Persischen Golf in Erscheinung getreten ist, stellt zudem aus iranischer Sicht den Auftakt für ein größeres chinesisches Engagement in der Region dar. Damit beruht der „Blick nach Osten“ nicht länger nur auf einer vagen, langfristigen Vision für eine post-westliche Ordnung. Teheran sieht schon jetzt die Konturen einer multipolaren Welt entlang neuer Mächte und globaler Blöcke, die mit nie dagewesenen Möglichkeiten für engere Partnerschaften in der östlichen Hemisphäre einhergehen. Verstärkt wird diese Wahrnehmung durch Teherans Einschätzung der schwindenden Macht der Ver-

14 Vgl. Javad Heiran-Nia, Drone Sales to Russia Spark a Debate in Iran, Atlantic Council, 23. 11. 2022, www.atlanticcouncil.org/blogs/iransource/drone-sales-to-russia-spark-a-debate-in-iran.

15 Vgl. Ali Khamenei, Ansprache vor Studierenden (persisch), 2. 11. 2022, https://farsi.khamenei.ir/speech-content?id=51259.

16 Vgl. Ian Parmeter, New-Old Key Player: What to Expect from Russia's Growing Role in the Middle East, in: Nikolay Kozhanov (Hrsg.), Russia's Relations with the GCC and Iran, London 2021, S. 21–52, hier S. 39.

einigten Staaten und Europas, die in einen kostspieligen Krieg in der Ukraine verwickelt sind, sowie die vermeintliche Schwächung Israels nach den Anschlägen der Hamas.

Deren brutaler Überfall auf Israel wurde von der iranischen Führung als eine globale Demonstration der Stärke und Kapazität der „Achse des Widerstands" zelebriert, die nun durch die aktive Beteiligung der Huthi-Rebellen[17] am „Widerstand" (*moghavemat*) gegenüber dem israelischen Staat erweitert wurde. Der Angriff, den Khamenei als „irreparable" (*qeire qabele tarmin*) Niederlage bezeichnete,[18] hat die iranische Wahrnehmung eines geopolitischen Wendepunkts in der Region zementiert, die Auswirkungen auf die gesamte internationale Ordnung habe. Mit dem Überfall und den seither erfolgten Angriffen auf israelische und amerikanische Ziele in der Region, insbesondere im Golf von Aden, wurden die militärischen Kapazitäten der Achse deutlich. Vor diesem Hintergrund sind aus iranischer Sicht alle vier von Khamenei definierten Indikatoren eines globalen Wandels bereits erkennbar. Nach den Vorstellungen Teherans werden die politischen Entwicklungen in Eurasien und im Nahen Osten es der Islamischen Republik ermöglichen, über lose Bündnisse hinauszugehen und ein engeres Netzwerk an Strukturen, gemeinsamen Interessen und Abhängigkeiten in der Nachbarschaft und in Asien zu schaffen.

GRENZEN IRANISCHER MACHTPROJEKTION

Während die iranische Führung ihren geopolitischen Aufstieg zelebriert, wandelt sie auf einem schmalen Grat. Zwar hat die Machtprojektion der „Achse des Widerstands" ihren bisherigen Höhepunkt erreicht. Zugleich war die selbsterklärte Widerstandsfront aber auch noch nie so verwundbar. Ein umfassender Krieg der gesamten Achse gegen Israel und seine Verbündeten könnte zu einem verheerenden Schlag gegen zumindest Teile der Front führen und damit Irans bedeutendstes Sicherheitsinstrument in der Region deutlich schwächen. Bislang setzt Teheran darauf, eine direkte militärische Konfrontation mit Israel und den USA zu vermeiden und weiterhin über andere Teile der Achse in die regionalen Entwicklungen einzugreifen. Sollte das Land dagegen direkt in einen militärischen Konflikt mit Israel eintreten, würde dies auch den „Blick nach Osten" erheblich beeinträchtigen. Weder Russland noch China haben ein Interesse daran, von Teheran in regionale Auseinandersetzungen hineingezogen zu werden. Würde die Islamische Republik für Moskau und Beijing zu einem massiven Sicherheitsrisiko werden, dürften die Ambitionen Irans, in einem aufstrebenden Asien eine gestaltende Rolle zu spielen, schnell schwinden. Auch die zaghafte Normalisierung der Beziehungen zu den arabischen Golfstaaten könnte darunter leiden. Diese haben ihre diplomatischen Verbindungen zu Iran vor allem in der Erwartung ausgeweitet, Spannungen abzubauen und das Risiko einer militärischen Konfrontation zu minimieren.

Auch ohne einen umfassenden militärischen Konflikt dürften die iranischen Erwartungen an den Osten enttäuscht werden. Teherans außenpolitischer Ansatz ist mit zahlreichen Einschränkungen und Unwägbarkeiten behaftet, darunter wirtschaftliche Zwänge aufgrund von US-Sanktionen und die allgemeine Überzeichnung eines unaufhaltsamen Niedergangs des Westens.[19] Dass Iran westlichen Akteuren den Rücken gekehrt hat, wirkt sich zudem schon jetzt auf den „Blick nach Osten" aus, denn hierdurch wurden auch die Möglichkeiten eingeschränkt, die wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zu östlichen Partnern auszubauen.[20] Es hat sich gezeigt, dass auch Länder wie China oder Indien im Zweifelsfall dem Sanktionsdruck der USA nachkommen. Im Zuge der Politik des maximalen Drucks unter US-Präsident Donald Trump musste China beispielsweise seine Einfuhren von iranischem Rohöl um die Hälfte reduzieren, und Indien stellte seine Ölimporte aus Iran komplett ein.

Nicht zuletzt ist bislang offen, wie eine von Russland, China und Iran geprägte post-westliche Ordnung aussehen sollte. Die gemeinsame

17 Zum Verhältnis zwischen Iran und den Huthi-Rebellen vgl. Thomas Juneau, How War in Yemen Transformed the Iran-Houthi Partnership, in: Conflict & Terrorism, Juli 2021.

18 Vgl. Ali Khamenei, Ansprache vor Kadetten (persisch), 10.10.2023, https://farsi.khamenei.ir/speech-content?id=-54056.

19 Vgl. Jacopo Scita, The Delusional Lure of Iran's „Anti-Hegemonic" Front, Stimson Center, 28.7.2023, www.stimson.org/2023/the-delusional-lure-of-irans-anti-hegemonic-front.

20 Vgl. Hamidreza Azizi, Iran's „Look East" Strategy: Continuity and Change under Raisi, Middle East Council on Global Affairs, Issue Brief, September 2023.

Ablehnung des bestehenden globalen Systems stellt noch keinen Konsens über die Ausgestaltung internationaler Strukturen, Institutionen oder Normen dar. Ungeachtet aller Differenzen hat Iran in der Vergangenheit aus pragmatischen Erwägungen eine engere Partnerschaft mit diesen Staaten angestrebt. Angesichts des sich wandelnden politischen Umfelds in Eurasien hat Teheran dabei die Bereitschaft gezeigt, über vorübergehende taktische Allianzen hinaus zu einer strategischen Zusammenarbeit überzugehen. Gleichzeitig hat die Staatsführung die innenpolitische Kritik an den tatsächlichen politischen Kosten strategischer Allianzen und den Auswirkungen auf die nationale Souveränität entweder ignoriert oder bereitwillig abgetan.[21]

AUSBLICK

Die Islamische Republik befindet sich im Umbruch. Innenpolitisch liegt die Priorität der Führung auf einem geordneten Übergang in die Post-Khamenei-Ära. Außenpolitisch verfolgt Teheran vehement seinen revisionistischen Ansatz für eine post-westliche Ordnung. Gesellschaftliche Belange bleiben dabei außen vor. Auf die innergesellschaftlichen Herausforderungen reagiert die Islamische Republik vorwiegend mit größerer Repression und konsequenter Umsetzung des „zweiten Schritts" der Revolution. Dabei werden die republikanischen Elemente des politischen Systems, die sich unter anderem in gewählten Institutionen wie dem Parlament oder dem Präsidentenamt widerspiegeln, gegenüber nichtgewählten Institutionen wie den paramilitärischen Revolutionsgarden geschwächt. Dies zeigt sich vor allem darin, dass Teheran selbst die eigenen autokratischen Regeln des Wahlprozesses in jüngster Zeit außer Kraft gesetzt hat. Damit ist der Staat auf eine Homogenisierung der bereits beschränkten politischen Sphäre eingestellt, die nunmehr in allen wesentlichen Machtzentren von Hardlinern dominiert wird. Diese sehen Gewalt und Repression nicht nur als legitimes Mittel, sondern als notwendiges Instrument an, um die Islamische Republik in die nächste Phase zu überführen.

Der Versuch, den Unmut der Bevölkerung mit weiterer Repression zu begegnen und berechtigte gesellschaftspolitische Anliegen zu diskreditieren, geht zugleich mit einer anhaltenden Fragilität der bestehenden Ordnung einher. Selbst wenn es dem Staat gelingt, Proteste wiederholt gewaltsam niederzuschlagen, bleibt der gesellschaftliche Unmut über die politische Ordnung und der Wille zu grundlegendem Wandel bestehen. Seit 2017 ist es immer wieder zu landesweiten Massenprotesten gekommen, die vom Staat bislang nur zeitweilig eingedämmt, jedoch nicht langfristig aufgelöst werden konnten.

Dass sich die iranische Führung dennoch gestärkt sieht, ist vor allem der außenpolitischen Sphäre geschuldet. Die politischen Entwicklungen in der Region gehen mit einem neuen Selbstverständnis der Islamischen Republik auf globaler Ebene einher. Teheran sieht sich außenpolitisch im Aufwind und als wesentlicher Treiber einer neuen post-westlichen Ordnung.

Russlands Krieg gegen die Ukraine, Chinas Vermittlungsbemühungen am Persischen Golf und der Überfall der Hamas auf Israel haben Teherans langjährige Vision einer künftigen Weltordnung in ein mittelfristiges Ziel verwandelt. Den derzeitigen Nahostkonflikt sieht die Islamische Republik als unumkehrbaren geopolitischen Wendepunkt in der Region. Vor diesem Hintergrund dürfte sie ihre revisionistische Agenda weniger risikoscheu im Hinblick auf eine militärische Konfrontation mit Israel oder den Vereinigten Staaten verfolgen. Dabei läuft sie Gefahr, nicht nur den innergesellschaftlichen Widerstand zu unterschätzen, sondern ihren eigenen außenpolitischen Handlungsspielraum überzubewerten. Obwohl Iran sich planvoll auf eine geordnete Transition vorbereitet und eine herausragende Rolle in einer von asiatischen Mächten geprägten neuen Weltordnung für sich beansprucht, ist die erfolgreiche Umsetzung daher alles andere als gewiss.

AZADEH ZAMIRIRAD
ist Irananalystin und stellvertretende Leiterin der Forschungsgruppe Afrika und Mittlerer Osten der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin, wo sie sich mit der Funktionsweise autoritärer Regime, Elitenwandel und iranischer Außen- und Sicherheitspolitik befasst. Sie berät unter anderem die Bundesregierung, den Bundestag und Institutionen der EU.

21 Für weitere Erläuterungen zur inneriranischen Debatte vgl. Zamirirad (Anm. 13).

DER NAHE OSTEN ZWISCHEN AUFBRUCH UND STAATSZERFALL

Ein Rückblick

Henner Fürtig

In den südlichen und östlichen Anrainerstaaten des Mittelmeers sowie auf der Arabischen Halbinsel und in Iran, landläufig als Naher Osten beziehungsweise im englischen Sprachraum „Middle East" bezeichnet, leben aktuell knapp 494 Millionen Menschen.[01] Weite Teile der Region sind sehr fruchtbar, nicht von ungefähr finden sich hier älteste Spuren menschlicher Zivilisation. Spätestens seit dem Zeitalter der Industrialisierung wurde der Nahe Osten zudem durch seinen enormen Ressourcenreichtum, insbesondere an Erdöl und Erdgas, bekannt. Trotzdem gilt die Region seit Jahrzehnten als ökonomischer und politischer Problemfall, als nahezu permanenter Krisenherd. Wie konnte es zu dieser Entwicklung kommen? Je nach Prioritätensetzung bieten sich viele Ursachen an, bei keiner Übersicht dürfen jedoch die folgenden vier Gründe fehlen, die deshalb im Mittelpunkt der Untersuchung stehen sollen.

TRUGBILD DER ARABISCHEN EINHEIT

Bis auf wenige Ausnahmen, vor allem in der Levante, war der Nationalstaatsgedanke in der arabischen Bevölkerung des Nahen Ostens zu Beginn des 20. Jahrhunderts nur gering ausgebildet. Die Menschen sahen sich primär als Untertaten des osmanischen Sultans, der in seiner Eigenschaft als Kalif den meisten auch religiöser Anführer war. Erst der Erste Weltkrieg veränderte diese Situation mit seiner Konfrontation zwischen Entente und Mittelmächten, zu denen auch das Osmanische Reich gehörte, grundsätzlich.

Mit der Zusage, sie nach dem Sieg bei der Errichtung eines eigenen Staats zu unterstützen, gelang es den Briten, die Araber unter der Führung des Scherifen Hussain von Mekka zu einem Aufstand gegen die Osmanen zu bewegen. Diese gingen folgerichtig nach der Kapitulation des Osmanischen Reichs von der Einlösung der britischen Versprechen aus. Arabisches Nationalgefühl manifestierte sich also auf nachdrückliche Weise zum ersten Mal im 20. Jahrhundert mit dem Ziel der Errichtung eines eigenen Staats. Idealerweise sollte nun ein arabischer Kalif einen einheitlichen arabischen Großstaat regieren. Hier stand eindeutig das osmanische Modell Pate. Es kam jedoch ganz anders.

London und Paris hatten sich bereits 1916 im sogenannten Sykes-Picot-Abkommen über die Aufteilung der arabischen Provinzen des Osmanischen Reichs geeinigt. Dieses Abkommen steht am Beginn der nahezu vollständigen kolonialen Durchdringung des arabischen Raums nach dem Ersten Weltkrieg. Ein vom 1920 gegründeten Völkerbund eingerichtetes „Mandatssystem" gab dem Vereinigten Königreich und Frankreich das „Recht", die ehemaligen osmanischen Provinzen fortan zu regieren. Das Mandatssystem schuf so zwar die völkerrechtlichen Grundlagen für die künftige Anerkennung der neuen Einheiten als Staaten, aber die eigentliche Macht blieb in den Händen der europäischen Kolonialmächte. Noch vor dem Zweiten Weltkrieg erlangten einige Mandatsgebiete die formale Unabhängigkeit und schufen staatliche Institutionen. Das zielte aber vor allem darauf ab, Stabilität als notwendige Bedingung für die Verwirklichung der wirtschaftlichen und geopolitischen Ziele der Mandatsmächte zu schaffen.[02] Die Stabilität war allerdings grundsätzlich durch die Tatsache beeinträchtigt, dass die Mandatszuteilung primär nach britischen und französischen Interessen erfolgt war und die lokalen Gegebenheiten weitgehend missachtete. Historische Wurzeln, kulturelle Prägung, konfessionelle und ethnische Bedingungen spielten nur eine untergeordnete Rolle. Dadurch entstanden oft künstliche Gebilde mit schwacher Selbstiden-

tität, in denen verschiedene rivalisierende ethnische Gruppen, Religionen und Sprachen in einem Dauerkonflikt standen.[03] Nationalgefühl konnte so nicht auf natürliche Weise wachsen, sondern entwickelte sich erst im Zuge des Kampfs gegen die Fremdherrschaft.

Die Herausbildung eines differenzierten arabischen Staatensystems zeitigte aber auch gravierende Folgen für den arabischen Einheitsgedanken. Für die gegen die Kolonialmächte kämpfende Bevölkerung ging es jetzt primär um die nationale Selbstbestimmung der abhängigen Territorien und nur sekundär um die Herstellung der arabischen Einheit. Im Sinne einer Ursachen-Folgen-Gleichung konnten nur real unabhängige Nationalstaaten die arabische Einheit in einem zweiten Schritt herbeiführen. Gegen die reale Unabhängigkeit stemmten sich zwischen den Weltkriegen aber nicht nur die Kolonialmächte, sondern zunehmend auch die von ihnen geschaffene Kaste von einheimischen Nutznießern in Regierung, Verwaltung und Wirtschaft. Diese fürchtete – nicht zu Unrecht – um ihre Privilegien bei einer „von unten" errungenen nationalen Unabhängigkeit. Folglich richtete sich der Kampf der nationalen Befreiungsbewegungen nun gegen die Kolonialherren und ihre lokalen Kollaborateure.

Aus der Defensive heraus versuchten die arabischen Herrscher jetzt, den Einheitsgedanken für sich zu instrumentalisieren. So gelang zwar am 22. März 1945 die Gründung der Arabischen Liga, Rivalität und Eifersucht unter den verhandelnden Mächten hatten aber nur einen sehr kleinen gemeinsamen Nenner erlaubt, was die Liga fast handlungsunfähig machte. Die Gegnerschaft zum UN-Teilungsplan für Palästina vom November 1947 und zur Gründung Israels am 14. Mai 1948 sollte für die bedrängten Herrscher nun zum nächsten Vehikel werden, um gesamtarabischen „Patriotismus" zu beweisen. Daraus entstand faktisch ein Verhaltensmuster auch für spätere Generationen arabischer Staatsführer. Der Versuch der Potentaten, Israel einen Tag nach der Staatsgründung durch einen Krieg in die Knie zu zwingen, endete jedoch mit einer verheerenden Niederlage. Damit hatten die alten Eliten aus der Kolonialzeit ihr letzten Kapital in der Bevölkerung verspielt. Ab den 1950er Jahren beendeten nationale Befreiungsbewegungen sukzessive die Herrschaft ebendieser Eliten und erkämpften zudem die tatsächliche Unabhängigkeit von den zunehmend geschwächten Kolonialmächten, dem Vereinigten Königreich und Frankreich.

Die national befreiten Staaten wurden von einer enormen Aufbruchsstimmung erfasst. Die Führer der jeweiligen nationalen Befreiungsbewegungen übernahmen die Herrschaft und versprachen Wohlstand, Stabilität und Fortschritt. Jetzt erfuhr auch der arabische Einheitsgedanke eine deutliche Belebung. Das bevölkerungsreichste arabische Land, Ägypten, unter der Führung seines charismatischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser setzte sich an die Spitze dieser Bewegung. Die Herstellung der arabischen Einheit über den Zwischenschritt der Vereinigung souveräner Nationalstaaten schien keine Utopie mehr zu sein. 1958 schlossen sich Ägypten und Syrien zur Vereinigten Arabischen Republik zusammen, der später auch der Jemen beitrat. Auch in den Führungen anderer kolonial befreiter arabischer Staaten setzten sich in der Regel Kräfte durch, die sich die Herstellung der arabischen Einheit auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Bekannt wurde hier insbesondere die Partei der (gesamt)arabischen „Wiedergeburt" (*Baath*), die in den 1960er Jahren die Macht in Syrien und im Irak übernahm.

Weitere Schritte auf dem Weg der Herbeiführung der Einheit blieben jedoch aus. Das lag vor allem an der Unterschätzung nationaler Eigeninteressen. Nasser konnte sich die Einheit nur unter ägyptischer, das heißt seiner Führung vorstellen. Seine unverhohlenen Dominanzbestrebungen ließen die Vereinigte Arabische Republik schon 1961 auseinanderbrechen. Auch die regionalen Führungen der Baathpartei in Syrien und im Irak rivalisierten miteinander und gaben keine reale Macht an supranationale Institutionen der Partei ab. Das Hegemoniestreben der im Zuge des antikolonialen Kampfs an die Macht gekommenen Regimes beeinträchtigte jedoch nicht nur den Einheitsprozess, sondern prägte auch die Entwicklung der von ihnen regierten Gesellschaften. Es waren in der Regel Militärs, die an der Spitze der Befreiungsbewegungen gestanden hatten. Sie

01 Vgl. The World Bank, Population, total – Middle East & North Africa, fortlaufend aktualisiert, https://data.worldbank.org/indicator/SP.POP.TOTL?locations=ZQ.

02 Vgl. Adham Saouli, States and State Building in the Middle East, in: Raymond Hinnebusch/Jasmine K. Gani (Hrsg.), The Routledge Handbook to the Middle East and North African State and States System, London 2019, S. 42.

03 Vgl. Kobi Michael/Yoel Guzansky, The Dangers of Failing Middle East States, in: Middle East Quarterly 2/2018, S. 4.

übertrugen nun die ihnen bekannten Kommandostrukturen auf die Politik und die Wirtschaft ihrer Länder. Dadurch bildete sich eine verhängnisvolle Regel, ein „ungeschriebenes Gesetz" heraus: die Führung sorgt für das – relativ – kommode Auskommen der Regierten und wird von diesen im Gegenzug nicht mit Forderungen nach Partizipation „behelligt". Im Gefolge dieser Regel blieb in den jungen Staaten die Herausbildung von belastbaren Beteiligungsmechanismen aus; sie wurden durch dirigistische, oft zudem dysfunktionale Institutionen ersetzt. Je deutlicher die jeweiligen Führungen ihren Teil des Versprechens, die Sicherung von Wohlstand, Fortschritt und Würde nicht einhalten konnten, desto rigider wurden ihre Methoden, die Regierten an der Durchsetzung politischer Partizipation zu hindern. So wurden ab Mitte der 1960er Jahre die meisten der ehemals kolonial abhängigen Staaten von autoritären Regimen beherrscht, die die Interessen der Bevölkerung missachteten und ihre Politik primär auf die Herrschaftssicherung ausrichteten. So verblassten die Utopien des Panarabismus ebenso wie das Charisma ihrer wichtigsten Protagonisten, allen voran Gamal Abdel Nasser.[04] Dessen vollständige Niederlage im dritten arabisch-israelischen Krieg („Sechstage-" oder auch „Junikrieg") 1967 markiert faktisch den Endpunkt dieser Etappe.

Bisher stand die Entwicklung in den ehemals kolonial abhängigen Gebieten der arabischen Welt im Mittelpunkt. Der Dekolonisierungsprozess umfasste allerdings mehrere Jahrzehnte. Auch wenn wichtige arabische Staaten bereits während des Zweiten Weltkriegs, kurz darauf oder spätestens in den 1950er Jahren unabhängig wurden, endete die Phase erst 1972 mit der Gründung der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE). Dieser Teil der arabischen Welt wies zudem noch andere erhebliche Unterschiede zu den bisher analysierten Staaten auf. Bei den sogenannten Golfstaaten, Saudi-Arabien, Kuwait, Oman, Bahrain, VAE und Katar, handelt es sich um Monarchien. Bis auf Saudi-Arabien waren zwar auch sie kolonial abhängig gewesen, aber hier verlief der Prozess der Staatsbildung aufgrund bestehender Traditionen und Strukturen wesentlich organischer als in den neu geschaffenen Republiken.

Je genauer der Blick auf den Nahen Osten ausfällt, desto mehr springen weitere Unterschiede ins Auge. Wir finden eben nicht nur Republiken neben Monarchien, sondern auch koloniale (zum Beispiel Irak) beziehungsweise nachkoloniale (zum Beispiel VAE) Neugründungen neben Ländern mit jahrtausendealter Staatstradition wie Ägypten. Kleine existieren neben großen Staaten, bevölkerungsreiche neben dünn besiedelten, arme neben reichen. Je weiter der Differenzierungsprozess voranschritt beziehungsweise offenbar wurde, je unrealistischer zeigte sich das Projekt der Herstellung einer (staatlichen) Einheit all dieser Länder. Das Projekt verkam zu einem Gegenstand von Sonntagsreden, zu einem Instrument für die Belebung der Gegnerschaft zu Israel und antiwestlicher Ambitionen. Faktisch vergeudete es über Jahrzehnte Kräfte, die die arabische Welt an anderer Stelle dringender benötigt hätte.

BRENNPUNKT KALTER KRIEG

Im Nahen Osten treffen die Kontinente Asien, Afrika und Europa aufeinander, hier entstanden die drei großen monotheistischen Weltreligionen Judentum, Christentum und Islam. Als wäre das noch nicht genug, lagert in dieser Region auch fast die Hälfte (48,3 Prozent)[05] der Weltvorräte an Erdöl, dem wichtigsten Einzelrohstoff der Weltwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg. Aus all diesen Komponenten speist sich eine überragende strategische Bedeutung des Nahen und Mittleren Ostens in der internationalen Politik.

Die beiden Supermächte des Kalten Kriegs, die USA und die Sowjetunion, setzten deshalb gemeinsam mit ihren Verbündeten alles daran, ihren Einfluss in der Region zu stärken beziehungsweise den des Rivalen zu minimieren. Bis zum Ende der 1960er Jahre wurden die Hauptförderstätten (allein die fünf weltgrößten Erdölfelder befinden sich in der Region),[06] von westlichen Unternehmen kontrolliert; der Westen behielt also per Saldo die Oberhand. Mit wichtigen Förderländern wurden auch politische Verträge geschlossen, einige (zum Beispiel Irak und Iran) traten auch der Central Treaty Organization (CENTO), der regionalen Sub-

04 Vgl. Andreas Jacobs, Failed Statehood. On the Causes of Upheaval and Conflict in the Middle East, in: Security Policy Working Paper 10/2017, S. 2.

05 Vgl. NS Energy, Top Five Countries with the Largest Oil Reserves in the Middle East, 11. 10. 2019, www.nsenergybusiness.com/features/countries-oil-reserves-middle-east/.

06 Vgl. ebd.

organisation der NATO bei, die mit der Iranischen Revolution von 1979 Geschichte wurde.

Die Sowjetunion machte sich ihrerseits die Tatsache zunutze, dass westlichen Staaten als Kolonialmächte in der Region verhasst waren. Folglich gerierte sie sich als Schutzmacht und Unterstützerin der nationalen Befreiungsbewegungen und der aus diesen hervorgegangenen, unabhängigen Staaten. In vielen Ländern der Region entstanden machtvolle kommunistische Parteien, Nationalisten und Panarabisten, etwa die Baathpartei, „flirteten" mit dem Sozialismus. Nasser, die Gallionsfigur der arabischen Einheitsbewegung, gehörte zwar zu den Gründervätern der Bewegung der Blockfreien Staaten, Ägypten wurde unter seiner Führung aber letztlich doch im sowjetischen Orbit verortet. 1970, im Todesjahr Nassers, wirkten fast 20 000 sowjetische Militärs am Nil.[07] 1967 entstand im Süden Jemens eine sozialistische „Volksdemokratische Republik", die der Sowjetunion – genau wie Somalia und Syrien – die Errichtung von Marinestützpunkten erlaubte. Selbst in den prowestlichen Hauptförderländern am Golf nahm die Sowjetunion Einfluss auf die außerordentlich populäre Bewegung zur Nationalisierung der Erdölvorkommen.

Mit der Verstaatlichung der Ölressourcen zu Beginn der 1970er Jahre war dem Westen ein wichtiges Kontrollinstrument verloren gegangen und gleichzeitig wuchs das internationale Gewicht der nun ihren Reichtum ausspielenden Förderländer. Trotzdem blieb die negative Wirkung der globalen Ost-West-Konfrontation auf die Entwicklung der Länder des Nahen Ostens grundsätzlich bestehen. Das Agieren als Stellvertreter der Supermächte lenkte von den primären Aufgaben der Nationenwerdung ab und mündete in eine gigantische Ressourcenverschwendung. Selbst die reichsten Förderländer gaben Unsummen für Rüstung aus und sorgten so für ein stetiges Petro-Dollar-Recycling in den Westen. Daran hat sich bis in die Gegenwart nichts geändert. Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI zählt drei Nahoststaaten, Saudi-Arabien, Katar und Ägypten, zwischen 2018 und 2022 zu den zehn weltgrößten Waffenimporteuren.[08] Stellvertreterverhalten und „Überrüsten" machten die Region überdies seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu einem der konfliktträchtigsten Gebiete der Erde, wovon zahlreiche zwischen- und innerstaatliche Kriege zeugen.

Zugleich ließ der Ressourcenreichtum im Nahen Osten aber auch viele „Rentierstaaten" entstehen. Ein Staat fällt in diese Kategorie, wenn er sich in entscheidendem Maße durch Einnahmen aus externen Quellen, etwa dem Rohstoffexport, finanziert. Die Bevölkerung wird an den Einnahmen kaum oder gar nicht beteiligt. Nur so funktioniert das beschriebene Modell der Bereitstellung einer hinreichenden Lebensgrundlage durch den Staat bei gleichzeitigem Verzicht der Bevölkerung auf Machtteilhabe. Über die Jahre entfalteten sich Elemente des Rentierstaats auch in Nahoststaaten, die nicht zu den reichen Erdölförderländern gehören. Grundsätzlich beschränkt sich das Rentierstaatsmodell nämlich nicht nur auf Einnahmen aus dem Rohstoffexport, sondern schließt jede Einnahmequelle ein, die nicht mit interner Besteuerung oder der Entwicklung einer inländischen Produktionstätigkeit verbunden ist. Externe Einnahmen können zum Beispiel auch aus Überweisungen von Migranten, Transitgebühren oder Auslandshilfen erzielt werden. Um diese Kategorie von den Erdölexporteuren zu unterscheiden, verwenden einige Autoren den Begriff „Halbrentierstaaten" für Länder wie Tunesien, Jordanien, Ägypten, Marokko, oder den Libanon,[09] das Wirkprinzip des Rentierstaates gilt aber – mit Ausnahme Israels – im gesamten Nahen Osten.

Paradoxerweise entstand in der Region während des Kalten Kriegs also ein prägendes gemeinsames Charakteristikum bei gleichzeitiger enormer Verschärfung der innerregionalen Widersprüche.

KONFRONTATION DER IDEOLOGIEN

Noch weit vor der nationalen Unabhängigkeit der Nahoststaaten entstand hier neben dem Nationalismus eine weitere Ideologie, die rasch an Einfluss gewann: der Islamismus. Die 1928 im ägyptischen Ismailia gegründete Muslimbruderschaft verkündete, dass der Islam die Lösung al-

07 Vgl. Edward R. F. Sheehan, Why Sadat Packed Off the Russians, in: The New York Times, 6. 8. 1972, S. 10.

08 Vgl. Pieter D. Wezeman/Justine Gadon/Siemon T. Wezeman, Trends in International Arms Transfers 2022, SIPRI Fact Sheet, März 2023, S. 11.

09 Vgl. Rolf Schwarz, War and State Building in the Middle East, Gainesville 2012, S. 121.

ler gesellschaftlichen Probleme bereithalte, mithin nur umfassend angewendet werden müsse. Er dürfe nicht länger auf die Sphäre der Religion, auf das Jenseits, beschränkt werden, sondern müsse buchstäblich jeden Winkel des Alltagslebens bestimmen. Die starke Einbeziehung des Diesseits leitete aus dem Islam eine politische Ideologie ab, den Islamismus. Dem Motto „der Islam ist die Lösung" folgen bis in die Gegenwart Islamisten aller Couleur.

Die Errichtung einer islamischen Gesellschaft setzte das Ende der westlichen Kolonialherrschaft voraus; in dieser Hinsicht stimmten die Islamisten mit den Zielen der national geprägten Unabhängigkeitsbewegungen überein. Mit deren panarabisch ausgerichteter Strömung existierte sogar ein besonders hohes Maß an Parallelität. Die Bildung arabischer Nationalstaaten wurde dem Kolonialismus zugeschrieben. Die Unabhängigkeit dieser Staaten sollte aber nur eine Übergangsetappe auf dem Weg zu einer großen und mythischen arabischen „Einheit" sein. Erst dann sei der Kolonialismus wirklich überwunden. Jedes Land wurde daher als Region innerhalb der arabischen Welt und nicht als eigene Nation definiert. Im Zuge ihrer raschen Ausbreitung im Nahen Osten organisierte sich auch die Muslimbruderschaft in regionalen Kapiteln und schuf damit ein Muster, das die panarabische Baathpartei später aufgriff.[10]

Die Islamisten lehnten jedoch den Nationalstaat grundsätzlich, selbst als Zwischenstadium des Einheitsstaats ab. Die „Ummah", die islamische (Welt-)Gemeinschaft, mag zwar in verschiedene Regionen unterteilt sein, aber keinesfalls in Nationen, ein Produkt westlicher Geschichte. Im Mittelpunkt islamistischer Politik steht also der Staat, nicht die Nation.

Damit geriet sie nach dem Zweiten Weltkrieg in einen immer größeren Widerspruch zur realen Entwicklung in der arabischen Welt. Selbstbewusste arabische Nationalstaaten entstanden, die sich die arabische Einheit nur unter ihrer jeweiligen Führung vorstellen konnten. Obwohl die Muslimbruderschaft bis dahin kaum militante Elemente entwickelt hatte und vornehmlich auf Erziehung und Vorbildwirkung setzte, wurde ihre antinationalistische Einstellung von den neuen Herrschern als Bedrohung empfunden. Gamal Abdel Nasser verbot sie 1954 in ihrem Geburtsland Ägypten. Die Gegenwehr hielt sich in Grenzen; die Straße gehörte dem triumphalen arabischen Nationalismus, gern auch im Gewand des Panarabismus. Seine Verheißungen versprachen eine schnellere Befriedigung und weniger Mühsal als der weite Weg bis zur Herrschaft der „Ummah".

Wie bereits beschrieben, verloren die aus den Unabhängigkeitsbewegungen hervorgegangenen und von einer militärisch-zivilen Elite geführten Regime peu à peu ihre Glaubwürdigkeit in den Augen der Volksmassen, weil sie nicht in der Lage waren, das Versprechen zu erfüllen, die Wirtschaft zu entwickeln und die Gesellschaft zu modernisieren.

Warum aber gelang es den nationalistischen Regimen nicht, die Wirtschaft zu entwickeln und die Gesellschaft zu modernisieren, obwohl sie sich zunächst so großer Beliebtheit erfreut hatten? Mangelnde Ressourcen bieten – wie ausgeführt – keine ausreichende Erklärung. Die Antwort lautet eher, dass die nationalistischen Führer nicht verstanden, worin die Modernität eigentlich bestand, die sie ihrem Volk versprachen. Für sie beschränkte sich Macht auf ihre wirtschaftlichen und militärischen Aspekte. Was sie übersahen, war das eigentliche Gefüge der Moderne, in dem die Zivilgesellschaft mit dem Markt und dem Staat interagiert. Die Grundlage der westlichen Moderne ist die Zivilgesellschaft, die wirtschaftlich als Markt und politisch als Rechtsstaat organisiert ist. Die arabischen Führer ignorierten diesen Zusammenhang. Sie lehnten die Zivilgesellschaft und den freien Markt ab, weil dadurch eine von ihnen unabhängige wirtschaftliche Macht entstehen könnte. Buchstäblich alle gesellschaftlichen Kräfte sollten sich der Exekutivgewalt unterordnen. Der nationalistische Diskurs war nur Rhetorik, eine Strategie zur ideologischen Rechtfertigung ihrer Politik.[11]

Wie in kommunizierenden Röhren verbesserten sich mit dem Niedergang des arabischen Nationalismus die Aufstiegschancen des Islamismus. Neben seiner grundsätzlichen antiwestlichen Einstellung hatte er in den ersten Jahren seines Bestehens auch die soziale Basis mit dem Nationalismus beziehungsweise Panarabismus weitgehend geteilt: unterprivilegierte Bevölkerungsschichten, geführt von Intellektuellen und anderen Vertretern der Mittelklasse. Nachdem sich die Nationa-

10 Vgl. Olivier Roy, Islamism and Nationalism, in: Pouvoirs 1/2003, S. 45–53.

11 Vgl. Lahouari Addi, Radical Arab Nationalism and Political Islam, Washington D.C., 2017.

listen als Oberschicht etabliert hatten, wurden die Islamisten – vor allem nach 1967 – zu den neuen Hoffnungsträgern der Unterschicht. Ihre Abkehr von allen westlich tradierten Gesellschaftsmodellen versprach den radikalsten Bruch mit bisherigen Experimenten, die die Armen und Benachteiligten nicht aus ihrem Elend geholt hatten. Die Muslimbrüder und zahlreiche Organisationen in ihrem Geiste wurden in vielen arabischen Ländern zur einflussreichsten Oppositionskraft, weil sie als kompromisslos und nicht korrumpierbar galten.

Mit der Iranischen Revolution von 1979 wurde der Islamismus erstmals von einer oppositionellen zu einer staatstragenden Macht. Obwohl viele Muslime den Umsturz in Iran als Ansporn und Ermutigung betrachteten, wurde Khomeinis „Islamische Republik" nicht zum Modell für die „Ummah". Dagegen sprach vor allem ihr exklusiver schiitischer Charakter. Vertreter des von der sunnitischen Mehrheit der Muslime geprägten Islamismus schafften es dagegen bisher in keinem anderen Nahoststaat, die Macht dauerhaft zu übernehmen. Im Gegenteil: Er spaltete sich immer weiter auf und entwickelte sukzessive immer mehr gewaltbereite, sogar terroristische Komponenten beziehungsweise Organisationen. Auf der anderen Seite hinterließ die (Selbst-)Paralysierung des arabischen Nationalismus beziehungsweise Panarabismus eine ideologische Leerstelle, die bisher nicht gefüllt werden konnte.

GESELLSCHAFTLICHE STAGNATION

Im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts stieß das mehrfach beschriebene arabische Herrschaftsmodel zunehmend an seine Grenzen. Wirtschaft und Gesellschaft stagnierten, Krisenmerkmale häuften sich. Selbst zaghafte Wirtschaftsreformen, die seit Anfang der der 1990er Jahre in zahlreichen Nahoststaaten begonnen worden waren, gingen nicht mit politischen Reformen einher. Tatsächlich stärkten die Wirtschaftsmaßnahmen lediglich die Macht und die Privilegien der politisch-militärischen Elite. Korruption und Vetternwirtschaft breiteten sich weiter aus, in Ägypten verfügte die politische Klasse um Präsident Hosni Mubarak über fast 30 Prozent des Volksvermögens.[12] Damit verabschiedete sie sich selbst von dem genannten Herrschaftsprinzip, den nationalen Reichtum, wenn auch ungleichmäßig und mit erheblichem Eigennutz, auf die verschiedenen sozialen Schichten zu verteilen. Zu diesem Verhalten trug sicherlich auch bei, dass sich die meisten arabischen Herrscher seit Jahrzehnten im Amt befanden und unter Selbstüberschätzung bei gleichzeitigem Realitätsverlust litten. Auf der anderen Seite gelang es den Regimen aber auch aus objektiven Gründen immer weniger, das Herrschaftsmodell aufrechtzuerhalten.

Zwischen 1970 und 2010, dem Beginn des „Arabischen Frühlings", hat sich die Bevölkerung des Nahen Ostens nahezu verdreifacht (von 128 auf 359 Millionen).[13] Die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und des Pro-Kopf-BIP der Region konnte diesen enormen Bevölkerungszuwachs jedoch nicht kompensieren. Das rasante Bevölkerungswachstum führte automatisch zu einem besonders hohen Anteil an Jugendlichen. Laut OECD machen Menschen unter 30 Jahren mehr als 55 Prozent der Bevölkerung im Nahen Osten aus, verglichen mit 36 Prozent der Bevölkerung in den OECD-Ländern.[14] Während jedoch in letztgenannten Ländern Bildung in der Regel zu einem Arbeitsplatz und einem selbstbestimmten Leben führt, konnte auch ein akademischer Abschluss in der arabischen Welt keinesfalls vor Arbeitslosigkeit bewahren. Tatsächlich waren die Arbeitslosen- und Armutsquoten für Jugendliche in den Nahostländern 2009, nur ein Jahr vor dem Beginn des „Arabischen Frühlings" mit 25 beziehungsweise 41 Prozent außerordentlich hoch.[15] Diese Perspektivlosigkeit, gepaart mit wachsender Wut auf die korrupten und repressiven Regime, trieb die jüngere Generation schließlich zur Rebellion.

Trotz aller Unterschiede war die Rebellion in der gesamten Region untrennbar mit bestimmten gemeinsamen Themen verbunden: den Forderungen nach politischer Freiheit, sozialer Gerechtigkeit und Menschenwürde. Als sich im Januar

12 Vgl. Nadine Sika, The Political Economy of Arab Uprisings, Barcelona 2012, S. 8–14.

13 Vgl. Volker Perthes, Europe and the Arab Spring, in: Survival: Global Politics and Strategy 3/2011, S. 30.

14 Vgl. Organisation für Entwicklung und Zusammenarbeit in Europa, Youth at the Centre of Government Action: A Review of the Middle East and North Africa, 23.6.2022, www.oecd-ilibrary.org/sites/3ced02bf-en/index.html?itemId=/content/component/3ced02bf-en.

15 Vgl. Barry Mirkin, Arab Spring: Demographics in a Region of Transition, New York 2013, S. 12–14, S. 17–19, S. 22–27.

2011 große Menschenmengen auf dem Kairoer Tahrir-Platz versammelten, um gegen das repressive Regime von Mubarak zu protestieren, skandierten die Menschen den Slogan „Brot, Freiheit und Würde".[16] Nun bewahrheitete sich nicht zuletzt der korrespondierende Teil des arabischen Herrschaftsprinzips: Wenn das Regime seinen Part nicht mehr erfüllt, fordert das Volk politische Mitsprache.

Bekanntlich erfasste der „Arabische Frühling" die arabischen Staaten auf unterschiedliche Weise. Auch aus den bereits genannten Gründen wurden Monarchien weniger erschüttert als Republiken, und selbst in diesen reichte die Spanne der Auswirkungen von bloßem Herrscherwechsel über blutigen Bürgerkrieg bis zum faktischen Staatszerfall. In keinem Fall hat der „Arabische Frühling" jedoch zur Einlösung seiner Ziele geführt. Die Aufstände waren spontan entstanden und verliefen in der Regel führerlos, ohne konsistentes Programm und mobilisierende Ideologie. Nachdem die Diktatoren gestürzt waren, bildeten sich unter den Aufständischen rivalisierende Gruppen, die sich gegenseitig schwächten. Damit gelang es den unter Druck geratenen traditionellen Eliten, sich wieder zu erholen: am sichtbarsten in Ägypten, wo das Militär unter dem ehemaligen General und heutigen Präsidenten Abdel Fattah al-Sisi noch unangefochtener herrscht als vor dem „Arabischen Frühling".[17] Nicht nur, dass die Gesellschaft weiter stagniert, Tendenzen des Staatszerfalls haben nach 2010/11 in der Region drastisch zugenommen.

FAZIT

Es wäre sicherlich verfrüht, das Nationalstaatensystem im Nahen Osten generell infrage zu stellen, aber es ist unwahrscheinlich, dass Schlüsselstaaten wie Syrien und der Irak sowie Libyen und Jemen ihre frühere Verfasstheit wiedererlangen werden. Keiner von ihnen konnte eine kohärente nationale Identität entwickeln, und alle sind von tiefen gesellschaftspolitischen Spaltungen gezeichnet. Für sie gilt, was die UN 2005 als „gescheiterte Staaten" definierte, politische Einheiten, die kaum oder gar nicht in der Lage sind: ihren Bürgern grundlegende Sicherheit zu bieten.[18] Darüber hinaus zeigen sich diese Staaten nicht in der Lage, die die Ausbreitung innerstaatlicher Unruhen über ihre Grenzen hinaus zu kontrollieren. Manche scheinen sogar versucht, sie zu exportieren, um die Bedrohung im eigenen Land zu verringern. Das heißt, Unruhen, die in gescheiterten Staaten entstehen, schaden auch ihrem Umfeld. Sie sind die größten Verursacher von humanitären Krisen, Vertriebenen und Flüchtlingen, sie gefährden die Stabilität der Regimes in den Nachbarstaaten. Sie bilden einen fruchtbaren Boden für das Aufkommen extremistischer und terroristischer Gruppen.[19]

Immer noch sind aber diejenigen Staaten, die laut UN nicht als „gescheitert" gelten, auch im Nahen Osten die Mehrheit. Trotzdem leiden auch sie fast durchweg unter schlechter Regierungsführung, Korruption, schleppender Modernisierung und mangelnder Öffnung ihrer Wirtschaft. Hinzu kommt der Bevölkerungsdruck, vor allem das akute Problem des „Jugendüberschusses", bei gleichzeitigem Mangel an Arbeitsplätzen. Autoritäre Auswüchse und Menschenrechtsverletzungen sind eher die Regel als die Ausnahme. Große Ungleichheiten bei der Einkommensverteilung sowie nach Glauben und ethnischer Zugehörigkeit finden sich nur allzu häufig. Viele Länder in der Region scheinen nicht in der Lage zu sein, sich selbst zu helfen.[20]

Nach Jahrzehnten der Entwicklungszusammenarbeit muss sich aber auch der Westen fragen, ob nun nicht ein Punkt erreicht ist, an dem Hilfe von außen tendenziell eher dazu beiträgt, Probleme zu verlängern als sie zu lösen. Ein Punkt, an dem die Unterstützung zulässt, dass die Probleme weiter schwelen und sogar wachsen, anstatt zu echten Fortschritten und Lösungen zu führen. Das soll natürlich kein generelles Plädoyer gegen Entwicklungszusammenarbeit sein, aber es scheint überfällig, sie in diesem Zusammenhang auf den Prüfstand zu stellen.

HENNER FÜRTIG
ist Professor i. R. der Universität Hamburg und Associate Researcher am GIGA Institut für Nahost-Studien, das er bis 2018 leitete.

16 Vgl. Nurullah Ardıç, Understanding the „Arab Spring": Justice, Dignity, Religion and International Politics, in: Afro-Eurasian Studies 1/2012, S. 15–18.
17 Vgl. Jacobs (Anm. 4), S. 3.
18 Vgl. UN-Generalversammlung, Resolution 60/1: Ergebnis des Weltgipfels 2005, New York, 24. 10. 2005.
19 Vgl. Michael/Guzansky (Anm. 3), S. 2.
20 Vgl. Anthony H. Cordesman, The Greater Middle East: From the „Arab Spring" to the „Axis of Failed States, CSIS Working Paper, 20. 8. 2020, S. 3.

Post–Polarisierung?

13.–14.6.24

12. Kulturpolitischer Bundeskongress, Berlin
Aquino Tagungszentrum

Kulturpolitische Narrative gestalten

www.kupobuko.de

Veranstalter

KULTURPOLITISCHE GESELLSCHAFT E.V.

bpb: Bundeszentrale für politische Bildung

In Kooperation mit

Deutscher Städtetag

Gefördert durch

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

IM WELTPOLITISCHEN MACHTGEFÜGE

Camille Lons

Der Nahe Osten ist seit Langem ein bedeutender Schauplatz globaler Machtverschiebungen und Rivalitäten zwischen Großmächten. Den Anfang bildeten die kolonialen Bestrebungen der europäischen Mächte im 19. Jahrhundert. Diese Dynamik setzte sich in den Stellvertreterkonflikten des Kalten Kriegs und dem globalen Aufstieg der USA fort. Heute, da die US-amerikanische Führungsrolle verblasst und China erstarkt, steht die Region wieder im Mittelpunkt bedeutender Veränderungen in der globalen Ordnung.

Im März 2023 staunte die Welt über einen womöglich historischen diplomatischen Durchbruch zwischen Saudi-Arabien und Iran, der unter der Schirmherrschaft Chinas zustande gekommen war. In Abkehr von ihrer traditionell vorsichtigen Haltung der Nichteinmischung erzielte die Volksrepublik ihren ersten nennenswerten außenpolitischen Erfolg in einer Region, in der bislang westlicher Einfluss dominiert. Die Beziehungen zwischen China und den Staaten des Nahen- und Mittleren Ostens (MENA-Region) haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten an Fahrt aufgenommen. Hatte Beijing die Region lange Zeit als randständig gegenüber seinen Kerninteressen betrachtet, waren nun der boomende Energiebedarf und die wachsenden internationalen Ambitionen Argument genug, um die eigene Präsenz zu verstärken, durch die immerhin einige der strategisch wichtigsten Handelsrouten der Welt verlaufen. Auch die Länder in der Region nehmen den Wandel in den globalen Machtverhältnissen wahr und sind bestrebt, ihre Beziehungen zu externen Großmächten zu diversifizieren und dringend benötigte Investitionen aus China anzuwerben. In den USA löst der steigende chinesische Einfluss im Nahen Osten dagegen Besorgnis aus. Die wachsende Rivalität zwischen China und den Vereinigten Staaten könnte die Nahoststaaten letzten Endes vor schwierige Entscheidungen stellen.

WACHSENDE PRÄSENZ CHINAS

Chinas Präsenz im Nahen Osten hat sich in den vergangenen Jahrzehnten merklich ausgeweitet, zunächst angetrieben durch den massiven Energiebedarf der Volksrepublik. So entfallen etwa die Hälfte der chinesischen fossilen Brennstoffimporte auf die Region. Generell haben sich die chinesischen Energieimporte in den zurückliegenden 20 Jahren um das 15-Fache erhöht, was das Land 2016 zum größten Erdölimporteur der Welt aufsteigen ließ.[01] Zehn Jahre nach Beginn der chinesischen „Belt and Road Initiative" (BRI) 2013,[02] auch bekannt als „Neue Seidenstraße", haben sich die Beziehungen zwischen China und den Staaten des Nahen Ostens merklich verdichtet.

Geostrategisch nimmt der Nahe Osten eine Schlüsselposition auf den Land- und Seehandelsrouten zwischen Asien und Europa ein. Durch den Suezkanal in Ägypten werden 12 Prozent des weltweiten Seehandels und 60 Prozent des chinesischen Handels mit Europa abgewickelt.[03] Der Nahe Osten ist auch Teil eines der wichtigsten BRI-Korridore, dem sogenannten Wirtschaftskorridor China–Zentralasien–Westasien (CCWAEC), der China mit der Türkei und Iran verbindet. In den vergangenen 15 Jahren waren chinesische Unternehmen an zahlreichen Infrastruktur- und Industrieprojekten im gesamten Nahen Osten beteiligt, von der TEDA-Suez-Zone in Ägypten[04] über die Häfen Aschdod und Haifa in Israel bis hin zum Khalifa-Hafen und der Industriezone in Abu Dhabi, dem Hafen Duqm in Oman und der Jazan City for Primary and Downstream Industries in Saudi-Arabien. Laut dem „China Global Investments Tracker" des American Enterprise Institute wurden in der MENA-Region seit 2013 Aufträge im Wert von über 122 Milliarden US-Dollar an chinesische Unternehmen vergeben.[05]

Darüber hinaus haben sich die Beziehungen zwischen China und verschiedenen Ländern der MENA-Region über die Bereiche Energie und Infrastruktur hinaus auf aufstrebende Sektoren wie neue Technologien, Gesundheit, erneuerbare Energien, Kernenergie, Raumfahrt und Rüstungsindustrie ausgeweitet. Fast alle Länder des Nahen Ostens haben Verträge mit dem chinesischen Telekommunikationskonzern Huawei über die Beteiligung an ihren 4G- und 5G-Netzen abgeschlossen. Einige dieser Länder haben diese Partnerschaft noch vertieft, indem sie gemeinsam mit Unternehmen wie Huawei, Tencent und Alibaba Lösungen für Smart Cities und Datenzentren entwickelten. So hat Huawei für Saudi-Arabien etwa die Hadsch und Umrah-App entwickelt, um Millionen von muslimischen Pilgern zu überwachen, die jedes Jahr in das Königreich reisen. Chinesische Tech-Unternehmen sind außerdem zu wichtigen Investoren für israelische Tech-Start-ups geworden. Zudem kooperierte das chinesische Unternehmen Sinopharm während der Corona-Pandemie mit den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), Ägypten und Marokko bei der gemeinsamen Herstellung und Verteilung von Covid-19-Impfstoffen für die gesamte Region. Chinesische Unternehmen waren schließlich auch an der Entwicklung einiger der größten Solarprojekte der Welt in den VAE beteiligt.

Auch wenn sich China traditionell nur ungern in die Politik im Nahen Osten einbringt, zeigt das Land zunehmend Bereitschaft, sich in der Region diplomatisch und auch sicherheitspolitisch zu engagieren. 2017 eröffnete China beispielsweise seinen ersten Militärstützpunkt auf fremdem Boden in Dschibuti an der Mündung der Meerenge von Bab al-Mandab, einem der strategisch wichtigsten Seeverkehrsknotenpunkten der Welt. Seither hat die Anzahl von gemeinsamen Marineübungen der chinesischen Marine mit Ländern der Region, darunter Ägypten, Saudi-Arabien und Iran schrittweise zugenommen. Sie initiierte außerdem die Zusammenarbeit mit Ländern wie Saudi-Arabien, den VAE und Iran bei der gemeinsamen Entwicklung und Herstellung von Drohnen und Raketen.[06]

Anfang 2023 spielte Beijing schließlich eine entscheidende Rolle bei der diplomatischen Annäherung zwischen Iran und Saudi-Arabien, was weltweit für Aufsehen sorgte. Das Abkommen zwischen den beiden langjährigen Erzrivalen war ein wichtiger Schritt zur Deeskalation in der Region vor dem Hintergrund zunehmender Spannungen durch das iranische Atomprogramm und diverse paramilitärische Aktivitäten etwa in Syrien oder dem Libanon. Obwohl die Rolle Chinas hier nicht überbewertet werden sollte – Beijing war nur bei den letzten Verhandlungsschritten zum Abkommen zwischen den verfeindeten Ländern dabei –, wird deutlich: China beschränkt sich im Nahen Osten nicht länger auf Nichteinmischung und könnte sich auch in Zukunft stärker politisch einbringen.

GLOBALE ENERGIEMÄRKTE IM WANDEL

Die sich vertiefenden Beziehungen zwischen China und dem Nahen Osten sind Ausdruck umfassenderer Entwicklungen auf der geoökonomischen und geopolitischen Ebene und haben Auswirkungen, die weit über die Region hinausreichen.

Erstens stellt die Schwerpunktverlagerung der globalen Energiemärkte in Richtung Asien die Grundlage der Beziehungen infrage, die die Region bislang zu einzelnen Großmächten unterhält. Der Nahe und Mittlere Osten, insbesondere die Golfregion, ist mit einem Anteil von

01 Vgl. International Trade Center, Trade Map, laufend aktualisiert, www.trademap.org/Index.aspx. Summierung der Daten für HS2709 (Erdöl und Öl aus bituminösen Mineralien, roh) und HS2711 (Erdölgase und andere gasförmige Kohlenwasserstoffe).

02 Vgl. US Energy Information Administration, Red Sea Chokepoints Are Critical for International Oil and Natural Gas Flows, 4. 12. 2023, www.eia.gov/todayinenergy/detail.php?id=61025#:~:text=Total%20oil%20shipments%20via%20these,Sea%20with%20the%20Mediterranean%20Sea.

03 Vgl. Amr Salah Mohamed, China's Growing Maritime Presence in Egypt's Ports and the Suez Canal, 3. 11. 2023, www.mei.edu/publications/chinas-growing-maritime-presence-egypts-ports-and-suez-canal.

04 Seit 2008 baut das staatliche chinesische Unternehmen Tianjin Economic-Technological Development Area (TEDA) einen Industriepark innerhalb der Wirtschaftszone des Suezkanals auf, in der derzeit ca. 140 Firmen ansässig sind.

05 Vgl. The American Enterprise Institute, China Global Investment Tracker, laufend aktualisiert, www.aei.org/china-global-investment-tracker.

06 Vgl. Mohammed al Sudairi/Steven Jiawei Hai/Kameal Alahmad, How Saudi Arabia Bent China to Its Technoscientific Ambitions, 1. 8. 2023, https://carnegieendowment.org/2023/08/01/how-saudi-arabia-bent-china-to-its-technoscientific-ambitions-pub-90301.

etwa der Hälfte des globalen Exportvolumens bei fossilen Brennstoffen weltweit führend. Seit den 1950er Jahren war der Faktor Energie von zentraler Bedeutung für die Sicherheitsbeziehungen mit den USA. Das Treffen zwischen US-Präsident Franklin D. Roosevelt und dem saudischen König Abdul Aziz Ibn Saud an Bord der „USS Quincy" im Suezkanal 1945 war seinerzeit der erste Schritt hin zu einem Bündnis, das auf der stabilen Versorgung mit preiswertem Erdöl im Austausch für amerikanische Sicherheitsgarantien beruhte. 1974 wurde diese gegenseitige Abhängigkeit durch ein ähnliches Abkommen zwischen Präsident Richard Nixon und König Faisal bin Abdulaziz Al Saud bekräftigt. Diese Partnerschaft beförderte nicht nur das amerikanische Wirtschaftswachstum, sondern auch die internationale Führungsrolle des US-Dollar. Im Gegenzug wurden die USA zum wichtigsten Sicherheitspartner der Golfstaaten und zu einem Grundpfeiler der regionalen Sicherheitsarchitektur. Die Länder des Nahen Ostens – hauptsächlich die Golfstaaten, Ägypten, Israel und Jordanien – importieren mehr als zwei Drittel ihrer Verteidigungstechnologien aus den Vereinigten Staaten. Die US-Stützpunkte in der Region, unter anderem in Bahrain, Katar und Kuwait, spielen eine wichtige Rolle bei der Abschreckung regionaler Rivalen, insbesondere Irans.

Die tiefgreifenden Veränderungen auf den Energiemärkten in den vergangenen zehn Jahren haben dieses Gleichgewicht ins Wanken gebracht. Die „Schiefergasrevolution" Ende der 2000er Jahre in den USA rückte die Energieunabhängigkeit des Landes in greifbare Nähe. Die Aussicht auf eine globale Energiewende verstärkte in US-Politikerkreisen das Gefühl, dass die Golfregion sehr bald an strategischer Bedeutung verlieren würde. Angesichts dieser neuen Situation weigerte sich Präsident Donald Trump 2019 beispielsweise, beim iranischen Angriff auf die saudischen Ölverarbeitungsanlagen in Abqaiq und Churais zu intervenieren, was in politischen Kreisen am Golf als Verrat gewertet wurde.

Gleichzeitig ist China in den letzten zehn Jahren zum größten Ölimporteur der Welt und größten Abnehmer im Nahen Osten geworden. Der Anteil Chinas an den Energieexporten der Region kletterte von weniger als 5 Prozent in den frühen 2000er Jahren auf über 20 Prozent im Jahr 2021.[07] Laut Prognosen der Internationalen Energieagentur dürfte sich dieser Trend in den kommenden Jahrzehnten fortsetzen. Entsprechend erklärte Amin H. Nasser, der Vorstandsvorsitzende des staatseigenen saudischen Ölkonzerns Aramco 2021, dass China für die nächsten 50 Jahre die oberste Priorität des Unternehmens bleiben werde.[08]

Diese Verlagerung des Schwerpunkts globaler Energiemärkte nach China stellt eine Herausforderung für den Kern der Beziehungen zwischen der Region und den USA dar und schafft neue strategisch wichtige Abhängigkeitsverhältnisse mit China.

REGION AM SCHEIDEWEG

Die enger werdenden Beziehungen des Nahen Ostens zu China folgen nicht nur einer wirtschaftlichen Logik. Diese Entwicklung findet vor dem Hintergrund einer tiefgreifenden Transformation der globalen Ordnung statt. Dieser Wandel geht mit einer schwindenden Führungsrolle der USA, einer zunehmenden Multipolarität und einem heraufziehenden Großmachtwettstreit zwischen den USA und China einher.

Die Erosion der amerikanischen Führungsrolle und das offensichtliche Desinteresse der USA am Nahen Osten – Präsident Obama kündigte 2011 etwa eine strategische Verlagerung in den indo-pazifischen Raum an[09] – haben ihre Spuren im Urteil der politischen Entscheidungsträger im Nahen Osten hinterlassen. Die fehlende Solidarität Trumps 2019 nach der iranischen Attacke auf die saudische Ölinfrastruktur und der katastrophale Abzug der amerikanischen Truppen aus Afghanistan 2021 trugen zum Bild einer zunehmend mit sich selbst beschäftigten und im Niedergang befindlichen amerikanischen Macht bei.

Folglich stellen sich die Länder des Nahen Ostens auf eine zunehmend multipolare internationale Ordnung ein, indem sie auf eine diversifizierte, unabhängigere und flexiblere Außenpolitik setzten. In den vergangenen Jahren haben sie beispiels-

07 Vgl. Observatory of Economic Complexity, China, laufend aktualisiert, https://oec.world/en/profile/country/chn.
08 Vgl. Muyu Xu/Florence Tan, Saudi Aramco to Prioritise Energy Supply to China for 50 Yrs, Says CEO, 21.3.2021, www.reuters.com/business/energy/saudi-aramco-prioritise-energy-supply-china-50-yrs-says-ceo-2021-03-21.
09 Vgl. Kenneth G. Lieberthal, The American Pivot to Asia, 21.12.2011, www.brookings.edu/articles/the-american-pivot-to-asia.

weise ihr Engagement in nicht-westlichen internationalen Zusammenschlüssen wie der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) oder den BRICS. China bietet diesen Ländern ein alternatives Wachstums- und Regierungsmodell und bestärkt ein Narrativ, das die westlich geführte globale Ordnung infrage stellt. Vor dem Hintergrund der wachsenden Rivalität zwischen den USA und China bot die engere Anbindung an China einigen Ländern des Nahen Ostens auch die Möglichkeit, Verhandlungsspielräume zu maximieren.

Die Nahoststaaten nutzen China außerdem immer wieder als Druckmittel in ihren Beziehungen zum Westen. Die Golfstaaten, Israel, die Türkei, Ägypten und Marokko setzten ihre Beziehungen zu China ausgerechnet in solchen Situationen in Szene, in denen westliche Länder die Menschenrechtslage in diesen Ländern kritisierten. Im Februar 2019, nur wenige Monate nach dem Mordanschlag auf den saudi-arabischen Journalisten Jamal Khashoggi in Istanbul, der mutmaßlich aus Kreisen des Königshauses veranlasst worden war, reiste der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman öffentlichkeitswirksam nach China. 2018 trugen chinesische Investitionen auf dem türkischen Markt dazu bei, die Abwertung der türkischen Lira während der diplomatischen Krise Ankaras mit Washington abzufedern. Länder, die mit internationalen Sanktionen belegt sind, wie Syrien und Iran, versuchten, ihre Beziehungen zu China zu nutzen, um ihre diplomatische Isolation zu durchbrechen.

In den vergangenen zwei Jahren haben der Krieg in der Ukraine und das Wiederaufflammen des israelisch-palästinensischen Konflikts diesen grundlegenden Trend weiter verstärkt. Beide Konflikte offenbaren tiefe Gräben innerhalb der internationalen Gemeinschaft und unterschiedliche Stimmen innerhalb des Globalen Südens werden laut, die die vom Westen geführte internationale Ordnung zunehmend hinterfragen und „westliche Heuchelei und Doppelmoral“ anprangern.

Aus Beijings Sicht steht das Interesse am Nahen Osten in Einklang mit dem eigenen wachsenden Selbstbewusstsein auf der internationalen Bühne. Die Region erscheint Beijing nicht mehr bloß als wichtige Öl- und Gasquelle, sondern auch als potenzieller Vermittler seiner eigenen Interessen. In Länder vorzudringen, die traditionell den USA nahestanden, schwächt die globale Position der Vereinigten Staaten bei relativ geringen Kosten für China und lenkt zudem die Aufmerksamkeit Washingtons von anderen Schauplätzen im Pazifik ab. In letzter Zeit haben die Nahoststaaten in internationalen Foren zunehmend Chinas Narrative und Positionen unterstützt, auch etwa bezüglich der Uiguren und Taiwan.

Die Golfstaaten scheinen für Beijing von besonderem Interesse zu sein. Ihr enormes finanzielles und geoökonomisches Gewicht, das als Instrument zur Einflussnahme auf die regionale und internationale Politik dienen kann, macht sie auch für Beijing zu äußerst nützlichen Partnern. Der Krieg in der Ukraine hat die geopolitische Bedeutung von Energie mit Wucht zurück auf die Agenda geholt. Für die globale Politik hat es weitreichende Folgen, wie sich die Golfstaaten in ihren Entscheidungen verhalten: ob sie sich den westlichen Sanktionen anschließen, ob sie einen Staat dabei unterstützen, sie zu umgehen, ob sie Milliarden an Investitionen und Staatsanleihen umleiten oder den Ölhandel statt in Dollar in anderen Währungen steuern. Insbesondere im Fall einer Eskalation im indopazifischen Raum wären dies wichtige Stellschrauben. Daher betrachtet Beijing die Golfstaaten zunehmend als bedeutsame Mächte, die auf dem internationalen Parkett in entscheidenden Momenten den Ausschlag geben können.

BÜHNE FÜR DIE CHINA-US-RIVALITÄT?

Die Annäherung des Nahen Ostens an China hat man in Washington durchaus registriert. Die USA beobachten mit Sorge, dass einige ihrer wichtigsten Partner in der Region und bedeutsame Rüstungsimporteure näher an ihren strategischen Rivalen herangerückt sind. Der Krieg in der Ukraine hat bereits gezeigt, wie sich die Weigerung der Ölexporteure des Nahen Ostens, sich den westlichen Sanktionen gegen Russland anzuschließen, auf den Verlauf eines Konflikts auswirken kann, mitunter zulasten westlicher Interessen. Die USA befürchten zudem, dass die zunehmende Zusammenarbeit zwischen den Ländern des Nahen Ostens und China, die sich auch auf die Bereiche neue Technologien und Verteidigung ausdehnt, die Wahrscheinlichkeit für chinesische Überwachungsaktivitäten oder den Diebstahl strategisch wichtiger amerikanischer Technologien durch China erhöhen wird.[10]

10 Vgl. Meia Nouwens, China's Digital Silk Road, 11.2.2021, www.iiss.org/research-paper/2021/02/china-digital-silk-road-implications-for-defence-industry.

Als Reaktion auf diese neue Herausforderung versuchen die Vereinigten Staaten, den Druck auf manche ihrer engen Partner im Nahen Osten zu erhöhen, um die Entwicklung der Beziehungen zu Beijing zu bremsen. Der Hafen von Haifa in Israel beispielsweise, der regelmäßig die sechste US-Flotte beherbergt, wurde unlängst zu einem Konfliktpunkt zwischen den USA und Israel, nachdem Chinas staatseigene Shanghai International Port Group (SIPG) 2015 den Zuschlag für den Betrieb eines Terminals erhalten hatte. Anfang 2020 intervenierten die USA, um Israel dazu zu drängen, ein chinesisches Angebot für eine hochstrategische Entsalzungsanlage abzulehnen, die in der Nähe eines Militärstützpunkts gebaut werden sollte. Außerdem zwangen sie Israel, ein System zur Überprüfung ausländischer Investitionen einzurichten, das darauf ausgelegt ist, chinesische Investitionen besonders genau unter die Lupe zu nehmen. 2021 erhielten die US-Geheimdienste besorgniserregende Kenntnisse darüber, dass die chinesische Armee den Bau einer Militäranlage nahe des Hafens von Khalifa in den VAE plant, wo das chinesische Logistikunternehmen COSCO bereits ein Terminal betreibt. Diese Entwicklung brachte die Verhandlungen zwischen den USA und den VAE über die Lieferung von F35-Kampfjets zum Scheitern und löste erregte Debatten über die Zukunft der bilateralen Sicherheitsbeziehungen aus.

Ähnliche Bedenken wurden hinsichtlich der verstärkten Aktivität chinesischer Technologieunternehmen bei der Entwicklung von digitaler Infrastruktur in der Region geäußert. In den Jahren 2020 bis 2022 versuchten die USA vergeblich, die Golfstaaten davon abzubringen, Huawei für die Entwicklung ihrer 5G-Infrastruktur zu beauftragen. In Washington befürchtet man, dass das Unternehmen undurchsichtige Verbindungen zum chinesischen Militär unterhält.[11] Sorge bereitet auch die Lage in Israel, wo chinesische Unternehmen in erheblichem Umfang in Technologie-Start-ups investiert haben. Angesichts der engen bilateralen militärischen Beziehungen und dem fließenden Übergang zwischen den Bereichen Technologie und Verteidigung befürchtet man chinesische Spionage und einen potenziellen Zugang zu amerikanischen Technologien mit zivilem und militärischem Verwendungszweck. Am Golf gelang es den USA 2023 beispielsweise, das emiratische KI-Unternehmen G42 dazu zu bewegen, seine Verbindungen zu chinesischen Unternehmen zu kappen.[12] Viele Länder im Nahen Osten wehren sich jedoch mehr und mehr gegen diesen US-amerikanischen Druck.

GRENZEN VON CHINAS EINFLUSS

Trotz des wachsenden Einflusses der Volksrepublik gilt: Die Beziehungen zwischen dem Nahen Osten und China können es an Intensität bisher nicht mit den wirtschaftlichen, politischen und militärischen Bindungen aufnehmen, die die dortigen Länder seit Jahrzehnten mit dem Westen, insbesondere mit den USA, unterhalten. Europa und Nordamerika sind nach wie vor die bei Weitem wichtigste Quelle für ausländische Direktinvestitionen (FDI), Kredite und humanitäre Hilfe. Chinesische FDI und Darlehen in der MENA-Region blieben bislang eher die Ausnahme, meist ausgebremst durch wirtschaftliche Schwierigkeiten und die politische Instabilität der Region. 2021 entfielen nur zwei Prozent der gesamten FDI, die in die Volkswirtschaften der MENA-Region flossen, auf China – zehnmal weniger als Investitionen etwa aus Europa.[13] Die Verschuldung gegenüber China wird in neun MENA-Ländern, für die Daten vorliegen, für 2021 auf 6,5 Milliarden US-Dollar geschätzt und macht damit weniger als ein Prozent der gesamten Auslandsschulden dieser Länder aus.[14]

In äußerst instabilen Ländern wie Libyen, dem Libanon und Syrien haben sich die Hoffnungen, dass China in lokale Industrien und Infrastrukturen wie den Hafen von Tripoli im Libanon und die Eisenbahnlinie Beirut–Tripoli investieren würde, nicht erfüllt. Manche Projekte wie die „Silk City“ in Kuwait oder der Industrie-

11 Vgl. ebd.

12 Vgl. Chloe Cornish/Kaye Wiggins, Abu Dhabi AI Group G42 Sells Its China Stakes to Appease US, 9.2.2024, www.ft.com/content/82473ec4-fa7a-43f2-897c-ceb9b10ffd7a.

13 Vgl. China Mediterranean, Chinamed Data Middle East, fortlaufend aktualisiert, www.chinamed.it/chinamed-data/middle-east; Eurostat, EU Direct Investment Positions by Country, Ultimate and Immediate Counterpart and Economic Activity (BPM6), 29.1.2024, https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/BOP_FDI6_POS/default/table?lang=en.

14 Vgl. The World Bank, International Debt Statistics, fortlaufend aktualisiert, https://databank.worldbank.org/source/international-debt-statistics. Daten verfügbar für die Länder Algerien, Ägypten, Iran, Irak, Jordanien, Libanon, Tunesien, Türkei und Jemen.

park in Duqm, Oman, wurden ebenfalls aufgegeben oder kamen nur sehr langsam in Gang. Ab 2018 begann China, die BRI weltweit neu zu kalibrieren und den Umfang der Kredite und Projekte zu reduzieren, wobei sich chinesische Banken zuweilen mit Schuldenkrisen in den Empfängerländern konfrontiert sahen. Dieser Trend spiegelt sich auch in der MENA-Region wider, wo die Zahl der Aufträge an chinesische Unternehmen seit 2018 um ein Drittel zurückgegangen ist und die FDI auf einem niedrigen Niveau verharren. Die VAE und Saudi-Arabien bleiben die wichtigsten Länder der Region, in denen die Wirtschaftsbeziehungen mit China in den vergangenen Jahren weiterhin prosperieren.

In bestimmten Spitzensektoren, vor allem in den Bereichen neue Technologien und Kernenergie, bevorzugen die Unternehmen im Nahen Osten weiterhin Partnerschaften mit westlichen Anbietern, die oft als renommierter und innovativer gelten als ihre chinesischen Pendants und von einem besseren Geschäftsumfeld profitieren. Die Schwierigkeiten der chinesischen Wirtschaft, das harte Durchgreifen Präsident Xi Jinpings gegen einige Tech-Giganten und die Verschärfung der amerikanischen Sanktionen waren nicht förderlich.

Im Bereich Sicherheit und Verteidigung bleibt die Präsenz der USA bis heute unangetastet. China zeigte sich bislang nicht gewillt, den amerikanischen Sicherheitsschirm in der Region zu ersetzen. Chinesische Waffen machen weniger als 2 Prozent der Rüstungsimporte im Nahen Osten aus, während die USA allein für drei Viertel der Gesamteinfuhren verantwortlich zeichnen.[15] Im Zusammenhang mit dem Krieg in Gaza und der Eskalation der Spannungen im Roten Meer seit Ende 2023 hat sich China trotz starker wirtschaftlicher Interessen in der Region sehr zurückhaltend gezeigt. Beijing schien nicht gewillt, seine Rolle bei der saudi-iranischen Annäherung zu nutzen, um zur Deeskalation aufzurufen. Auch die im Roten Meer präsenten Militärkapazitäten wurden nicht genutzt, um die freie Durchfahrt von Handelsschiffen zu unterstützen. Im Gegenteil: Der Krieg in Gaza scheint die große Rückkehr der US-Militärmacht in der Region anzukündigen.

15 Vgl. Stockholm International Peace Research Institute, SIPRI Arms Transfers Database, fortlaufend aktualisiert, www.sipri.org/databases/armstransfers.

Obwohl sich die Beziehungen zwischen China und dem Nahen Osten in den vergangenen zehn Jahren merklich intensiviert haben, bleibt es noch ein langer Weg, bis sie es mit den Bindungen zu den USA und Europa aufnehmen können. Die neue Hinwendung des Nahen Ostens in Richtung Asien steckt noch in den Kinderschuhen, doch sie hat bereits zu tiefgreifenden Veränderungen im Verhältnis zu den USA beigetragen. Sie verdeutlicht, dass ein neuer, ehrgeizigerer und unabhängigerer Naher Osten die internationale Bühne betritt. Es bleibt abzuwarten, wie lange die Länder dieser Region in der Lage sind, die Balance zwischen ihren verschiedenen Partnern in einem Kontext wachsender Großmachtrivalitäten aufrechtzuerhalten.

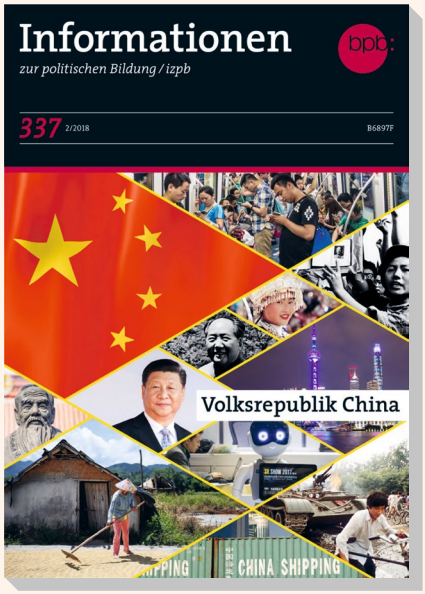
Aus dem Englischen von Birthe Mühlhoff, Dinslaken

CAMILLE LONS
ist Visiting Fellow im MENA-Programm des European Council on Foreign Relations (ECFR) in Paris, wo sie sich im Schwerpunkt mit den Golfstaaten und den China-Nahostbeziehungen befasst.

APuZ-Newsletter abonnieren
www.bpb.de/newsletter

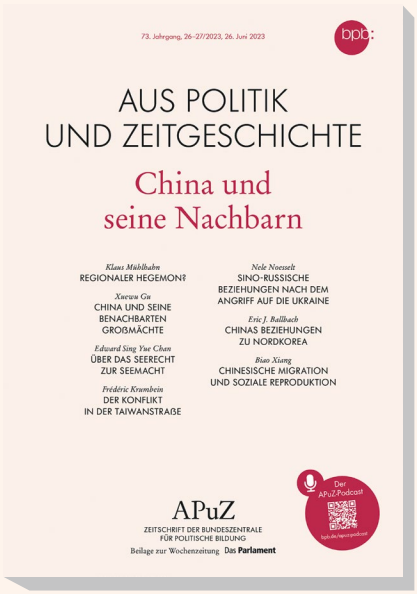
Der Newsletter informiert Sie etwa 30 mal im Jahr per E-Mail über die Beiträge der aktuellen Ausgabe sowie über kommende Themenschwerpunkte, den jährlichen „Call for Papers“ und Veranstaltungen.

Zum Weiterlesen.



2018
Bestell-Nr. 4337

bpb.de/China



2023
Bestell-Nr. 72326

bpb.de/
shop

ESSAY

DER 7. OKTOBER ALS WENDEPUNKT?

Neue Impulse für eine Friedenslösung

Gil Murciano

Der 7. Oktober ist nicht nur ein Datum, das für Israelis und Juden rund um die Welt in trauriger Erinnerung bleiben wird, sondern ein tektonisches Ereignis, das den israelisch-palästinensischen Konflikt sowie die Dynamik regionaler Politik verändert.

Der barbarische Angriff der Hamas, seine Brutalität, und die breite Unterstützung, die ihm innerhalb der palästinensischen Öffentlichkeit zuteilwurde, haben das Gewebe der israelisch-palästinensischen Beziehungen auf Jahre hinweg zerrissen. In Israel nimmt man seitdem den israelisch-palästinensischen Konflikt nicht mehr als einen äußeren, sondern vielmehr unmittelbaren Krieg im eigenen Land wahr, wie man ihn seit der Zweiten Intifada 2000 nicht mehr erlebt hatte. Vier Monate nach diesem schrecklichen Tag ist es immer noch schwierig, dessen Auswirkungen auf die innen- und außenpolitischen Einstellungen in Israel zu erfassen. Allerdings hat der Angriff der Hamas die Nullsummen-Wahrnehmung des Konflikts verstärkt und den Glauben an eine Versöhnung verringert.[01] Jeder Prozess zur Wiederherstellung der Beziehungen zwischen Israelis und Palästinensern sollte zwei wesentlichen Bedürfnissen entsprechen: Grundlegender Sicherheit und einem Gefühl der Hoffnung.

Seit dem Krieg zwischen Israel und der Hamas ist der israelisch-palästinensische Konflikt zurück auf der internationalen Bühne und wirkt sich neu auf die regionale und globale Sicherheitsarchitektur aus. Die Beteiligung Irans und seiner Stellvertreter an den Ereignissen nach dem 7. Oktober erhöhen die Wahrscheinlichkeit einer regionalen Eskalation mit globalen Auswirkungen. Seien es jemenitische Huthi, die Handelsrouten über das Rote Meer durch Beschuss gefährden, oder irakische und syrische Milizen, die US-Militärbasen angreifen – die Aggressionen, die von iranisch unterstützten Kämpfern ausgehen, bestimmen nicht nur die regionale Dynamik, sondern auch die internationale Politik. Sie beeinflussen unter anderem globale Versorgungsketten sowie die westlichen Militärhilfen für die Ukraine. Folglich gewinnt der Nahe Osten und der israelisch-palästinensische Konflikt in den USA und im Westen insgesamt wieder an Bedeutung. Die Verlegung zweier Flugzeugträger ins Mittelmeer und die erneuerten diplomatischen Bemühungen der Biden-Regierung und der EU zur Förderung groß angelegter politischer Initiativen in der israelisch-palästinensisch-arabischen Arena zeigen einen Politikwechsel an. Diese Schritte kann man als eine Refokussierung auf den israelisch-palästinensischen Konflikt in den politischen Prioritäten der USA und der EU verstehen, nachdem das Thema lange eher randständig war. Diplomatische Bemühungen zur Vermeidung einer regionalen Eskalation im Nahen Osten dauern an und die Erschütterungen des Kriegs sind offensichtlich nicht nur in Tel Aviv, Damaskus oder Bagdad zu spüren, sondern auch in Brüssel, Berlin, Washington und Kyjiw.

Der 7. Oktober hätte für die israelische Regierung und die Sicherheitskreise ein Tag der Sühne und Selbstreflexion sein müssen. Der 7. Oktober steht für den Zusammenbruch zentraler Paradigmen, die über ein Jahrzehnt die Politik prägten. Er kam für das gesellschaftliche Denken und traditionelle Ansätze einem Erdbeben gleich, von einer Größenordnung, wie man sie seit dem ägyptisch-syrischen Überraschungsangriff auf Israel 1973, exakt 50 Jahre und einen Tag zuvor, nicht mehr erlebt hatte. Der Zusammenbruch alter Paradigmen schafft auch Raum für Wandel. Ähnlich wie der Prozess, der durch den Überraschungsangriff 1973 angestoßen wurde, birgt das Trauma des 7. Oktobers Potenzial für einen politischen Wandel hin zu Frieden und Versöhnung, der über die derzeitige Regierung und ihre politischen Einstellungen hinausreicht – ein Wandel, der das Denken und den politischen Kurs Israels über die nächsten Jahre umgestalten könnte. Die Fähigkeit, eine neue Friedensvision zu schaffen, geht einher mit dem Zusammenbruch des alten Gedanken- und Glaubenssystems.

Doch für solch einen Wandel müssen zwei politische Bedingungen gegeben sein: Erstens die Beseitigung der Hamas als aktive Regierungskraft in Gaza und eine Reduzierung ihrer politischen Macht im Westjordanland. Seit den 1990er Jahren ist die Hamas ein zentraler politischer Störfaktor bei Versuchen, ein israelisch-palästinensisches Friedensabkommen zu erreichen. Ohne sich der Illusion hinzugeben, dass die Hamas schlichtweg aufhört, als politische Kraft zu existieren, muss sie zumindest an den Rand gedrängt werden, damit eine Friedenslösung gelingen kann. Den zweiten Störfaktor stellt die aktuelle, „vollumfänglich rechte" Regierung dar, die unter der Führung Benjamin Netanjahus aus einigen der radikalsten politischen Elemente besteht, die je in einer israelischen Regierung gesessen haben. Unter den Mitgliedern des Kabinetts befinden sich Politiker der extremen Rechten, die aufgrund ihrer Agenda bis vor Kurzem noch als nicht wählbar für die Knesset galten. Die derzeitige Zusammensetzung der Regierungskoalition bremst jede Form der politischen Diskussion über die Zeit nach dem Krieg, ganz zu schweigen von Friedensbemühungen oder einer palästinensischen Unabhängigkeit, dem Schreckensgespenst ihrer Ideologie. Ohne einen politischen Wandel in Israel kann keiner der politischen Schritte, um die es in diesem Beitrag geht, nur ansatzweise Wirklichkeit werden.

ZUSAMMENBRUCH ALTHERGEBRACHTER PARADIGMEN

Eines der wesentlichen Merkmale der strategischen Politik Israels im Laufe des vergangenen Jahrzehnts war ein starkes Festhalten am Prinzip des *Konfliktmanagements* im Umgang mit unmittelbaren Bedrohungen und Herausforderungen. Während dieser Zeit haben die verschiedenen Regierungen Entscheidungsvermeidung zur Strategie erhoben und gingen der Diskussion langfristiger Lösungen sorgsam aus dem Weg. Stattdessen konzentrierten sich die Entscheidungsträger im rechten Lager darauf, schleichend eine Realität zu schaffen, etwa in Bezug auf die Besatzung des Westjordanlands und das Verhalten gegenüber der Hamas in Gaza und der Hizbullah im Libanon. Diese Abkehr von dem Versuch, Israels äußere Konflikte zu lösen, hat der Politikwissenschaftler Natan Sachs als Strategie des „Antisolutionismus" bezeichnet, was sich im Deutschen in etwa als „Anti-Lösungs-Ansatz" übersetzen lässt.[02]

Der antisolutionistische Ansatz – besonders im Hinblick auf das palästinensische Thema – war zurechtgeschnitten auf die politischen Erfordernisse der Mitte-Rechts-Koalitionen, die Israel seit etwa 15 Jahren regieren. Die Vermeidung des palästinensischen Themas erlaubte es Mitgliedern dieser Koalitionen, eigene Meinungsverschiedenheiten auszublenden. Diese Herangehensweise diente letztlich dem Zweck der Siedlerbewegung. Der Antisolutionismus, dem eine offizielle israelische Politik hinsichtlich der Siedlungen fehlte, erlaubte den Siedlern, sich weitestgehend ungestört auszubreiten. Einzige Bedingung war eine gewisse Zurückhaltung, um Druck seitens der internationalen Gemeinschaft zu verhindern.

Antisolutionismus stand für den Versuch rechter politischer Kräfte in Israel, die Bedeutung von Friedensschaffung neu zu definieren. Statt sich mit schwierigen, politisch kostspieligen Entscheidungen zu befassen, waren sie der Auffassung, dass der israelisch-palästinensische Konflikt geregelt und kontrollierbar sei. Anstelle eines politischen Kompromisses gingen sie davon aus, dass Frieden durch die schrittweise Verwässerung des Konflikts erreicht werden könne. Netanjahus ökonomischer Friedensplan[03] konzentrierte sich beispielsweise darauf, die Lebensqualität der Palästinenser zu verbessern, um politische Meinungsverschiedenheiten nebensächlich werden zu lassen. Die Initiative des Wissenschaftlers Micah Goodman, „den Konflikt zu schrumpfen", die sich großer Beliebtheit im Kabinett von Naftali Bennett und Yair Lapid erfreute, zielte darauf ab, „den Umfang des Konflikts durch die Förderung realistischer, umsetzbarer Pläne und politischer Empfehlungen zu reduzieren".[04] Man behauptete, der Abbau von Spannungen könne den Konflikt vollständig auflösen. In den 2010er Jahren schien Antisolutionismus gut zu den po-

01 Vgl. Kobi Uziali, Wieviel Prozent der Bevölkerung unterstützen den Plan zur Freilassung der Geiseln? (hebräisch), 1.12.2023, www.bhol.co.il/news/1623791.

02 Vgl. Natan Sachs, Why Israel Waits. Anti-Solutionism as a Strategy, 20.10.2015, www.foreignaffairs.com/articles/israel/2015-10-20/why-israel-waits.

03 Vgl. Raphael Ahren, Netanyahu: Economics, Not Politics, Is the Key to Peace, 20.11.2008, www.haaretz.com/2008-11-20/ty-article/netanyahu-economics-not-politics-is-the-key-to-peace/0000017f-f49d-d47e-a37f-fdbd12a10000.

04 Shira Goldberg et al., Shrinking the Conflict!, o.D., www.tzimzum.org.il/wp-content/uploads/2021/03/Shrinking-the-Conflict-About-Us.pdf.

litischen Bedingungen im Nahen Osten und insbesondere der palästinensischen Arena zu passen. Die Spaltung zwischen der Hamas in Gaza und der Fatah im Westjordanland schuf eine handfeste Repräsentationskrise für die Palästinenser, da beide Rivalen Anspruch darauf erhoben, für die „nationale Sache" einzutreten. Folglich lieferten sie Israels rechtsgerichteten Regierungen eine komfortable Rechtfertigung für ihre Ablehnung, sich erneut auf einen politischen Prozess mit der palästinensischen Seite einzulassen.

Das Ergebnis eines Jahrzehnts der Untätigkeit auf diplomatischer Ebene und der ausschließliche Fokus auf Konfliktmanagement hat dazu geführt, dass Israels Feinde das Heft des Handelns in die Hand genommen haben. Statt zu versuchen, zu gestalten, war Israel nun in der reaktiven Rolle. Angetrieben von politischen Fehlanreizen und rigiden Vorstellungen konzentrierten sich die israelischen Entscheidungsträger auf die sinnlose Übung, den Status quo aufrechtzuerhalten und ignorierten, dass Israel sein Gewicht gegenüber der iranischen „Achse des Widerstands" und insbesondere der Hamas langsam einzubüßen schien.

Israels gescheiterte Politik gegenüber der Hamas ist ein anschauliches Beispiel für die Unzulänglichkeiten des politisch motivierten Antisolutionismus. Die Haltung gegenüber der Hamas im Laufe des vergangenen Jahrzehnts beruhte im Wesentlichen auf zwei Strategien: Erstens, die Abschreckung mittels dosierter militärischer Reaktionen auf Angriffe der Hamas aufrechtzuerhalten; zweitens, die Regierungsfähigkeit der Hamas in Gaza weiter zu ermöglichen, indem man Katar zugestand, umfangreiche finanzielle Unterstützung an die Hamas zu leisten. Diese Politik kam den Zielen der politischen Rechten in Israel entgegen, weil so die Spaltung zwischen dem von der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) regierten Westjordanland und Gaza zementiert wurde und man sich nicht mehr mit einer Zweistaatenlösung befassen musste. Oder um es in den Worten des Finanzministers Bezalel Smotrich zu sagen: „[H]insichtlich der internationalen Arena ist die Hamas ein Trumpf und die PA eine Bürde".[05]

Metaphorisch gesprochen, zählt Israels Politik des Konfliktmanagements mit zu den ersten Opfern des 7. Oktobers. Die Strategie, den Konflikt mit der Hamas zu kontrollieren und gleichzeitig die PA zu schwächen, ist eindeutig gescheitert, da beide Ziele dieser Politik nicht erreicht wurden – die Hamas ließ sich durch begrenzte Vergeltungsmaßnahmen nicht abschrecken. Stattdessen nutzte sie den Glauben Israels in seine scheinbar wirksame Abschreckung, um in Ruhe den Überraschungsmoment am 7. Oktober vorzubereiten. Die enorme finanzielle Unterstützung Katars erlaubte es der Hamas, sich bis an die Zähne zu bewaffnen und den Gazastreifen für einen zukünftigen Krieg aufzurüsten.

Infolgedessen werden die Vorzüge des Antisolutionismus in der israelischen Öffentlichkeit und unter Entscheidungsträgern mehr und mehr infrage gestellt. Umfragen aus den ersten vier Kriegsmonaten zeigen zwar widersprüchliche Trends im Hinblick der Einstellungen der Israelis zum Tag nach dem Krieg, doch einer ist eindeutig: Die Weiterführung des Konfliktmanagements wird abgelehnt und soll durch entschlossene Maßnahmen mit langfristiger Wirkung ersetzt werden. Laut einer Umfrage, die das Mitvim-Institut einen Monat nach Kriegsbeginn durchgeführt hat,[06] unterstützen nur 5 Prozent die Strategie aus der Zeit vor dem 7. Oktober, und weniger als 10 Prozent unterstützten die Fortsetzung der bisherigen Politik des Konfliktmanagements mit der Hizbullah. Die Öffentlichkeit und die Politik in Israel stehen damit an einem kritischen Scheideweg mit zwei Optionen: Annexion der palästinensischen Gebiete und die faktische Annullierung des Oslo-Friedensprozesses und der PA, was vom harten Kern der politischen Rechten vertreten wird. Oder aber ein neuer Versuch, die PA als legitime und handlungsfähige politische Kraft wiederzubeleben und die Bemühungen um eine einvernehmliche Lösung mit den Palästinensern neu aufzunehmen. Eine Friedensvision wird also zur Notwendigkeit, von deren Wert die Israelis überzeugt werden müssen und deren Scheitern schwerwiegende Folgen für Israels Zukunft mit sich brächte.

AUS DEN TRÜMMERN ZUM FRIEDEN

Eine weitreichende Vision während des fortlaufenden Kriegs zu entwickeln, dessen Ausgang

05 Vgl. Youtube-Kanal der Knesset, „[Bezalel Smotrich] sieht Abu Mazen als Belastung und Hamas als Bereicherung" (hebräisch), 7.10.2015, www.youtube.com/watch?v=pB16PMEPuiM.

06 Vgl. Mitvim – The Israeli Institute for Regional Foreign Policies, Public Attitudes Regarding the Day After The War, o.D., https://mitvim.org.il/en/public-attitudes-regarding-the-day-after-the-war.

und Auswirkungen offen sind, bleibt ein komplexes Unterfangen. Vor allem erfordert es eine Anpassung an die sich verändernde Realität und ein feines Gleichgewicht aus kreativen Ideen und realistischer Umsetzung. Das von mir vorgeschlagene Szenario[07] basiert auf vier Hauptprinzipien:

- **Unmittelbare Bedürfnisse anerkennen:** Damit ein Friedensplan öffentliche und politische Unterstützung erhält, sollte er mit einer vorbereitenden Rehabilitierungsphase eingeleitet werden. Er muss gleichermaßen die dringenden Bedürfnisse der Israelis und Palästinenser berücksichtigen und eine greifbare Veränderung ihrer Lebenswirklichkeit in Aussicht stellen. Das wichtigste unmittelbare Bedürfnis ist in dieser Hinsicht die Wiederherstellung der lebenserhaltenden Systeme und der grundlegenden Lebensqualität, sowohl in Gaza als auch im Westjordanland. Für die Israelis besteht die wichtigste Priorität darin, das Sicherheitsgefühl wiederherzustellen und die Rückkehr der mehr als 100 000 Israelis zu ermöglichen, die aus den Grenzgebieten evakuiert wurden.
- **Klare Zieldefinition von Beginn an:** Um die Unterstützung der Palästinenser und der regionalen Akteure für entsprechende Schritte zum Frieden sicherzustellen, müssen sie als Meilensteine eines breiteren Plans für eine Zweistaatenlösung im israelisch-palästinensischen Konflikt gesehen werden.
- **Paradigmenwechsel hin zu einem „sich entwickelnden Frieden" und einer Zweistaatenrealität wagen:** Dieser Strategieplan basiert auf einem neuen Ansatz, der die Festlegung eines übergeordneten politischen Horizonts mit der Förderung praktischer Veränderungen in der politischen Realität verbindet. Er konzentriert sich darauf, eine Reihe praktischer Schritte zu definieren, um unmittelbare Bedürfnisse abzudecken, aber auch um langfristige politische Wirkung bei der Schaffung und Erhaltung einer Zweistaatenrealität zu erzielen, etwa durch den Aufbau palästinensischer staatlicher Kapazitäten, einschließlich territorialer Integrität.
- **Die Verbindung zwischen regionalen und internationalen Dynamiken nutzen:** Die Friedensbestrebungen sollten parallel auf drei Wirkungsebenen (global, regional, israelisch-palästinensisch) mit den relevanten Akteuren vorangetrieben werden. Diese Strategie beruht auf dem erneuerten Interesse der internationalen Gemeinschaft am israelisch-palästinensischen Konflikt sowie auf dem politischen Einfluss, den Partner wie Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate angesichts fortschreitender Normalisierungsbemühungen auf Israels Entscheidungsfindung haben.

Erste Phase: Übergang vom Krieg hin zur Rehabilitation

Die erste Phase des Fahrplans sollte die notwendigen Bedingungen schaffen, um den Krieg zu beenden und eine erste politische Wiederannäherung zu ermöglichen. Vor allem sollte sie so gestaltet werden, dass sie den Israelis und Palästinensern wieder *Hoffnung* gibt. Die Kraft, die diese Phase antreibt, speist sich aus dem *Willen hin zur Rehabilitation und zum Wiederaufbau*.

Das Augenmerk dieser Phase liegt auf zwei Bereichen. Zunächst geht es um *die Wiederherstellung lebenserhaltender Systeme* wie etwa des öffentlichen Gesundheitssystems und der Lebensmittel- und Wasserversorgung. Über den humanitären Bedarf hinaus können diese Schritte als Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen Israel und internationalen Akteuren dienen. Die Wiederherstellung lebenserhaltender Systeme soll die erste Phase für den Wiederaufbau Gazas bilden. Es kann darauf die Nahost-Version eines „Marshallplans" für Gaza und das Westjordanland folgen (mit einer möglichen Einbeziehung israelischer Städte und Dörfer im Grenzgebiet zum Gazastreifen).

Ein Aktionsplan für den Frieden sollte zudem eine Übergangslösung für die Verwaltung des Gazastreifens enthalten. Während viele Stimmen die PA in Gaza als bevorzugte Regierung für die Zeit nach dem Krieg betrachten, ist auch klar, dass sie derzeit nicht über die Kapazität und Legitimität verfügt, um die Kontrolle in diesem Gebiet wiederzuerlangen, geschweige denn, um die massiven Herausforderungen zu bewältigen, die durch großflächige Zerstörungen entstanden sind. Eine Übergangslösung könnte in der Entsendung einer multinationalen Friedenstruppe (MPF)[08] liegen. Die MPF könnte zunächst die

07 Dieser strategische Plan basiert zum Teil auf der umfangreichen Arbeit des von Omer Zanany geleiteten „Day-After policy"-Teams im Mitvim-Institut.

08 Vgl. Nir Arielli/Jacob Stoil/Mary Elizabeth Walters, The Case for Sending a Multinational Force to Gaza, November 2023, https://mitvim.org.il/en/publication/the-case-for-sending-a-multinational-force-to-gaza.

grundlegende Sicherheit der Bevölkerung in Gaza gewährleisten und zugleich Angriffe auf Israel verhindern. Ein Modell könnte etwa die Kosovo-Truppe (KFOR) sein. Sie müsste ferner die Arbeit einer Zivilverwaltung ermöglichen und schließlich erste Maßnahmen des Wiederaufbaus begleiten, damit die Energie- und Wasserversorgung rasch wiederhergestellt wird und keine Gefahr von Kriegsgerät, den zerstörten Tunneln der Hamas und ungeklärtem Abwasser ausgeht. Die MPF müsste ihre Mission in enger Abstimmung mit den israelischen Behörden und Streitkräften umsetzen. In dieser Hinsicht ist anzunehmen,[09] dass Israel darauf besteht, die Sicherheitskomponente der MPF durch westliche Streitkräfte (vorzugsweise der USA oder der Nato) übernehmen zu lassen, während es die zivilen Aufgaben und den Wiederaufbau Beteiligten aus arabischen Ländern wie Ägypten und den VAE überließe.

Zweitens erfordert der Aktionsplan ein *erneuertes israelisches Bekenntnis zum politischen Horizont einer Zweistaatenlösung*. Den palästinensischen, regionalen und internationalen Akteuren sollte glaubhaft versichert werden, dass sich Israel dem politischen Ziel verpflichtet, einen lebensfähigen palästinensischen Staat zu ermöglichen, der friedlich neben Israel existiert. Israels Bekenntnis ist entscheidend, weil es den Palästinensern und regionalen Akteuren den notwendigen Kontext bietet, um zukünftige Maßnahmen israelischer Politik einordnen zu können, die andernfalls als ein erneuter Versuch des Konfliktmanagements betrachtet werden könnten.

Der Übergang vom Krieg hin zur politischen Einigung wird gewiss nicht auf einen Handstreich erfolgen. Wahrscheinlich wird es eine Phase begrenzter Kriegführung mit schwankendem Gewaltniveau und allgemeiner Ungewissheit geben. Trotzdem erfordert solch ein Wandel einen Wendepunkt für Entscheidungsträger und die Öffentlichkeit, damit beide ihre Denkweise verändern. Ein *internationaler Friedensgipfel* könnte so ein transformatives Ereignis darstellen, das den Übergang vom Krieg zur Friedensschaffung markiert. Der Hauptwert wäre in erster Linie symbolisch. Ein Gipfel bietet ein alternatives Fotomotiv für einen israelischen Sieg in Gaza, das nicht militärischer Natur ist, sondern sich auf ein globales Bekenntnis zum Akt der israelisch-palästinensischen Friedensschaffung richtet.

Der Politikwissenschaftler Arie Kacowicz versteht einen internationalen Gipfel als eine notwendige, allerdings nicht ausreichende politisch-diplomatische Komponente eines Fahrplans hin zum Frieden. Ein solcher Gipfel hätte eine Signalwirkung im Hinblick auf den Beginn des Wiederaufbaus im Gazastreifen unmittelbar nach dem Krieg, sowie für Friedensverhandlungen zugunsten einer verhandelten Konfliktlösung zwischen Israelis und Palästinensern.[10]

Ein zusätzlicher Wert solch einer Konferenz besteht darin, das internationale Engagement in den israelisch-palästinensischen Friedensbemühungen zu bekräftigen. Der russische Überfall auf die Ukraine hatte zur Folge, dass das Nahost-Quartett (bestehend aus den Vereinigten Staaten, den Vereinten Nationen, Russland und der Europäischen Union) sein Ziel, gemeinsam die israelisch-palästinensische Friedensschaffung voranzutreiben, nicht erreichen konnte. Eine internationale Friedenskonferenz könnte als Plattform dienen, eine neue Allianz für dieses Unterfangen zu schmieden. Eine Schlüsselrolle würde darin den USA und potenziellen Partnern des israelisch-arabischen Normalisierungsprozesses (Saudi-Arabien, den VAE sowie Bahrain) zukommen, nebst Ägypten, Katar, Jordanien, der EU und zusätzlichen internationalen Schlüsselakteuren (beispielsweise China, sollten sich die USA dafür offen zeigen).

Zweite Phase: Infrastruktur für den Friedensprozess

Das Hauptziel dieser Phase besteht darin, den Boden für die Wiederaufnahme eines israelisch-palästinensischen politischen Prozesses zu bereiten, indem man sich auf zwei Aktionsfelder konzentriert.

Erstens sollte eine *groß angelegte wirtschaftliche Entwicklung des Westjordanlands und Gazas als Einheit* in Angriff genommen werden, teils durch die Einbeziehung in umfassendere regionale Megaprojekte – etwa in den von den USA angeführten Plan, einen Wirtschaftskorridor Indien–Nahost–Europa einzurichten oder der saudischen Planung für eine neue Stadt am Roten Meer (Neom). Ähnlich wie Israel könnte Gaza in der Zeit nach der Hamas seine geo-

09 Vgl. Mitvim (Anm. 6).

10 Vgl. Arie Kacowicz, An International Peace Conference in the Aftermath of the Israel-Hamas War, Januar 2024, https://mitvim.org.il/en/publication/an-international-peace-conference-in-the-aftermath-of-the-israel-hamas-war; Gil Murciano, The Be'Eri Summit: A Victory Over Hamas Lies Around the Negotiating Table, Not on the Battlefield, November 2023, https://mitvim.org.il/en/publication/the-beeri-summit-a-victory-over-hamas-lies-around-the-negotiating-table-not-on-the-battlefield.

grafische Lage nutzen, um als eine interregionale Schnittstelle zwischen der „Wüste" (Nahost) und der See (Mittelmeer) zu dienen.

Außerdem sollte der PA als handlungsfähiger und legitimer palästinensischer Institution durch den Aufbau nationaler Kapazitäten und übergreifende Reformen neues Leben eingehaucht werden. In dieser Phase würde die Autonomiebehörde stufenweise die Kontrolle über Gaza übernehmen, und das Tempo dieser Übergabe müsste vom Fortschritt ihres inneren Reformprozesses abhängig gemacht werden.

Das Paradigma eines sich entwickelnden Friedens – also die Förderung einer Reihe praktischer Schritte, die das Potenzial in sich tragen, die politische Realität langfristig zu verändern – würde als Hauptstrategie dienen, um die PA zu revitalisieren. Den Israelis wird dieser Prozess Gelegenheit geben, ihre Beziehungen zu einer neuen, im Entstehen begriffenen palästinensischen Führung mittels politischer Schritte und vertrauensbildender Maßnahmen neu zu gestalten. Dazu gehören:

- Eine Veränderung der israelischen Siedlungspolitik im Westjordanland – einschließlich der Genehmigung von Bebauungsplänen für palästinensische Städte und Dörfer. Zu einer späteren Phase sollte Israel zudem erwägen, die administrative Kontrolle über weitere Teile des Westjordanlands an die PA zu übertragen. Israel sollte ferner Hindernisse für die internationale Entwicklung der palästinensischen Infrastruktur in diesen Gebieten beseitigen.
- Die Schaffung eines gemeinsamen israelisch-palästinensisch-regionalen Mechanismus zur Verwaltung des sogenannten heiligen Beckens von Jerusalem. Kurzfristig könnte dieser Mechanismus als effektives Mittel zur Konfliktvermeidung dienen. Langfristig würde es auch die PA in zukünftige Verhandlungen zu einem Kernthema involvieren – Souveränität in Ost-Jerusalem – und eine politische Schnittstelle für regionale Akteure bieten, vor allem Saudi-Arabien, Jordanien und Marokko, um die Beteiligung dieser Länder an der israelisch-palästinensischen Friedensschaffung zu stärken.
- Das Vorantreiben der Energie- und Wasserunabhängigkeit im Westjordanland und in Gaza durch umfangreiche Investitionen in Kraftwerke, erneuerbare Energien und Wassermanagementsysteme. Die Hauptpriorität läge dabei auf gemeinsamen israelisch-palästinensisch-regionalen Projekten. Kurzfristig könnte die Entwicklung palästinensischer Energieunabhängigkeit dabei helfen, die unmittelbare Strom- und Wasserknappheit im Westjordanland zu lindern, langfristig dürfte sie die staatlichen Kapazitäten der PA stärken.

Um als zuverlässiger Partner für die Friedensschaffung zu fungieren, muss die PA einer Reihe von Strukturreformen unterzogen werden,[11] die von den USA, internationalen Partnern und arabischen Staaten angeleitet und überwacht werden sollten. Die Reformen müssten eine Erneuerung des Sicherheitsapparats und des Finanzsystems beinhalten. Ein Hauptfokus sollte darauf gelegt werden, das Bildungssystem zu reformieren, das momentan ein Treiber für Aufwiegelung und Hassrede gegen Israelis und Juden ist. Diese Phase müsste durch *Wahlen im Westjordanland und in Gaza*[12] abgeschlossen werden.

Israels Politikwechsel hin zu einem politischen Prozess würde auch die Grundlage für eine Verbesserung der strategischen Koordination und Normalisierung mit der arabischen Welt schaffen. Es ist zugleich zu vermuten, dass eine neue Diskussion über die Wiederaufnahme von Verhandlungen und die Entwicklung einer neuen politischen Ordnung in Gaza einen iranischen Versuch provozieren würden, diese Bemühungen zunichte zu machen. Die Auseinandersetzung mit gemeinsamen Sicherheitsinteressen und -sorgen Israels und der Region umfasst bestenfalls *auch von den USA angeführte Bemühungen zum Bau einer regionalen Sicherheitsarchitektur der moderaten Kräfte im Nahen Osten*, um die regionalen Bestrebungen Irans einzudämmen. Israel könnte eine Schlüsselrolle innerhalb einer solchen Allianz spielen. Die Bildung dieser Allianz dürfte in Israel auch die öffentliche Unterstützung einer Wiederaufnahme des politischen Prozesses mit den Palästinensern erhöhen.

Dritte Phase: Wiederaufnahme von Verhandlungen

Die Wiederaufnahme direkter Verhandlungen sollte auf die Arabische Friedensinitiative (2002) auf-

11 Vgl. Yohanan Tzoreff, What Is a Revitalized Palestinian Authority?, Januar 2024, https://mitvim.org.il/en/publication/what-is-a-revitalized-palestinian-authority.

12 Vgl. Ephraim Lavie, Palestinian Elections: A Vital Step Toward a Stable Political Settlement, Januar 2024, https://mitvim.org.il/en/publication/palestinian-elections-a-vital-step-toward-a-stable-political-settlement.

bauen, also die Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und der arabischen Welt im Gegenzug für das Zustandekommen eines umfassenden Friedensabkommens zwischen Israel und den Palästinensern. Die Verhandlungen sollten darauf abzielen, einen tragbaren palästinensischen Staat zu schaffen, der das Westjordanland und Gaza verwaltet und sich zu einer friedlichen Koexistenz mit Israel verpflichtet. Parallel böte sich die Gelegenheit, einen übergreifenden Normalisierungsprozess zwischen Israel und gemäßigten Ländern in der arabischen Welt einzubeziehen und somit eine langfristige und homogene Eingliederung Israels in den Nahen Osten zu ermöglichen.

FAZIT

In diesem Beitrag habe ich versucht, einen Drei-Phasen-Plan zu entwerfen, um – ausgehend von den schrecklichen Ereignissen am 7. Oktober und dem anschließenden Krieg in Gaza – der Rückkehr hin zu einem Prozess der Friedensschaffung Triebkraft zu verleihen.

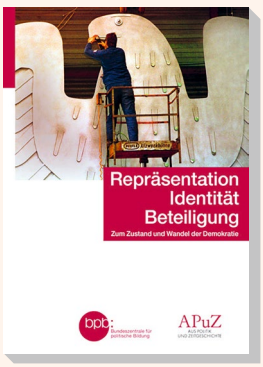
In Einklang mit der gängigen Auffassung, dass die Chancen umso größer sind, je größer die Krise ist, habe ich sowohl die posttraumatische Suche Israels nach neuen Strategien sowie Veränderungen in der regionalen und internationalen Priorisierung des Konflikts als Möglichkeiten hervorgehoben, einen Wandel hin zu entschiedeneren Bemühungen der Friedensschaffung herbeizuführen. Wenn es um einen Paradigmenwechsel geht, sollte man allerdings an die Erkenntnis des Wissenschaftsphilosophen Thomas S. Kuhn erinnern, dass so ein Umbruch von dem Milieu abhängt, das ihn repräsentiert. Um den 7. Oktober 2023 in den 6. Oktober 1973 zu verwandeln – also ein nationales Trauma in einen Ausgangspunkt hin zu Frieden zu verändern –, braucht es nicht nur eine neue Vision, sondern auch neue Führungen in Gaza, in Ramallah und in Westjerusalem.

Aus dem Englischen von Maximilian Murmann, München

GIL MURCIANO
ist promovierter Politikwissenschaftler und Geschäftsführer des israelischen Thinktanks Mitvim – The Israeli Institute for Regional Foreign Policies. Er ist Gastwissenschaftler an der Hertie School Berlin und lehrt dort Internationale Politik des Nahen Ostens und Sicherheitsstudien.

APuZ EDITION

Zum Wieder- und Weiterlesen



2022
Bestell-Nr. 10871

2022
Bestell-Nr. 10799

2021
Bestell-Nr. 10751

2021
Bestell-Nr. 10714

Hier bestellen
oder kostenfrei herunterladen

bpb.de/
shop

Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Bundeskanzlerplatz 2, 53113 Bonn

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 8. März 2024

REDAKTION
Lorenz Abu Ayyash
Anne-Sophie Friedel
Jacob Hirsch (Volontär)
Sascha Kneip
Johannes Piepenbrink
Martin Schiller (verantwortlich für diese Ausgabe)
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
www.bpb.de/apuz-podcast
twitter.com/APuZ_bpb

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT
Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ
le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG,
Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT
Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
fazit-com@cover-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X

Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 4.0 International.

APuZ
Nächste Ausgabe
13–15/2024, 23. März 2024

EUROPA

APuZ
AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE
www.bpb.de/apuz